



BERICHT ÜBER DIE SITUATION DER MITTELSTÄNDISCHEN WIRTSCHAFT IN DER FREIEN HANSESTADT BREMEN 2009



Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner:

Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Carsten Ullrich
Elke Blohm

Telefon

0421 – 361 - 8853
0421 – 361 - 8419

E-Mail

carsten.ullrich@wuh.bremen.de
elke.blohm@wuh.bremen.de

Rambøll Management Consulting

Barbara Schneider

Telefon

040 – 30 20 20 - 120

E-Mail

barbara.schneider@r-m.com

**Institut für Mittelstandsforschung (IfM)
Bonn**

Prof. Dr. Frank Wallau

Telefon

0228 - 72997-0

E-Mail

wallau@ifm-bonn.org

Autorinnen und Autoren:

Barbara Schneider (Rambøll Management Consulting)

Carina Lücke (Rambøll Management Consulting)

Brigitte Günterberg (Institut für Mittelstandsforschung, (IfM) Bonn)

Prof. Dr. Frank Wallau (Institut für Mittelstandsforschung, (IfM) Bonn)

INHALT

1.	Zusammenfassung	1
1.1	Der bremische Mittelstand in Zahlen	1
1.2	Aktuelle Situation der kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise – Ergebnisse der Unternehmensbefragung	2
1.3	Handlungsfelder bremischer Mittelstandspolitik	3
2.	Bremischer Mittelstand	6
2.1	Wer zählt zum Mittelstand und was macht seine besondere Bedeutung aus	6
2.2	Größe und Struktur des bremischen Mittelstands	8
2.3	Entwicklung des bremischen Mittelstands	17
3.	Der bremische Mittelstand im gesamtwirtschaftlichen Kontext	34
3.1	Aktuelle wirtschaftliche Situation	34
3.2	Auswirkungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise	39
3.3	Beurteilung des Standorts	46
3.4	Weiterbildungsmaßnahmen in den Betrieben	48
3.5	Finanzierung und Investition	50
3.6	Technologie und Innovation	50
3.7	Berücksichtigung der Querschnittsaspekte	54
4.	Handlungsfelder bremischer Mittelstandspolitik	62
4.1	Mittelstandspolitik im Land Bremen	62
4.2	Schärfung der bremischen Förderinstrumente	65
4.3	Transparenz und Kommunikation der unternehmensbezogenen Förderung	72
4.4	Ausblick für die bremische Mittelstandspolitik und das Mittelstandsförderungsgesetz	75
5.	Literaturverzeichnis	77
6.	Übersichts-, Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	79

1. ZUSAMMENFASSUNG

Das Bremische Gesetz zur Förderung von kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen (Mittelstandsförderungsgesetz) vom 12. April 2006 verpflichtet den Senat der Freien Hansestadt Bremen, der bremischen Bürgerschaft (Landtag) einmal in jeder Legislaturperiode über die Situation der mittelständischen Wirtschaft, über die getroffenen Fördermaßnahmen und deren Effekte zu berichten.

Im Juli 2009 wurde eine Arbeitsgemeinschaft aus Rambøll Management Consulting und dem Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn mit der Erstellung des Berichts über die „Situation der mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen“ beauftragt.

Vor diesem Hintergrund soll der nun vorliegende erste Mittelstandsbericht für das Land Bremen grundlegende Informationen zur Struktur und aktuellen Situation sowie zu Leistungschancen und -hemmnissen der mittelständischen Wirtschaft geben. Zudem sollen die Untersuchungsergebnisse Empfehlungen für die kontinuierliche Weiterentwicklung der unternehmensbezogenen Förderung für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen im Land Bremen möglich machen.

1.1 Der bremische Mittelstand in Zahlen

Im Land Bremen sind 99,3 % der rund 22.600 Unternehmen dem Mittelstand zuzurechnen. Der Mittelstandsanteil liegt damit 0,4 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt.

Die im Land Bremen ansässigen Unternehmen erzielten im Jahr 2007 einen steuerpflichtigen Gesamtumsatz von 56,7 Milliarden Euro. Hiervon realisierten die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU mit bis 50 Millionen Euro Jahresumsatz) ein Umsatzvolumen von rund 21,3 Milliarden Euro (37,6 %). Im Bundesdurchschnitt liegt der KMU-Anteil bezogen auf den Umsatz aller Unternehmen bei 37,5 %.

Den höchsten Anteil an allen mittelständischen Unternehmen der Privatwirtschaft stellt mit 31,2 % der unternehmensnahe Dienstleistungssektor im Land Bremen. Dem folgen der Handel mit 23,7 % sowie das Baugewerbe mit 8,2 %.

Die umsatzstärksten Branchen der KMU im Land Bremen sind der Handel mit einem Anteil am Umsatz aller KMU von 36,5 %, gefolgt von den unternehmensnahen Dienstleistungen (19,0 %), dem Wirtschaftszweig Verkehr und Nachrichtenübermittlung (15,4 %) und dem Verarbeitenden Gewerbe (15,2 %).

Insgesamt gehören von den Exportunternehmen im Land Bremen 96,3 % zu den kleinen und mittleren Unternehmen. Die Exporteurquote der KMU, also der Anteil der exportierenden Unternehmen an allen Unternehmen, liegt im Land Bremen bei 15,5 % und in Deutschland bei 11,4 %. Bremen rangiert hier weit über dem Bundesdurchschnitt.

Die mittelständischen Exportunternehmen im Land Bremen erzielten im Jahr 2007 Exportumsätze von 4,3 Milliarden Euro, was einem KMU-Anteil der Exportumsätze von 29,4 % entspricht. Die kleinen und mittleren Unternehmen im Land Bremen hatten eine Exportquote, also einen Anteil des Exportumsatzes am Gesamtumsatz, von 20,4 %. Die Exportquote der KMU im Land Bremen ist damit doppelt so hoch wie die Exportquote aller KMU in Deutschland.

Im Jahr 2008 hatten 75,4 % aller bremischen Betriebe der privaten Wirtschaft weniger als 10 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Im Land Bremen lag die durchschnittliche Betriebsgröße 2008 bei 17,8 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und in Deutschland bei 13,0 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Rund 15.000 Personen standen im Jahr 2008 im Land Bremen in einem Ausbildungsverhältnis (ohne Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht), unabhängig vom Ausbildungsjahr. Davon wurden knapp 12.400 Personen in Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten ausgebildet.

Im Jahr 2008 wurden im Land Bremen 3.200 Existenzgründungen realisiert. Gleichzeitig wurden 3.230 Unternehmen liquidiert.

1.2 Aktuelle Situation der kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise – Ergebnisse der Unternehmensbefragung

1.2.1 Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen

Entgegen den Erwartungen stehen die kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen in der Wirtschafts- und Finanzkrise relativ stark da. Insgesamt zeigen sich Unternehmen größerer Unternehmensgrößenklassen grundsätzlich stärker von der Krise betroffen als kleinere und kleinste Unternehmen.

Auftragsentwicklung – Verschlechterung im Geschäftsjahr 2009

Die Auftragslage bis zum 30.06.2009 gegenüber der bis zum 30.06.2008 hat sich für fast alle Unternehmen verschlechtert. Vor allem Unternehmen, welchen es bereits vor Einbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise strukturell schlecht ging, erfuhren durch die Krise eine weitere Schwächung. Unternehmen, welche im Jahr 2008 auf eine sehr gute oder gute Auftragslage blicken konnten, bemängeln demgegenüber auch einen geringeren Einbruch der Auftragsentwicklung.

Umsatzentwicklung – kein einheitliches Bild

Die Entwicklung des Umsatzes bis zum 30.06.2009 gegenüber dem Umsatz bis zum 30.06.2008 zeigt kein einheitliches Bild: Die oberen Umsatzgrößenklassen weisen klare negative Entwicklungen auf. Differenzierter stellt sich jedoch die Situation bei den niedrigeren Umsatzgrößenklassen dar. So befinden sich hier zum einen Unternehmen, welche zu rund einem Drittel positive Umsatzentwicklungen im laufenden Geschäftsjahr 2009 gegenüber dem des Jahres 2008 aufzeigen können. Zum anderen sind hier auch Unternehmen auffällig, welche zu rund 30 bis 40 % auf negative Entwicklungen beim Umsatz verweisen müssen.

Neueinstellungen – Einstellungsstopp

Die kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen nahmen im Jahr 2009 zu rund 57 % keine Neueinstellungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor. Im Vergleich zu aktuellen Ergebnissen des Bundes bedeutet dies, dass Bremen im Bereich des Einstellungsstopps weit unter dem Bundesschnitt von 80 % liegt. Als wesentlichen Grund für einen Einstellungsstopp geben die Unternehmen an, aktuell keinen Bedarf an neuen Arbeitskräften zu haben. Des Weiteren äußern sie, sich aufgrund der momentanen wirtschaftlichen Situation vorsichtig zu verhalten und aus diesem Grunde keine Neuanstellungen vornehmen zu wollen. Somit hat insgesamt die Dynamik am Arbeitsmarkt nachgelassen, ein für rezessive Phasen typisches Phänomen. Ein Phänomen, das im Land Bremen allerdings - bezogen auf den Einstellungsstopp - deutlich geringer ausgeprägt zu sein scheint.

Entlassungen – überwiegend keine Entlassungen

Bis zum 30.06.2009 haben rund 70 % der befragten Unternehmen in diesem Geschäftsjahr erfreulicherweise keine Entlassungen durchführen müssen. Hingegen geben rund 30 % an, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlassen zu haben. Vor dem Hintergrund der verschlechterten Auftragslage sind die Ergebnisse zu Entlassungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation als relativ positiv einzuschätzen.

Der Blick in die Zukunft in das Jahr 2010 zeigt, dass die kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen in Bremen und Bremerhaven gegenüber dem Jahr 2009 offenbar von einer konstanten Beschäftigtenentwicklung ausgehen. Somit ist insgesamt eine weniger dramatische Situation auf dem bremischen Arbeitsmarkt für den Mittelstand zu beobachten, als bundesweit vorhergesagt.

Inlandsnachfrage – Eintrübung der Binnennachfrage

Bei einer Betrachtung der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Binnennachfrage der Unternehmen zeigen sich bei der Hälfte der Unternehmen negative oder sehr negative Auswirkungen der Krise. Dies lässt sich mit der bereits erörterten rückläufigen Auftragsentwicklung und der allgemeinen momentanen Unsicherheit erklären. Bei rund 40 % der befragten Un-

ternehmen gibt es jedoch keinerlei Veränderungen aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation.

Auslandsnachfrage – überwiegend keine negativen Auswirkungen

Im Ergebnis rechnen die exportorientierten kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen mehrheitlich nicht mit einem Rückgang ihrer Exporte. Des Weiteren blieb der Auftragsbestand aus dem Ausland bei rund zwei Drittel der Unternehmen trotz der aktuellen Situation erfreulicherweise konstant. Hingegen machen 35 % der befragten Unternehmen negative oder sehr negative Auswirkungen auf die Auslandsnachfrage aus.

Finanzierungsmöglichkeiten – noch keine gravierenden Schwierigkeiten

Insgesamt zeigt sich, dass der Großteil (rund 62 %) der befragten Unternehmen aktuell nicht mit Finanzierungsschwierigkeiten zu kämpfen hat. Bei rund 38 % der befragten Unternehmen wirkt sich die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise negativ oder sehr negativ aus. Vor dem Hintergrund der rückläufigen Auftragseingänge sowie der dann in Teilen negativen Geschäftserwartungen kann somit in Teilen von einer Kürzung der Investitionspläne der Unternehmen für das Jahr 2009 ausgegangen werden.

Die Unternehmen nennen hier drei wesentliche Veränderungen, mit welchen sie im Rahmen veränderter Finanzierungsbedingungen umzugehen haben:

1. sinkende Bereitschaft der Banken bei der Vergabe von Investitionskrediten
2. strengere Dokumentations- und Sicherheitsanforderungen
3. höhere Risikoaufschläge auf Kreditzinsen

Mittelständler mit guter Bonität sind aktuell bei den Banken gefragt. Insgesamt kann – obwohl die Unternehmen häufig mehr Sicherheiten bei der Kreditvergabe stellen müssen und einen Kredit oft nur zu schlechteren Konditionen erhalten – noch nicht von einer allgemeinen Kreditklemme gesprochen werden. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich die Situation entwickelt. So liegt laut DIHK die Ablehnungsquote von Krediten im Bundesdurchschnitt zurzeit bei knapp drei Prozent (Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2009a). Nach Experteneinschätzung kann von einer Kreditklemme erst im deutlich zweistelligen Bereich (jenseits der 30 %-Marke) gesprochen werden.¹ Die Gefahr einer ernsthaften Kreditverknappung auf der Angebotsseite kann aber für 2010 noch nicht als überwunden angesehen werden.

1.2.2 Reaktionen der Unternehmen auf die Wirtschafts- und Finanzkrise – Erschließung neuer Absatzpotenziale

Um gegen die Krise zu steuern, versucht fast die Hälfte der befragten Unternehmen im Land Bremen (rund 47 %), wegfallende Aufträge durch die Erschließung neuer Absatzpotenziale abzufedern. Dies ist sowohl durch die bessere Ausschöpfung (über Marketingaktivitäten) als auch die Schaffung neuer Absatzpotenziale (über Markterschließungsstrategien) möglich. Auf diesem Weg ist es möglich, den Marktausschöpfungsgrad des angebotenen Produkts oder der Dienstleistung zu erhöhen. Zum anderen wurden aufgrund der unsicheren Lage von 38 % der Unternehmen geplante Investitionen verschoben oder zeitlich gestreckt. Darüber hinaus entschloss sich rund ein Drittel der Unternehmen dazu, finanzielle Ausgaben für gesellschaftliches Engagement zu kürzen, und versuchte, ausreichende Kreditlinien zu sichern.

1.3 Handlungsfelder bremischer Mittelstandspolitik

1.3.1 Finanzierung von Betriebsmitteln sowie Investitionen

Insgesamt zeigt sich im Bereich der Finanzierung und Investition kein neuer Handlungsbedarf. Das Land Bremen hat angemessen auf die Wirtschafts- und Finanzkrise reagiert. Aufgrund der unsicheren Lage gilt es jedoch verstärkt das Investitionsverhalten der Unternehmen und die Inanspruchnahme von Finanzierungsmöglichkeiten zu beobachten, um damit rechtzeitig auf aktuell noch nicht sichtbare Folgen der Krise reagieren zu können.

¹ <http://www.arbeitsgemeinschaft-finanzen.de/weblog/20091006/die-kreditklemme-ein-thema-fuer-die-kommenden-jahre.php> (Zugriff am 09.12.2009).

1.3.2 Transparenz über und Kommunikation von unternehmensbezogener Förderung

Vor dem Hintergrund der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung im Rahmen des Strukturkonzepts 2015 wurde in der Unternehmensbefragung ein besonderer Fokus auf die Beurteilung der Förderinstitutionen in Bremen und Bremerhaven sowie das Angebot an unternehmensbezogener Förderung im Land Bremen gelegt.

Es zeigt sich, dass die Servicequalität aller untersuchten Förderinstitutionen von den befragten Unternehmen als überwiegend sehr gut und gut bezeichnet wird. Herausforderungen bestehen bei der Übersichtlichkeit über die Fördermöglichkeiten. Die Unternehmen äußern hier zusätzlich, dass die Zuständigkeiten zwischen den Förderinstitutionen für sie nicht in allen Fällen einer klaren Trennung unterliegen.

1.3.2.1 Weitere Verzahnung der förderrelevanten Institutionen im Land Bremen

Das Land Bremen hat in den letzten Jahren die Arbeit der wirtschaftsbezogenen Förderung zuletzt durch die Zusammenlegung verschiedener Institutionen zu einer Wirtschaftsförderung (WFB) bereits in erheblichem Maße verbessert.

Mittlerweile ist der Ansatz des One-Stop-Shops als Ansprechpartner aller Unternehmen in Bremen durchgängig vertreten. Gleichwohl bestehen immer noch verschiedene förderrelevante Institutionen (WFB, BAB, B.E.G.IN und BIS), deren weitergehende Verzahnung (z. B. über die Abstimmung gemeinsamer Veranstaltungen, Abstimmung des Förder- und Beratungsangebots) durchaus als relevant erachtet werden kann. Dies vor allem, um gegenüber den mittelständischen Unternehmen einen Ansprechpartner im Rahmen der Förderung zu offerieren, welcher zudem auch über die „Fördergeschichte“ des Unternehmens informiert ist.

1.3.2.2 Offener Auftritt der WFB gegenüber den kleinsten, kleinen und mittelständischen Unternehmen

Im Rahmen der Untersuchungen wurde herausgestellt, dass die Erreichbarkeit der WFB für ihre Klientel noch verbesserungsfähig ist. Das Ziel des Strukturkonzepts 2015, wonach Aufbau- und Ablauforganisation der Wirtschaftsförderung im Land Bremen effizient zu gestalten und systematisch auf ihre Kundenorientierung auszurichten sind, wird durch die Befragung in seiner Bedeutung bekräftigt. Um den Weg der offenen und gezielten Kundenansprache weiter voranzutreiben zu können, wurde seitens der WFB vorgeschlagen, ein zentrales Empfangsbüro für Unternehmen in der Passage im Erdgeschoss des Kontorhauses in Bremen einzurichten. In diesem Servicebüro soll dann auch im Rahmen der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie der einheitliche Ansprechpartner vertreten sein, der die Aufgabe hat, als One-Stop-Shop Unternehmen durch die behördlichen Genehmigungsprozesse zu führen. Eine solche stärker kundenorientierte, leicht zugängliche Beratungsstelle kann es allen Unternehmen erleichtern, sich rasch und unkompliziert über zentrale Aspekte von Behördenanforderungen und möglicher Fördermöglichkeiten zu informieren. Diese beiden Komponenten, gebündelt bei der Wirtschaftsförderung, bieten eine größtmögliche Servicequalität für die Unternehmen am Standort Bremen. Im Sinne einer Verweisberatung könnten von dieser zentralen Beratungsstelle sodann komplexere Beratungsstufen im Hauptgebäude der WFB stattfinden. Eine solche zentrale Anlauf- und Informationsstelle könnte darüber hinaus auch die Funktion eines Ansprechpartners für Personen mit Migrationshintergrund besser erfüllen.

1.3.2.3 Bessere Kommunikation der unternehmensbezogenen Förderung für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen

Im Rahmen einer strategisch aufgestellten Mittelstandspolitik ist es Aufgabe des Senators für Wirtschaft und Häfen, gegenüber den im Land Bremen ansässigen sowie potenziell ansässigen Unternehmen eine klare Kommunikation bezüglich der unternehmensbezogenen Förderung zu betreiben. Des Weiteren ist es auch lt. Strukturkonzept 2015 Aufgabe aller Gesellschaften und Einrichtungen, sich so aufzustellen, dass Institutionen, Förderangebote und Prozesse konsequent auf die zu fördernden Unternehmen ausgerichtet sind. Vor dem Hintergrund der finanziellen Situation in Bremen erscheint es sinnvoll, die Themen der unternehmensbezogenen Förderung für den Mittelstand im Land Bremen zu bündeln und diese via des Mittels eines professionellen Internetauftritts des Senators für Wirtschaft und Häfen im Sinne einer „Förderfibel“ zu kommunizie-

ren. Des Weiteren sollte von dieser Seite eine Verlinkung zu den Wirtschaftsförderungsgesellschaften in Bremen und Bremerhaven erfolgen. Im Sinne einer ressortübergreifenden Mittelstandspolitik wird empfohlen, auch die Fachressorts sowie andere Institutionen in diese Aktivitäten einzubinden, die mittelstandsrelevante Angebote in ihrem Zuständigkeitsbereich vorhalten, so dass gegenüber der zu unterstützenden Klientel ein einheitlicher Auftritt erfolgt.

1.3.2.4 Ressortübergreifende Mittelstandspolitik

Im Rahmen des Strukturkonzepts 2015 hat sich das Land Bremen das Ziel einer engeren Koordination der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung auf strategischer und operationeller Ebene gesetzt. Vor dem Hintergrund der Bewältigung gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen ist eine enge ressortübergreifende Zusammenarbeit sehr zu begrüßen.

Hierbei ist es angesichts des festzustellenden Bedarfs der bremischen Unternehmen an fachlich qualifizierten Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmern von hoher Bedeutung, vor allem in diesem Bereich den engen Austausch zwischen den Ressorts Wirtschaft und Arbeit stetig weiter zu entwickeln.

Die beiden Ressorts sollten sich für die Zukunft bei der Zusammenarbeit vor allem auf die Aspekte „berufliche Qualifizierung“ und „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ konzentrieren. Im Bereich der Ausbildung sollte die Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen mit Migrationshintergrund besonders berücksichtigt werden.

Schließlich ist zu erwägen, Expertinnen und Experten des bremischen Mittelstands aus den Bereichen Wirtschaft und Arbeit sowie kleinste, kleine und mittlere Unternehmen gezielt in Dialoge zu aktuellen Themen des bremischen Mittelstands einzubinden. Hier könnte bei den Wirtschaftsförderungsgesellschaften in Bremen und Bremerhaven ein Forum geschaffen werden, um die Mittelstandspolitik zielgerichtet, fach- und ressortübergreifend weiterentwickeln zu können.

2. BREMISCHER MITTELSTAND

Um einen umfassenden Überblick über den bremischen Mittelstand zu erhalten, werden im folgenden Kapitel die Kernindikatoren der kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen im Land Bremen dargestellt. Hierbei wird zuerst eine Definition des Begriffs Mittelstand vorgenommen. Im Weiteren werden Größe und Struktur des bremischen Mittelstands einer Analyse unterzogen, um zudem im Anschluss die Entwicklung des Mittelstands im Land Bremen im Verlauf anhand entscheidender Indikatoren darstellen zu können.

2.1 Wer zählt zum Mittelstand und was macht seine besondere Bedeutung aus

Eine allseits akzeptierte Definition des Mittelstands existiert nicht, weswegen i. d. R. zur Beschreibung des Mittelstands auf allgemein verfügbare quantitative Kriterien wie Größe des Umsatzes und Anzahl der Beschäftigten als Abgrenzungsmerkmal zurückgegriffen wird. In der Bundesrepublik Deutschland werden – basierend auf der Definition des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn – unabhängige Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten und weniger als 50 Millionen Euro Jahresumsatz zum Mittelstand gezählt (siehe Übersicht 1). Die Unternehmen dieser Größenordnung werden als kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bezeichnet.

Übersicht 1: Quantitative Kriterien der in Deutschland gebräuchlichen Mittelstandsdefinition

Unternehmensgröße	Beschäftigte	Umsatz/Jahr
Klein	bis 9	bis unter 1 Million Euro
Mittel	10 bis 499	1 Million bis unter 50 Millionen Euro
Groß	500 und mehr	50 Millionen Euro und mehr
KMU zusammen	unter 500	unter 50 Millionen Euro

© IfM Bonn

Quelle: IfM Bonn (Mittelstandsdefinition, gültig seit der Euro-Umstellung)

Im Rahmen der Politik der Europäischen Union (EU) werden dagegen nur Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten als KMU bezeichnet (siehe Übersicht 2). Da die EU maßgebliche Regeln für eine wettbewerbsverträgliche Wirtschaftsförderung innerhalb des europäischen Binnenmarktes erlässt, kommt dieser europäischen KMU-Definition – auch für die deutsche Wirtschafts- und Förderpolitik – eine große Bedeutung zu.

Nachrangig werden in der EU-Definition Grenzen für die Umsatz- und Bilanzsumme genannt, wobei die Überschreitung eines dieser beiden Kriterien der Zuordnung zur entsprechenden Größe nicht entgegensteht. Qualitative Merkmale von KMU sind gleichfalls Bestandteil der EU-Definition. Unternehmen, die zu mehr als 25 % im Eigentum einer Unternehmensgruppierung, z. B. einem Konzern, stehen, werden nicht als KMU eingeordnet. Damit wird auch in dieser Definition berücksichtigt, dass sich das Besondere mittelständischer Unternehmen nicht allein über quantitative Abgrenzungsmerkmale identifizieren lässt.

Übersicht 2: Empfehlung der EU zur Klassifizierung von KMU ab 1.1.2005

Unternehmensgröße	Beschäftigte	und	Umsatz/Jahr	oder	Jahresbilanzsumme
Kleinst	bis 9		bis 2 Millionen Euro		bis 2 Millionen Euro
Klein	bis 49		bis 10 (7) Millionen Euro		bis 10 (5) Millionen Euro
Mittel	bis 249		bis 50 Millionen Euro		bis 43 (27) Millionen Euro
Groß	250 und mehr		mehr als 50 Millionen Euro		mehr als 43 (27) Millionen Euro
KMU zusammen	unter 250		unter 50 Millionen Euro		höchstens 43 (27) Millionen Euro

Quelle: EU-Kommission 1996 und 2003

Anmerkung:

Werte in Klammern: Empfehlung von 1996, galten bis Ende 2004

Qualitative, also sozioökonomische Aspekte wie die Eigentums- und Leitungsstruktur spielen bei der Darstellung des Mittelstands eine ebenso große Rolle. Für die Mehrzahl mittelständischer Unternehmen gilt, dass ihnen nur eine Person als Eigentümer leitend, planend und kontrollierend vorsteht. Die Einheit von Eigentum und Leitung, d. h. die enge Verbindung zwischen der wirtschaftlichen Existenz der leitenden Person und des Unternehmens sowie die Verantwortlichkeit der Führungsperson für alle unternehmensrelevanten Entscheidungen und Vorgänge, ist Wesensmerkmal der sog. Familienunternehmen. Aus dieser Struktur heraus entwickeln sich in mittelständischen Unternehmen – im Gegensatz zu Großunternehmen – persönliche Beziehungen zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Führung, die sich nicht nur auf die Art der Organisation und die Kompetenzaufteilung auswirken, sondern auch auf Entgeltstrukturen und Marktstrategien.

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit stellt ein konstitutives Merkmal des Mittelstands dar, ist aber in den amtlichen Statistiken nicht zu überprüfen.

Bei den statistischen Auswertungen im Zuge der Erstellung des Mittelstandsberichts kommt nur die Definition des IfM Bonn zur Anwendung.

Die herausragende Bedeutung des Mittelstands, zu dem Familienunternehmen, Selbstständige in freien Berufen und Handwerksbetriebe zählen, wird für das Land Bremen belegt durch die Standortbestimmung auf der Grundlage dieses statistisch-quantitativen Rasters im Vergleich zum Bundesdurchschnitt.

2.2 Größe und Struktur des bremischen Mittelstands

Größe und Struktur des bremischen Mittelstands werden im Folgenden anhand dreier Analyseeinheiten vorgenommen:

- Anzahl und Umsatz mittelständischer Unternehmen
- Branchenstruktur der Unternehmen
- Mittelstand als Arbeitgeber und Ausbilder

2.2.1 Anzahl und Umsatz mittelständischer Unternehmen

Das Unternehmensregister² weist für das Land Bremen einen Bestand von rund 27.000 Unternehmen für das Jahr 2006 aus (siehe Tabellen 4 bis 6 im Anhang).³ Berücksichtigt man die im Unternehmensregister nicht erfassten land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen und rechnet die Gesamtzahl der Unternehmen für das Jahr 2008 hoch, dann existierten nach Schätzungen des IfM Bonn Ende 2008 rund *27.500 Unternehmen* im Land Bremen.

Da das Unternehmensregister jedoch nur Daten für die Jahre 2004 bis 2006 zum Gesamtbestand der Unternehmen zur Verfügung stellen kann, wird im Folgenden auf die Umsatzsteuerstatistik und die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit als Datengrundlage zurückgegriffen. Mit der Umsatzsteuerstatistik⁴ liegen aktuelle Daten vor und es ist die Aufstellung von Zeitreihen von 2003 bis 2008 möglich, um die Entwicklung des Mittelstands in dem für diesen Bericht festgelegten Beobachtungszeitraum zu analysieren.

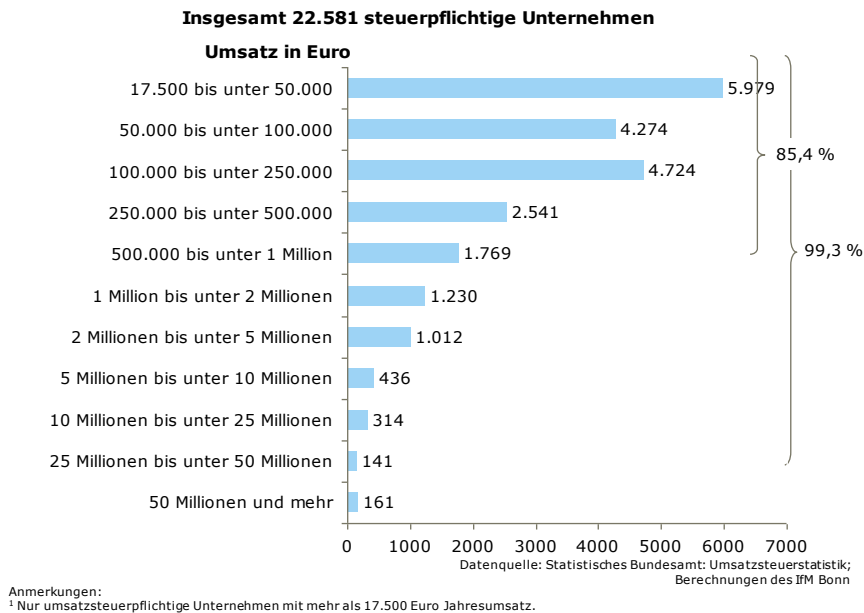
Die aktuelle verfügbare Umsatzsteuerstatistik, in der die Kleinstunternehmen und die Freien Heilberufe nicht enthalten sind, weist für das Jahr 2007 einen Bestand von rund 22.600 Unternehmen im Land Bremen aus (siehe Abbildung 1). Unter Zugrundelegung der quantitativen Definition (siehe Übersicht 1) zeigt sich, dass 85,4 % der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen weniger als 1 Million Euro Jahresumsatz erzielten. 13,9 % der Unternehmen erzielten zwischen 1 Million und 50 Millionen Euro Jahresumsatz. Nur 161 Unternehmen, d. h. 0,7 % aller Unternehmen, gehören nach dieser statistisch determinierten Betrachtung zum Kreis der Großunternehmen.

² Das Unternehmensregister ist eine regelmäßig aktualisierte Datenbank, die zum einen Dateien aus Verwaltungsbereichen wie der Bundesagentur für Arbeit und den Finanzbehörden und zum anderen Angaben aus einzelnen Fachbereichsstatistiken zusammenführt. Kleinstunternehmen mit weniger als 17.500 Euro Jahresumsatz ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bleiben weitgehend unberücksichtigt. Freiberuflich Tätige werden dagegen als eigenständige Unternehmen registriert. Dadurch sind im Unternehmensregister grundsätzlich mehr Unternehmen als z. B. in der Umsatzsteuerstatistik enthalten.

³ Daten des Unternehmensregisters zu den Umsätzen der Unternehmen und zu den Beschäftigtenzahlen werden in den Tabellen A-1b und A-1c im Anhang ausgewiesen.

⁴ In der Umsatzsteuerstatistik sind alle Unternehmen mit jährlichen Lieferungen und Leistungen (Umsatz) von mehr als 17.500 Euro erfasst, die für das Berichtsjahr Umsatzsteuervoranmeldungen abgegeben haben. Nicht enthalten sind Jahreszahler, d. h. Unternehmer, die keine Voranmeldung, sondern nur eine jährliche Umsatzsteuererklärung abgeben müssen, und Kleinunternehmer mit jährlichen Umsätzen unter der Besteuerungsgrenze. Unternehmen, die nahezu ausschließlich steuerfreie Umsätze tätigen, z. B. Ärzte und Zahnärzte ohne Labor, Behörden, Versicherungsvertreter, landwirtschaftliche Unternehmen, sind ebenfalls nicht erfasst. Schließlich fehlen auch sämtliche konzernabhängigen Unternehmen, für die die Muttergesellschaft im Rahmen einer sogenannten Organschaft die Versteuerung des Umsatzes übernimmt.

Abbildung 1: Unternehmen¹ 2007 im Land Bremen nach Umsatzgrößenklassen



Unter Zugrundelegung des Definitionskriteriums Umsatzgröße gehören 99,3 % der bremischen Unternehmen zum Mittelstand. Der Mittelstandsanteil liegt damit 0,4 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt.⁵

In der *Stadt Bremen* gab es im Jahr 2007 insgesamt rund 19.400 steuerpflichtige Unternehmen. Gemäß der KMU-Definition zählten 99,2 % aller steuerpflichtigen Unternehmen zum Mittelstand. 150 Unternehmen (0,8 %) waren Großunternehmen (siehe Abbildung 1 im Anhang).

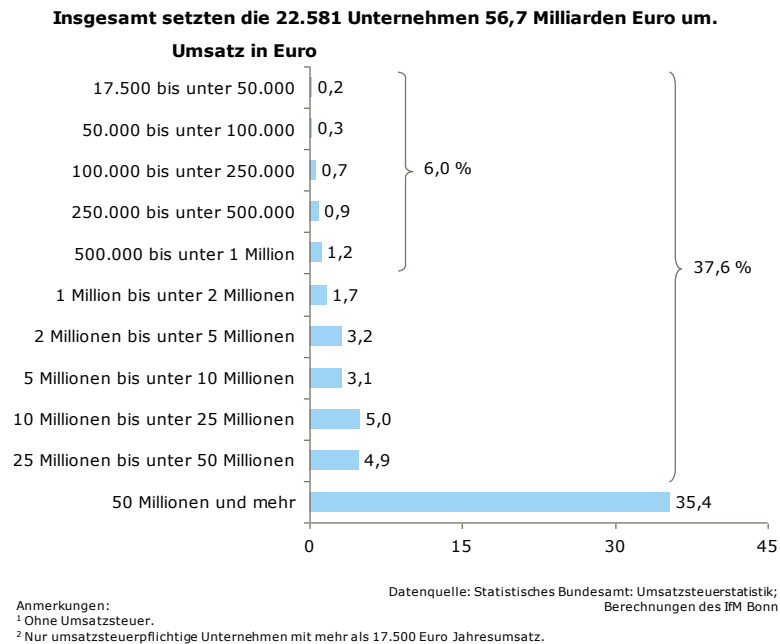
Die *Stadt Bremerhaven* hat insgesamt nur rund 3.200 steuerpflichtige Unternehmen, von denen 99,6 % zum Mittelstand und 11 Unternehmen zu den Großunternehmen zählten (siehe Abbildung 2 im Anhang).

Neben der Anzahl der Unternehmen liefert die Umsatzsteuerstatistik auch Informationen über deren Umsätze. Die im Land Bremen ansässigen wirtschaftlich unabhängigen Unternehmen erzielten im Jahr 2007 einen steuerpflichtigen Gesamtumsatz von 56,7 Milliarden Euro. Hiervon realisierten die 161 Großunternehmen des Landes Bremen 62,4 %. Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU mit bis 50 Millionen Euro Jahresumsatz) im Land Bremen hatten ein Umsatzvolumen von rund 21,3 Milliarden Euro und damit einen KMU-Anteil von 37,6 % aller Umsätze (siehe Abbildung 2). Im Bundesdurchschnitt liegt der KMU-Anteil bezogen auf den Umsatz aller Unternehmen bei 37,5 %. Der Umsatz je KMU lag im Jahr 2007 im Land Bremen im Durchschnitt bei 950.000 Euro und in Deutschland bei 617.000 Euro.

In der *Stadt Bremen* realisierten im Jahr 2007 die rund 19.400 steuerpflichtigen Unternehmen Umsätze von 52,1 Milliarden Euro. Der KMU-Anteil bezogen auf den Umsatz aller Unternehmen lag bei 35,8 % (siehe Abbildung 3 im Anhang). Die *Stadt Bremerhaven* weist mit 57,8 % einen deutlich höheren KMU-Anteil bei den Umsätzen auf (siehe Abbildung 4 im Anhang).

⁵ Zum Mittelstand in Deutschland vgl. auch Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2009.

Abbildung 2: Umsatz¹ der Unternehmen² 2007 im Land Bremen nach Umsatzgrößenklassen in Milliarden Euro



2.2.2 Branchenstruktur der Unternehmen und ihr Umsatz

Die Verteilung der Unternehmen auf Branchen im Land Bremen geht aus Tabelle 1 hervor. Den höchsten Anteil an allen mittelständischen Unternehmen der Privatwirtschaft (WZ A-K, M-O der WZ 2003)⁶ hat mit 31,2 % der unternehmensnahe Dienstleistungssektor. Zu diesem gehören die Wirtschaftszweige Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienpersonal, Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung und Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, die anderweitig nicht genannt wurden, wie u. a. Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Architektur- und Ingenieurbüros, Werbung. An zweiter Stelle folgt der Handel mit einem Anteil von 23,7 % und an dritter Stelle schließlich das Baugewerbe mit 8,2 %.

Schlüsselt man jedoch die Umsatzvolumina nach Branchen auf, dann liegt der Handel mit einem Anteil am Umsatz aller KMU von 36,5 % an erster Stelle, gefolgt von den unternehmensnahen Dienstleistungen (19,0 %), dem Wirtschaftszweig Verkehr und Nachrichtenübermittlung (15,4 %) und dem Verarbeitenden Gewerbe (15,2 %) (siehe Tabelle 1).

Die KMU-Anteile beim Unternehmensbestand variieren zwischen 97,2 % im Wirtschaftszweig Energie- und Wasserversorgung, 97,3 % im Verarbeitenden Gewerbe und 100 % im Gastgewerbe und im Kredit- und Versicherungsgewerbe.⁷ Bezogen auf den Umsatz liegt der KMU-Anteil bei der Energie- und Wasserversorgung bei 13,5 %, im Verarbeitenden Gewerbe bei 18,9 % und im Handel bei 35,3 % und somit unter dem Bremer Durchschnitt von 37,6 %.

Angesichts der Umsatzstärke des Verarbeitenden Gewerbes empfiehlt sich ein Blick auf seine Einzelbranchen (siehe Tabelle 7 im Anhang). Bezogen auf alle Unternehmen sind im Land Bremen die bedeutendsten Branchen nach der Anzahl der Unternehmen: die Herstellung von Metallzeugnissen (15,0 %), das Verlags- und Druckgewerbe (11,9 %), das Ernährungsgewerbe (11,8 %) und der Maschinenbau (9,3 %). Zu den bedeutendsten Umsatzträgern zählen das Er-

⁶ Da die Bereiche Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (WZ L der WZ 2003), die Exterritorialen Organisationen und Körperschaften (WZ Q der WZ 2003, Vertretungen fremder Staaten, Dienststellen von Stationierungsstreitkräften, internationale und supranationale Organisationen mit Behördencharakter) keinen Unternehmenscharakter aufweisen – und damit nicht zu der gewerblichen Wirtschaft und den Freien Berufen gehören, zu denen auch der gewerbliche Mittelstand gezählt wird –, werden sie in dieser Studie aus der Untersuchung herausgenommen. Auch die privaten Haushalte mit Hauspersonal (WZ P der WZ 2003, z. B. Personal zur Kinderbetreuung) werden nicht als Unternehmen angesehen, da sie i. d. R. keine Gewinnerzielungsabsicht haben.

⁷ Laut Umsatzsteuerstatistik gibt es im Land Bremen kein Großunternehmen in den Wirtschaftszweigen Gastgewerbe und Kredit- und Versicherungsgewerbe, das seinen Sitz im Land Bremen hat.

nahrungsgewerbe, das mit 48,3 % fast die Hälfte des Umsatzes der bremischen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe ausmacht, die Metallerzeugung und -bearbeitung (15,0 %), der Maschinenbau (7,1 %) und der sonstige Fahrzeugbau (6,3 %).

Tabelle 1: Unternehmen und Umsätze 2007 im Land Bremen nach Wirtschaftszweigen – insgesamt und KMU

Wirtschaftszweig	Unternehmen				Umsatz			
	insgesamt	KMU			insgesamt	KMU		
	Anzahl	Anzahl	Vertikalstruktur in %	KMU-Anteil in %	in Millionen €	in Millionen €	Vertikalstruktur in %	KMU-Anteil in %
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	*	*	*	*	*	*	*	*
Bergbau	*	*	*	*	*	*	*	*
Verarbeitendes Gewerbe	1.542	1.500	6,7	97,3	17.080	3.235	15,2	18,9
Energie-/Wasserversorgung	215	209	0,9	97,2	2.224	301	1,4	13,5
Baugewerbe	1.844	1.841	8,2	99,8	2.381	1.534	7,2	64,4
Handel	5.389	5.320	23,7	98,7	22.001	7.768	36,5	35,3
Gästgewerbe ¹	1.717	1.717	7,7	100,0	444	444	2,1	100,0
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	1.419	1.393	6,2	98,2	6.074	3.286	15,4	54,1
Kredit-/Versicherungsgewerbe	112	112	0,5	100,0	121	121	0,6	100,0
Dienstleistungen überw. f. Unternehmen ¹	7.004	7.000	31,2	99,9	4.539	4.050	19,0	89,2
Erziehung/Unterricht ²	243	238	1,1	97,9	64	28	0,1	43,1
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen ¹	432	428	1,9	99,1	449	244	1,1	54,3
Sonst. öffentl. u. pers. Dienstleistungen	2.488	2.482	11,1	99,8	1.200	576	2,7	48,0
Insgesamt ohne Öffentliche Verwaltung	22.581	22.420	100,0	99,3	56.686	21.301	100,0	37,6

© IfM Bonn

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen: Umsatzsteuerstatistik; Berechnungen des IfM Bonn

Anmerkungen:

* Aufgrund von Geheimhaltung zur Wahrung des Steuergeheimnisses keine Angaben möglich.

¹ Daten für KMU geschätzt auf der Basis der Zahlen von 2006.

² KMU bis 2 Millionen € Jahresumsatz.

2.2.3 Handwerk und Freie Berufe im bremischen Mittelstand

Bedauerlich ist, dass ganz zentrale Wirtschaftsbereiche, wie das Handwerk und die Freien Berufe, aus den bisher genannten Statistiken nicht isoliert dargestellt werden können. So wird beispielsweise der Bäcker statistisch im Produzierenden Gewerbe oder im Handel erfasst, der Dachdecker im Baugewerbe und der Friseur bei den personennahen Dienstleistungen. Man muss also zur Ausweisung dieser Daten auf andere Quellen zurückgreifen:

Nach Angaben des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) waren Ende 2008 im Land Bremen insgesamt 5.000 Handwerksbetriebe registriert. In ganz Deutschland sind es 967.201. (siehe Tabelle 2). Die Handwerksordnung unterteilt das Handwerk in das zulassungspflichtige Gewerbe (Anlage A) und in das zulassungsfreie Gewerbe (Anlage B1) sowie in das zulassungsfreie handwerksähnliche Gewerbe (Anlage B2). Mit 3.101 Betrieben entfällt der größte Teil der Handwerksbetriebe auf die zulassungspflichtigen Gewerbe, auch als zulassungspflichtiges Vollhandwerk bezeichnet (62,0 %). Entsprechendes gilt für Gesamtdeutschland, wo mit 602.605 zulassungspflichtige Handwerksbetriebe einen Anteil von 62,3 % einnehmen. Zum zulassungsfreien Handwerk zählen 871 Betriebe oder 17,4 % aller Handwerksbetriebe und zum handwerksähnlichen Gewerbe 1.026 Betriebe oder 20,5 % aller Handwerksbetriebe. Insgesamt gibt es in der Bundesrepublik 175.557 Betriebe, die zum zulassungsfreien Handwerk zählen (18,2 %) und 188.526 Betriebe bzw. 19,5 %, die zum handwerksähnlichen Gewerbe gehören.

Tabelle 2: Handwerksbetriebe, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz 2008 im Land Bremen und in Deutschland

	Betriebsbestand ¹			Beschäftigte ²	Umsatz ^{2,3}
	Anzahl	Vertikalstruktur in %	Betriebsbesatz je 1.000 Einwohner ⁴ (30.06.2008)	in 1.000	in Milliarden €
	Land Bremen				
Anlage A (zulassungspflichtig)	3.101	62,0	4,69	} 27	} 3
Anlage B1 (zulassungsfrei)	871	17,4	1,27		
Anlage B2 (handwerksähnlich)	1.026	20,5	1,54	k. L. ⁵	k. L. ⁵
nachrichtlich:					
Anlage A einfache Tätigkeiten	2	0,0			
Handwerk insgesamt	5.000	100,0	7,51	k. L. ⁵	k. L. ⁵
	Deutschland				
Anlage A (zulassungspflichtig)	602.605	62,3	7,34	} 4.474	} 497
Anlage B1 (zulassungsfrei)	175.557	18,2	2,07		
Anlage B2 (handwerksähnlich)	188.526	19,5	2,29	332	15
nachrichtlich:					
Anlage A einfache Tätigkeiten	513	0,1			
Handwerk insgesamt	967.201	100,0	11,70	4.806	512

© IfM Bonn

Quelle: ZDH: Handwerksstatistik; Berechnungen des IfM Bonn

Anmerkungen:

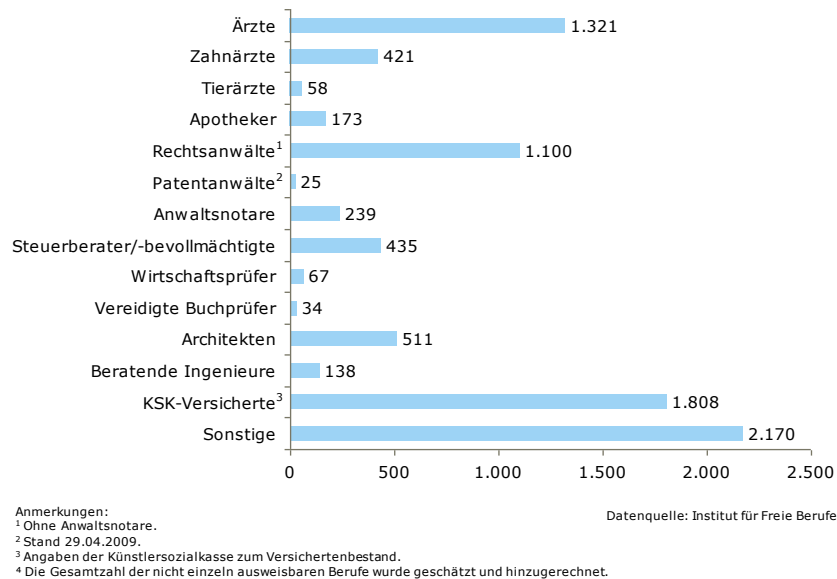
¹ Bestand der in den Handwerksrollen eingetragenen Betriebe per 31.12.2008.² Geschätzt.³ Inkl. Umsatzsteuer.⁴ Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.⁵ Keine Länderdaten.

Die Handwerksbetriebe im Land Bremen erzielten 2008 nach Schätzungen des ZDH im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk (Anlagen A und B1) rund 3 Mrd. Euro Umsatz und beschäftigten ca. 27.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für das handwerksähnliche Handwerk liegen keine Länderdaten vor. In Deutschland erwirtschafteten die Handwerksbetriebe (A, B1 und B2) zusammen rund 512 Mrd. Euro und beschäftigten ca. 4,8 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Freien Berufe werden in der amtlichen Statistik nur sehr unzureichend abgebildet. Bei der Präsentation der Zahlen zu den Freien Berufen wird deshalb auf die Ergebnisse des Instituts für Freie Berufe (IFB) in Nürnberg zurückgegriffen. Das IFB wertet die Daten von Berufsorganisationen aus und schätzt z. T. die Zahlen auf der Grundlage des Mikrozensus.

<http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=599>

Zu Beginn des Jahres 2009 gab es im Land Bremen etwa 8.500 Selbstständige in den Freien Berufen (siehe Abbildung 3). Im Vergleich waren in Deutschland zum selben Zeitpunkt rund 1 Mio. Selbstständige in Freien Berufen tätig. In die Zahl der Selbstständigen in den Freien Berufen sind nicht nur die verkammerten Freiberufler einbezogen, sondern auch Selbstständige im Bereich der Heilberufe, Wirtschaftsberatung, Kultur und Kunst. Nach der Verteilung der Selbstständigen in den Freien Berufen auf die Berufsgruppen haben die Freien Kulturberufe mit 21,3 % den größten Anteil an den selbstständigen Freiberuflern (Deutschland: 24,1 %). Beinahe jeder fünfte Selbstständige in den Freien Berufen ist als Ärztin und Arzt oder als Zahnärztin oder Zahnarzt tätig.

Abbildung 3: Selbstständige in Freien Berufen im Land Bremen (Stand: 1.1.2009)

2.2.4 Mittelstand als Arbeitgeber und Ausbilder

Im Folgenden wird die Struktur des bremischen Mittelstands hinsichtlich der folgenden beiden Aspekte näher analysiert:

- sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
- Ausbildungsverhalten

2.2.4.1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im bremischen Mittelstand

Um die Bedeutung des Mittelstands für die Beschäftigung sichtbar zu machen, muss auf die betriebsbezogenen Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) zurückgegriffen werden. Sie geben Auskunft über die Struktur des Mittelstands nach dem Merkmal „Anzahl der Beschäftigten“.⁸ Bei dieser Statistik werden Selbstständige und Ein-Personen-Unternehmen nicht erfasst. Aus diesem Grund bildet diese Statistik nur 15.521 Betriebe im Land Bremen zum Stichtag 31.12.2008 ab. Eine andere aktuelle Statistik, die die Verteilung der Beschäftigten nach Betriebsgrößenklassen ausweist, gibt es leider nicht.

Trotz Berücksichtigung dieser Einschränkungen erweist sich die Mehrzahl der wirtschaftlichen Einheiten im Land Bremen, diesmal bezogen auf Beschäftigtengrößenklassen, als relativ groß. Im Jahr 2008 hatten 75,4 % aller bremischen Betriebe der privaten Wirtschaft (WZ A-K, M-O der WZ 2003) weniger als 10 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (siehe Abbildung 4). Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil in dieser Größenklasse bei 80,3 % (siehe Abbildung 5 im Anhang). Wird die Größenklasse bis 499 Beschäftigte betrachtet, so sind 99,7 % aller Betriebe im Land Bremen kleine und mittlere Betriebe (KMB) analog der Abgrenzung der KMU, in Deutschland sind dies 99,8 %.

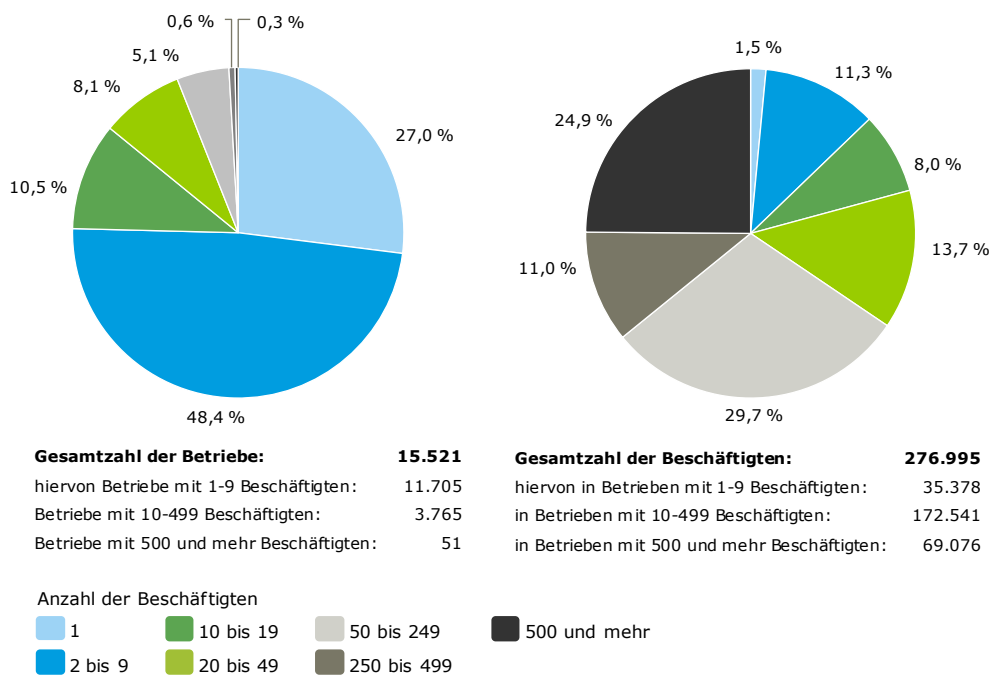
Auf der Ebene der Beschäftigung heißt das: 12,8 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind im Land Bremen in Betrieben bis 10 Beschäftigten tätig, in Deutschland arbeiten dort 18 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. In Betrieben mit weniger als 500 Beschäftig-

⁸ Die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit beruht auf Meldungen der Arbeitgeber, die diese für ihre sozialversicherungspflichtig (SV-)Beschäftigten gemäß Datenerfassungs- und Datenübermittlungsverordnung bei den Krankenkassen, als zuständige Sozialversicherungseinrichtungen, einzureichen haben. Die Statistik erfasst die Arbeitnehmer am geografischen Ort ihrer Arbeit, somit werden nur Daten von Betrieben mit mindestens einem SV-Beschäftigten erfasst. Es fehlen also alle Ein-Personen-Betriebe ohne SV-Beschäftigte sowie Betriebe mit ausschließlich nicht versicherten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Weil diese Statistik nur Betriebe, also örtliche Einheiten, nicht jedoch Unternehmen als rechtliche Einheiten erfasst, dürfte sie in stark filialisierten Bereichen, wie z. B. dem Handel, nur ein unzureichendes Bild der Größenstruktur der Unternehmen wiedergeben. Beispielsweise kann eine Bäckerei aus vielen kleinen Filial-Betrieben bestehen und selbst ein mittleres Unternehmen sein.

ten sind 75,1 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten angestellt. Rund 207.900 der 277.000 SV-Beschäftigten im Land Bremen haben also einen Arbeitsplatz in einem kleinen oder mittleren Betrieb.

Zum Vergleich: In Deutschland ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten mit 79,2 % deutlich höher als im Land Bremen. Vor allem die Betriebe mit 50 bis 249 SV-Beschäftigten repräsentieren im Land Bremen einen größeren Beschäftigtenanteil als die bundesdeutschen Betriebe.

Abbildung 4: Betriebsgrößenstruktur von Betrieben mit SV-Beschäftigten am 31.12.2008 im Land Bremen, WZ A-K, M-O der WZ 2003



Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigtenstatistik; Berechnungen des IFM Bonn

Betrachtet man die sektorale Struktur im Land Bremen für die Beschäftigten aller Betriebe, so stellt man fest, dass das Verarbeitende Gewerbe mit knapp 59.100 Beschäftigten der größte Arbeitgeber ist (siehe Tabelle 3). Fast jeder fünfte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeitet in diesem Wirtschaftszweig. An zweiter Stelle stehen die unternehmensnahen Dienstleistungen mit rund 45.800 Beschäftigten, gefolgt vom Handel mit rund 40.500 Beschäftigten und dem Wirtschaftszweig Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit knapp 35.600 Beschäftigten.

Bei den kleinen und mittleren Betrieben mit bis zu 499 Beschäftigten (KMB) sieht die sektorale Struktur etwas anders aus. Hier sind die meisten SV-Beschäftigten in den unternehmensnahen Dienstleistungen zu finden, erst danach im Handel und im Verarbeitenden Gewerbe. Der Anteil der kleinen und mittleren Betriebe liegt zwischen 46,6 % bei der Energie- und Wasserversorgung und bei 100 % im Gastgewerbe und Bergbau sowie in der Land-, Forst- und Fischwirtschaft bei einem Durchschnittswert von 75,1 %.

Tabelle 3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt und in Betrieben mit bis zu 499 Beschäftigten 2008 im Land Bremen und in Deutschland nach Wirtschaftszweigen – Anzahl und Vertikalstruktur in %, Stand: 31.12.2009

Wirtschaftszweig	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Betrieben mit ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten				
	Insgesamt		1 bis 499		
	Anzahl	Vertikal- struktur in %	Anzahl	Vertikal- struktur in %	KMB- Anteil in %
	Bremen				
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	765	0,3	765	0,4	100,0
Bergbau	172	0,1	172	0,1	100,0
Verarbeitendes Gewerbe	59.069	21,3	28.209	13,6	47,8
Energie-/Wasserversorgung	2.143	0,8	998	0,5	46,6
Baugewerbe	12.320	4,4	11.777	5,7	95,6
Handel	40.530	14,6	37.156	17,9	91,7
Gastgewerbe	7.387	2,7	7.387	3,6	100,0
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	35.555	12,8	25.789	12,4	72,5
Kredit-/Versicherungsgewerbe	8.783	3,2	6.468	3,1	73,6
Dienstleistungen überw. f. Unternehmen	45.780	16,5	44.663	21,5	97,6
Erziehung/Unterricht	13.114	4,7	7.646	3,7	58,3
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	33.552	12,1	22.153	10,7	66,0
Sonst. öffentl. u. pers. Dienstleistungen	17.825	6,4	14.736	7,1	82,7
Insgesamt ohne Öffentliche Verwaltung	276.995	100,0	207.919	100,0	75,1
	Deutschland				
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	287.615	1,1	283.629	1,4	98,6
Bergbau	98.228	0,4	49.125	0,2	50,0
Verarbeitendes Gewerbe	6.854.029	26,5	4.489.386	21,9	65,5
Energie-/Wasserversorgung	265.434	1,0	161.596	0,8	60,9
Baugewerbe	1.504.117	5,8	1.467.798	7,2	97,6
Handel	4.077.342	15,8	3.838.810	18,7	94,1
Gastgewerbe	780.143	3,0	764.055	3,7	97,9
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	1.578.082	6,1	1.259.540	6,1	79,8
Kredit-/Versicherungsgewerbe	985.415	3,8	638.552	3,1	64,8
Dienstleistungen überw. f. Unternehmen	3.793.321	14,7	3.293.386	16,1	86,8
Erziehung/Unterricht	1.061.827	4,1	761.636	3,7	71,7
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	3.345.222	12,9	2.415.685	11,8	72,2
Sonst. öffentl. u. pers. Dienstleistungen	1.249.797	4,8	1.082.215	5,3	86,6
Insgesamt ohne Öffentliche Verwaltung	25.880.572	100,0	20.505.413	100,0	79,2

© IfM Bonn

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigtenstatistik; Berechnungen des IfM Bonn

In der *Stadt Bremen* ist die sektorale Struktur vergleichbar mit der des Landes Bremen. Von den rund 233.100 Beschäftigten arbeiten 22,0 % im Verarbeitenden Gewerbe, knapp 17 % in den unternehmensnahen Dienstleistungen, 14,6 % im Handel und knapp 12 % im Bereich Verkehr/Nachrichtenübermittlung. Nur in der *Stadt Bremerhaven* ist nach dem Verarbeitenden Ge-

werbe mit knapp 7.900 Beschäftigten der Wirtschaftszweig Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit rund 7.700 Beschäftigten der zweitwichtigste Arbeitgeber (siehe Tabelle 8 im Anhang). Die unternehmensnahen Dienstleistungen mit knapp 6.400 Beschäftigten liegen hinter dem Handel mit knapp 6.500 Beschäftigten und dem Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen mit rund 6.450 Beschäftigten auf Rang 5.

2.2.4.2 Ausbildung durch den bremischen Mittelstand

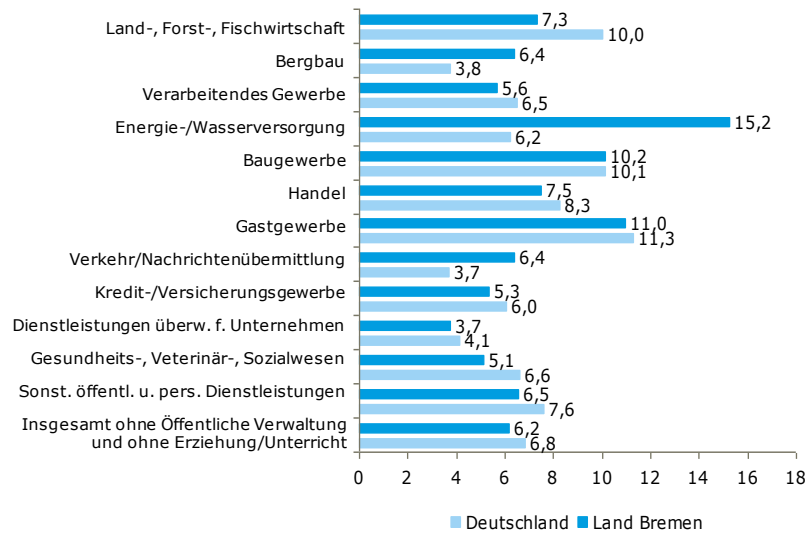
Die bremischen Betriebe stehen auch in der Verantwortung als *Ausbilder*. Auch hierzu wird auf die betriebsbezogenen Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) zurückgegriffen. Unabhängig vom Ausbildungsjahr registrierte die Bundesagentur für Arbeit zum 31.12.2008 im Land Bremen rund 15.000 Personen in einem *Ausbildungsverhältnis*⁹ (ohne Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung und Erziehung und Unterricht). Davon wurden knapp 12.400 in Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten ausgebildet (siehe Tabelle 9 im Anhang).

Einen Vergleich der Wirtschaftszweige bezüglich ihrer Ausbildungsleistung erlaubt die *Ausbildungsintensität*. Die höchste Ausbildungsintensität bezogen auf alle Betriebe weist im Land Bremen das Gastgewerbe mit 11,0 % auf, gefolgt vom Baugewerbe mit 10,0 % (siehe Abbildung 6 im Anhang). Die Ausbildungsintensität liegt in diesen beiden Wirtschaftszweigen auf dem bundesdeutschen Niveau. Insgesamt ist die Ausbildungsintensität im Land Bremen mit 5,7 % jedoch niedriger als im Bundesdurchschnitt, der bei 6,5 % liegt.

Die Ausbildungsintensität in den Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten ist im Land Bremen mit 6,2 % insgesamt höher als der Durchschnitt aller Betriebe in Bremen von 5,7 %. Jedoch ist die Ausbildungsintensität der bremischen kleinen und mittleren Betrieben geringer als die der bundesdeutschen (siehe Abbildung 5). In den bundesdeutschen Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten kommen auf 100 Beschäftigte 6,8 Auszubildende.

Bei den kleinen und mittleren Betrieben im Land Bremen ist die Ausbildungsintensität insbesondere im Wirtschaftszweig Energie- und Wasserversorgung überdurchschnittlich hoch. Allerdings machen die Auszubildenden in diesem Wirtschaftszweig nur 1,2 % aller Auszubildenden aus. Im Handel, der mit knapp 2.800 Auszubildenden in kleinen und mittleren Betrieben die größte Zahl an Jugendlichen ausbildet, liegt die Ausbildungsintensität insgesamt bei 7,2 % und in kleinen und mittleren Betrieben bei 7,5 %.

⁹ Die Ausbildungsstatistik der BA stellt nur einen Ausschnitt der Ausbildungsverhältnisse dar. So befinden sich noch weitere Personen in außerbetrieblicher Ausbildung, z.B. in vollzeitschulischer Berufsausbildung in öffentlichen und privaten berufsbildenden Schulen. Zudem werden über die BA nur die Ausbildungsverhältnisse von Personen erfasst, welche sich vorab als ausbildungssuchend gemeldet haben.

Abbildung 5: Ausbildungsintensität¹ in Betrieben mit bis 499 Beschäftigten 2008 im Land Bremen und in Deutschland nach Wirtschaftszweigen in %, Stand: 31.12.

Anmerkungen:

¹ Ausbildungsintensität = Anzahl der Auszubildenden/Gesamtzahl der Beschäftigten in %.

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigtenstatistik; Berechnungen des IfM Bonn

2.3 Entwicklung des bremischen Mittelstands

Zur Betrachtung der Entwicklung des bremischen Mittelstands werden in diesem Kapitel drei Indikatoren für das Land Bremen im Verlauf berücksichtigt:

- Unternehmensbestand
- Umsatz
- Beschäftigtenstruktur

2.3.1 Unternehmensbestand und Umsatz

Seit 2003 nahm die Anzahl der Unternehmen mit mehr als 17.500 Euro steuerpflichtigem Umsatz im Land Bremen um rund 930 zu. Sie stieg von 21.650 auf 22.581 (siehe Tabelle 10 im Anhang). Prozentual nahm die Zahl der Unternehmen insgesamt um 4,3 % zu. In Deutschland fiel der Anstieg der Anzahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen mit 7,7 % höher aus (siehe Abbildung 6). Im Jahr 2007 wurden im Land Bremen 905 kleine und mittlere Unternehmen mehr gezählt als im Jahr 2003 (+4,2 %), in Deutschland waren es im gleichen Zeitraum 7,7 % mehr.¹⁰ Der Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen im Land Bremen sank dabei von 99,4 % auf 99,3 %, während er in Deutschland konstant bei 99,7 % lag.

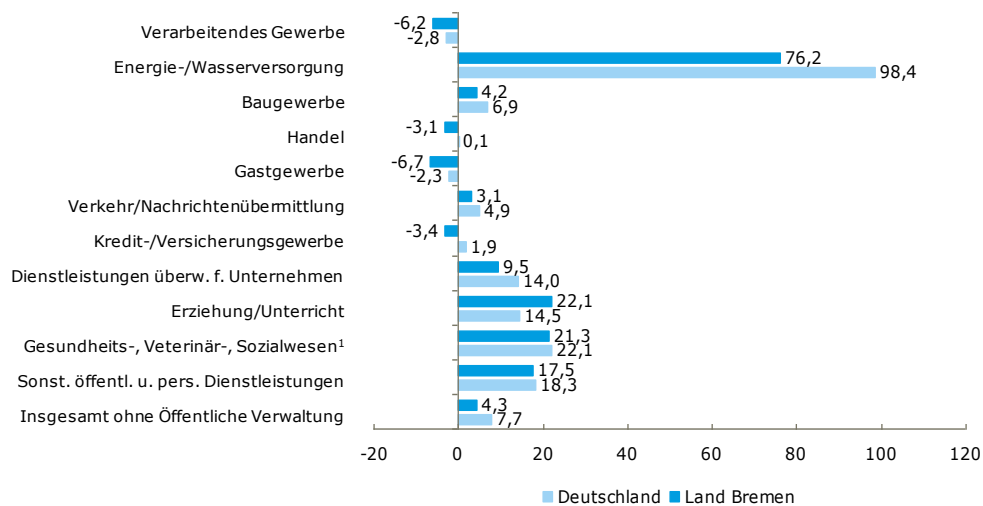
Hinter den Wachstumsraten verbergen sich, nach Wirtschaftszweigen betrachtet, z. T. erhebliche Veränderungen. Allein rund 600 (+9,5 %) zusätzliche Unternehmen entstanden per Saldo im unternehmensnahen Dienstleistungsbereich. Der Zuwachs im Bereich Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen lag bei 370 Unternehmen (+17,5 %). Den größten Zuwachs hatte der Wirtschaftszweig Energie- und Wasserversorgung¹¹ mit einem Plus von 76,2 % zu verzeichnen.

¹⁰ Auf der Basis der Bestandsdaten der Umsatzsteuerstatistik lässt sich nur eine Nettobetrachtung anstellen. Der Vergleich unterschiedlicher Bestände lässt keine Schlussfolgerungen über das Ausmaß der Unternehmens- und Umsatzentwicklung der KMU und der Großunternehmen zu. Eine Nettozunahme des Bestandes von Großunternehmen kann verschiedene Ursachen haben. So können Großunternehmen z. B. als Neugründung, als Aufspaltung von zwei oder mehr Großunternehmen oder durch Klassenwechsel von einem kleinen und mittleren Unternehmen in die Umsatzgrößenklasse der Großunternehmen mit 50 Millionen Euro und mehr Jahresumsatz entstanden sein. Das Problem der Klassenwechsler ist sowohl von unten nach oben als auch von oben nach unten gegeben. Es ist zu vermuten, dass insbesondere einige KMU so gewachsen sind, dass sie nunmehr als Großunternehmen gezählt werden. Letztlich wird man das Problem der Klassenwechsler aber nur mit Mikrodaten lösen können.

¹¹ Zu den Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung zählen auch die Unternehmen zur Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energieträgern, z. B. aus Wind- oder Wasserkraft. Unternehmen zur Herstellung und zum Vertrieb der Wind- und Wasserkraftanlagen zählen jedoch zum Verarbeitenden Gewerbe und zum Handel.

Dahinter verbergen sich jedoch nur 75 zusätzliche Unternehmen. Mit rund 170 (-6,7 %) Unternehmen weniger weist das Gastgewerbe den größten Rückgang auf, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe mit 102 (-6,2 %) Unternehmen.

Abbildung 6: Unternehmen¹ im Land Bremen und in Deutschland nach ausgewählten Wirtschaftszweigen – Veränderung 2007 gegenüber 2003 in %



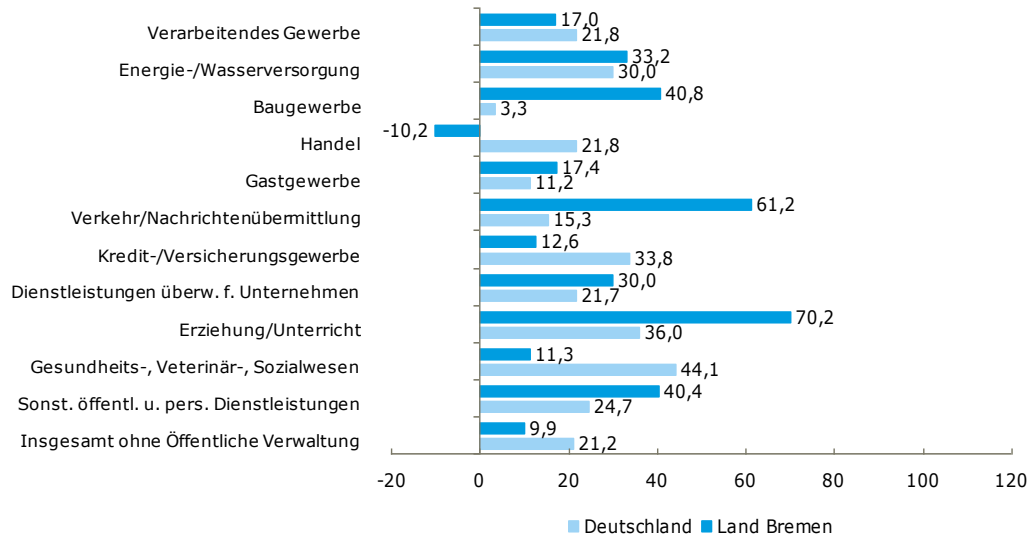
Datenquelle: Statistisches Landesamt Bremen und Statistisches Bundesamt: Umsatzsteuerstatistik; Berechnungen des IfM Bonn

Anmerkungen:

¹ Nur umsatzsteuerpflichtige Unternehmen mit mehr als 17.500 Euro Jahresumsatz.

Der Gesamtumsatz aller bremischen Unternehmen ist von 2003 bis 2007 von 51,6 Milliarden Euro um nominal 5,1 Milliarden Euro oder 9,9 % auf 56,7 Milliarden Euro gewachsen (siehe Tabelle 11 im Anhang). In Deutschland lag die Wachstumsrate in diesem Zeitraum bei 21,2 % (siehe Abbildung 7). Vergleicht man den Umsatz, den kleine und mittlere Unternehmen im Jahr 2007 erwirtschafteten, mit dem Umsatz von kleinen und mittleren Unternehmen des Jahres 2003, so ergibt sich im Land Bremen eine Steigerung um 2,5 Milliarden Euro (+13,2 %). In Deutschland erwirtschafteten die kleinen und mittleren Unternehmen im Jahr 2007 11,4 % mehr als im Jahr 2003.

Abbildung 7: Umsatz¹ der Unternehmen² im Land Bremen und in Deutschland nach ausgewählten Wirtschaftszweigen – Veränderung 2007 gegenüber 2003 in %



Anmerkungen:
¹ Ohne Umsatzsteuer.

² Nur umsatzsteuerpflichtige Unternehmen mit mehr als 17.500 Euro Jahresumsatz.

Datenquelle: Statistisches Landesamt Bremen und Statistisches Bundesamt: Umsatzsteuerstatistik; Berechnungen des IIM Bonn

Zum Umsatzwachstum trugen insbesondere das Verarbeitende Gewerbe mit 2,5 Milliarden Euro (+17,0 %) und der Wirtschaftszweig Verkehr und Nachrichtenübermittlung, zu dem auch die in Bremen durch den Einsatz neuer Schiffe ausgeweitete Seeschifffahrt zählt, mit 2,3 Milliarden Euro (+61,2 %) bei. In Deutschland lag die Umsatzsteigerung in diesen beiden Wirtschaftszweigen insgesamt bei 21,8 % im Verarbeitenden Gewerbe und 15,3 % im Bereich Verkehr/Nachrichtenübermittlung. Weiteres Umsatzwachstum wurde im Land Bremen in den unternehmensnahen Dienstleistungen mit insgesamt 1,0 Milliarden Euro (+30,0 %) und im Baugewerbe mit insgesamt 690 Millionen Euro (+40,8 %) realisiert. Im Bundesdurchschnitt lag hier das Umsatzwachstum bei 21,7 % bei den unternehmensnahen Dienstleistungen und bei 3,3 % im Baugewerbe.¹²

Insgesamt ist beim Anteil der KMU am Gesamtumsatz im Land Bremen trotz absoluter Zunahme des Umsatzes ein leicht schwankender Verlauf festzustellen, wobei jedoch der Wert im Jahr 2007 mit 37,6 % über dem Wert von 2003 mit 36,5 % liegt. Allerdings lag der Mittelstandsanteil am Gesamtumsatz im Jahr 2005 auch schon einmal bei 39,0 % und im Jahr 2006 bei 35,0 %. In Deutschland ging der Anteil der KMU am Gesamtumsatz im Beobachtungszeitraum kontinuierlich auf 37,5 % im Jahr 2007 zurück.

2.3.2 Beschäftigtenentwicklung

Hinsichtlich der Beschäftigtenentwicklung für den Zeitraum 2003 bis 2008 lässt sich zum einen feststellen, dass die Anzahl der Beschäftigten im Land Bremen insgesamt von rund 266.900 im Jahr 2003 um 3,8 % auf rund 277.000 im Jahr 2008 zugenommen hat, was als positiv zu bezeichnen ist (siehe Abbildung 8 sowie Abbildung 7 im Anhang und zu den absoluten Zahlen Tabelle 12 im Anhang). Dies entspricht einer Zunahme von rund 10.100 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

¹² Angaben zur Umsatzentwicklung der KMU lassen sich aufgrund der geringen Fallzahlen in einzelnen Umsatzgrößenklassen und der damit verbundenen Geheimhaltung zur Wahrung des Steuergeheimnisses nicht für alle Wirtschaftszweige machen. Außerdem ist das Problem der in Fußnote 8 genannten Klassenwechsler gegeben. Mit diesen Einschränkungen hier ein paar Ergebnisse: Kleine und mittlere Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe erzielten im Jahr 2007 im Land Bremen 20,8 % mehr Umsatz als die KMU im Jahr 2003 (Deutschland: +10,2 %), im Wirtschaftszweig Verkehr und Nachrichtenübermittlung lag der Umsatz der KMU in Bremen um 23,4 % über dem Umsatz von 2003. Im Baugewerbe konnten die KMU im 2007 einen um 24,8 % höheren Umsatz erzielen als die KMU im Jahr 2003.

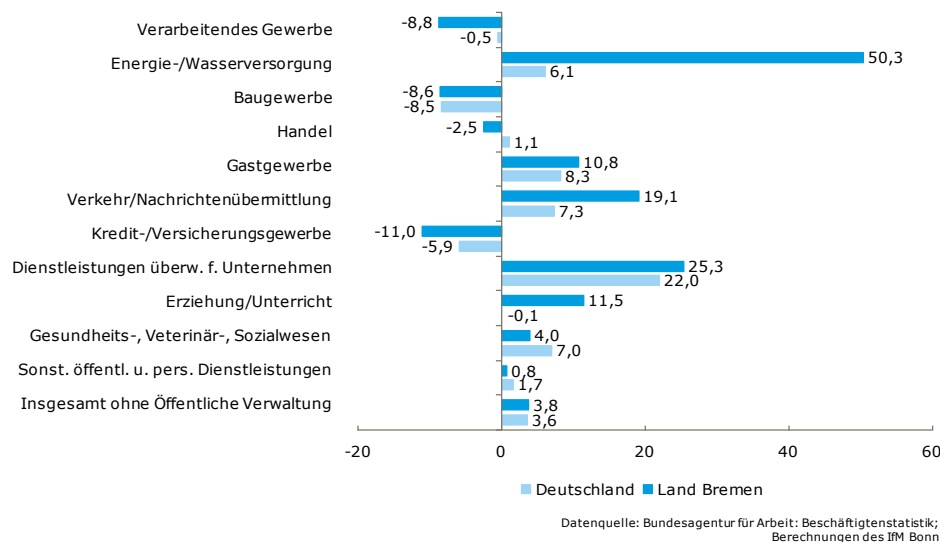
Vor allem bei den unternehmensnahen Dienstleistungen mit einem Beschäftigungszuwachs von 9.200 (+25,3 %) und im Wirtschaftszweig Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit einem Zuwachs von 5.700 Beschäftigten (+19,1 %) wurden viele zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Hinter dem starken Beschäftigungswachstum von 50,3 % im Bereich Energie- und Wasserversorgung stecken allerdings nur rund 700 zusätzliche Arbeitsplätze.

Die starke Zunahme in all den genannten Wirtschaftszweigen wurde allerdings durch den Verlust von Arbeitsplätzen insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe mit rund 5.700 abgebauten Arbeitsplätzen (-8,8 %), im Baugewerbe (-1.200 bzw. -8,6 %), im Kredit- und Versicherungsgewerbe (-1.100 bzw. -11,0 %) und im Handel (-1.000 bzw. -2,5 %) kompensiert.

Vergleicht man die Beschäftigungsentwicklung im Land Bremen mit der in Deutschland, stellt man fest, dass sich die Wirtschaftszweige Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Erziehung und Unterricht sehr unterschiedlich entwickelt haben, obwohl die Gesamtentwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Land Bremen und in Deutschland mit einem Zuwachs um 3,8 % bzw. um 3,6 % nahezu identisch ist.

Beschränkt man sich bei der Analyse der Beschäftigungsentwicklung auf die kleinen und mittleren Betriebe (KMB) mit bis zu 499 Beschäftigten, sieht man, dass im Jahr 2008 im Land Bremen insgesamt 7,3 % mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als im Jahr 2003 tätig waren. In Deutschland betrug der Unterschied hingegen nur 4,2 % (siehe Abbildung 7 im Anhang).¹³ Im Bereich Energie- und Wasserversorgung gingen die Beschäftigtenzahlen in den kleinen und mittleren Betrieben im Land Bremen um 30 % zurück, während sie in Deutschland um 5,1 % stiegen. Die höchsten Netto-Beschäftigtenzuwächse verzeichneten sowohl im Land Bremen als auch im Bundesdurchschnitt die unternehmensnahen Dienstleistungen mit 26,4 % bzw. 20,2 %.

Abbildung 8: SV-Beschäftigte insgesamt im Land Bremen und in Deutschland nach Wirtschaftszweigen – Veränderung 2008 gegenüber 2003 in %

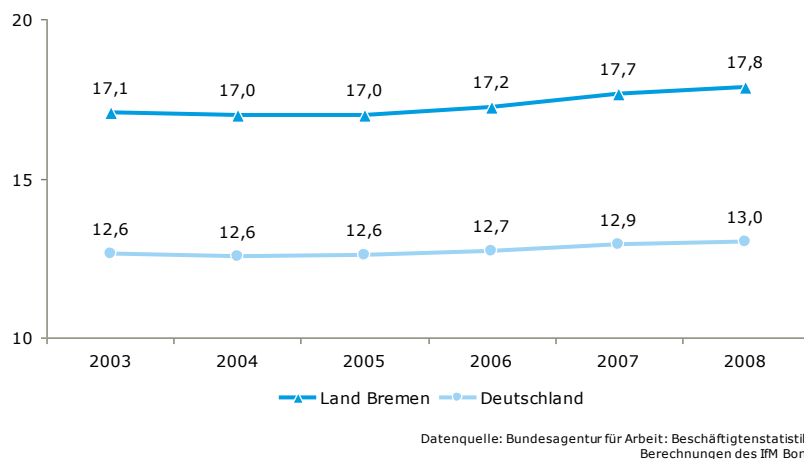


¹³ Die Frage, welchen Beitrag der Mittelstand im Vergleich zu Großunternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen leistet, kann anhand der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit nicht beantwortet werden. Auf der Basis der Bestandszahlen der Beschäftigtenstatistik lässt sich nur eine Nettobetrachtung anstellen. Der Vergleich unterschiedlicher Bestände lässt keine Schlussfolgerungen über das Ausmaß der Beschäftigtenentwicklung der kleinen und mittleren Betriebe und der Großbetriebe und die Arbeitsplatzdynamik in Form von Neueinstellungen und Entlassungen zu. Beispielsweise würden die Beschäftigten, die in einem Jahr in einem kleinen oder mittleren Betrieb beschäftigt sind, im folgenden Jahr einem Großbetrieb zugerechnet werden, wenn die Zahl der Beschäftigten durch Neueinstellungen so stark gestiegen ist, dass aus einem kleinen oder mittleren Betrieb durch Klassenwechsel in die Beschäftigtengrößenklasse der Großbetriebe mit 500 und mehr Beschäftigten ein Großbetrieb entstanden ist. Umgekehrt würden die Beschäftigten eines Großbetriebs, der durch Aufspaltung in mehrere kleine Betriebe umstrukturiert wird, in den Vergleichsjahren unterschiedlich zugeordnet. Das Problem der Klassenwechsler ist damit sowohl von unten nach oben als auch von oben nach unten gegeben. Letztlich wird man dieses Problem der Klassenwechsler aber nur mit Mikrodaten lösen können.

In den *Städten Bremen* und *Bremerhaven* verlief die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen von 2003 bis 2008 unterschiedlich. Insgesamt stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Stadt Bremen in diesem Zeitraum um 2,7 % und in Bremerhaven um 10,3 % (zu den absoluten Zahlen siehe Tabelle 13 im Anhang). Betrachtet man die Entwicklung in Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten, so ist die Wachstumsrate in den beiden Städten nahezu identisch. In der Stadt Bremen legten die Beschäftigtenzahlen um 7,4 % zu und in Bremerhaven um 7,1 %.

Dass sich die Betriebsstruktur im Land Bremen deutlich von der in Deutschland unterscheidet, lässt sich an der durchschnittlichen Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Beobachtungszeitraum ablesen. Im Land Bremen liegt die durchschnittliche Betriebsgröße von 2003 bis 2008 zwischen 17,1 und 17,8 und in Deutschland zwischen 12,6 und 13,0. Folgende Abbildung stellt dies dar.

Abbildung 9: Durchschnittliche Anzahl der SV-Beschäftigten in Betrieben 2003 bis 2008 im Land Bremen und in Deutschland – Stand: 31.12 WZ A-K, M-O der WZ 2003



Betrachtet man die Entwicklung der Beschäftigung im Handwerk im Land Bremen, dann ist im Zeitraum von 2003 bis 2008 ein Rückgang der Beschäftigungszahlen zu verzeichnen. Die Zahlen gingen nach Schätzungen des ZDH von rund 32.000 auf rund 27.000 zurück, während gleichzeitig die Betriebsbestandszahlen in diesem Zeitraum von knapp 4.700 auf rund 5.000 gestiegen sind (siehe Tabelle 4).

Hierbei ermöglichte die Reform der Handwerksordnung zum 1.1.2004 die Neugründung von Handwerksbetrieben ohne Meisterbrief. In der Folge stieg die Anzahl der Handwerksbetriebe in diesen nun zulassungsfreien Gewerben, was zu einem Anstieg der Gesamtzahl der Handwerksbetriebe im Jahr 2004 gegenüber 2003 um 3,0 % führte. Seitdem steigen die Betriebszahlen weiter stetig an, allerdings mit abnehmender Tendenz. Der Zuwachs resultiert dabei nur noch aus dem zulassungsfreien Handwerk, das i. d. R. weniger beschäftigungsintensiv ist.

Tabelle 4: Betriebsbestand, Beschäftigte und Umsatz im Handwerk 2003 bis 2008 im Land Bremen

Jahr	Betriebsbestand ¹					Beschäftigte ²	Umsatz ^{2,3}
	Anlage A (zulassungs- pflichtig)	Anlage A einfache Tä- tigkeiten	Anlage B1 (zulassungs- frei)	Anlage B2 (handwerks- ähnlich)	insgesamt	insgesamt	insgesamt
	Anzahl					in 1.000	in Milliarden €
2003					4.699	32	3
2004	3.157	2	556	1.123	4.838	31	2
2005	3.117	0	700	1.089	4.906	29	2
2006	3.154	1	789	1.084	5.028	28	3
2007	3.126	2	838	1.034	5.000	28	3
2008	3.101	2	871	1.026	5.000	27	3

© IfM Bonn

Quelle: ZDH: Handwerksstatistik

Anmerkungen:

¹ Bestand der in den Handwerksrollen eingetragenen Betriebe per 31. Dezember.² Geschätzt.³ Inkl. Umsatzsteuer.

2.3.3 Existenzgründungen, Unternehmensinsolvenzen und Unternehmensnachfolge

In diesem Abschnitt werden die Bereiche des Existenzgründungsgeschehens im Land Bremen sowie Potenziale für die Unternehmensnachfolge behandelt. Hierbei kann die Unternehmensnachfolge als Alternative zur Neugründung erachtet werden. Existenzgründungen selbst sind für die Erhaltung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft von entscheidender Bedeutung. So werden auf diesem Wege neue Arbeitsplätze geschaffen sowie auch neue und innovative Ideen in das Marktgeschehen gebracht, welche bereits bestehende Unternehmen zu erhöhtem Wettbewerb anspornen.

2.3.3.1 Existenzgründungen

Ein aktuelles Bild über die Gründungen und Schließungen von Unternehmen im Bundesland Bremen liefert die Gründungs- und Liquidationsstatistik des IfM Bonn.¹⁴ Im Jahr 2008 belief sich die Zahl der Existenzgründungen im Land Bremen auf 3.200. Verglichen mit dem Vorjahr ist die Zahl der Existenzgründungen um 11,2 % gesunken (zum Vergleich in Deutschland: -6,2 %).¹⁵

Die konjunkturelle Eintrübung seit Mitte des Jahres 2008 wirkte sich nicht wesentlich auf das Jahresergebnis der Gründungen aus, da der Arbeitsmarkt und damit auch die Gründungsaktivität auf Veränderungen im Konjunkturverlauf erst mit zeitlicher Verzögerung reagiert.

Zudem wurde im Jahr 2008 die Förderung abhängiger Beschäftigung (zum Beispiel Eingliederungszuschüsse) mehr in Anspruch genommen als ein Jahr zuvor. Auch das Ende 2006 eingeführte Saison-Kurzarbeitergeld trug zu Beginn des Jahres 2008 zur positiven Beschäftigungsentwicklung bei. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöhte sich im Land Bremen im Jahr 2008 im Vergleich zum Jahr 2007 um rund 5.000 Personen auf rund 288.000 (siehe hierzu Bundesagentur für Arbeit 2009a: 23).

Entsprechend sank die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2008 fast kontinuierlich und erreichte im November 2008 im Land Bremen einen Tiefstand mit circa 34.500 (siehe hierzu Bundesagentur für Arbeit 2009b).

¹⁴ Basis der Berechnungen der Gründungs- und Liquidationsstatistik des IfM Bonn sind die vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Zahlen der Gewerbean- und -abmeldungen in Deutschland. Diese werden um nicht gründungs- und liquidationsrelevante Komponenten (wie Unternehmensverlagerungen, Umwandlungen, Rechtsformwechsel, Nebenerwerbsgründungen bzw. -aufgaben usw.) bereinigt. Im Anhang wird in Abbildung 8 die Herleitung der Gründungszahlen des IfM Bonn aus den Gewerbeanmeldungen des Statistischen Bundesamtes und in Abbildung 9 die Herleitung der Liquidationszahlen aus den Gewerbeabmeldungen für das Jahr 2008 in einem Flussdiagramm dargestellt. Da Angehörige freier Berufe keine Gewerbean- bzw. -abmeldung abgeben müssen, sind Gründungen und Liquidationen von Freiberuflern in den errechneten Daten nicht enthalten. Ausführliche Erläuterungen zur Berechnungsmethode der Gründungs- und Liquidationsstatistik des IfM Bonn und der verwendeten Begriffe sind nachzulesen auf der Homepage des IfM Bonn: <http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=525>.

¹⁵ Für eine ausführliche Darstellung der Gründungen und Liquidationen 2008 in Deutschland und in den Bundesländern vgl. Günterberg 2009.

Potenzielle Gründerinnen und Gründer zogen anscheinend attraktivere abhängige Beschäftigungsverhältnisse dem Schritt in die Selbstständigkeit vor. Dies zeigt sich auch durch die geringere Inanspruchnahme der Förderinstrumente der Bundesagentur für Arbeit zur Förderung der Selbstständigkeit aus der Arbeitslosigkeit (siehe hierzu Bundesagentur für Arbeit 2009c).

Wurden im Gründungsboomjahr 2004 im Land Bremen knapp 2.400 Existenzgründerinnen und Existenzgründer durch die Bundesagentur für Arbeit bei der Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit gefördert, so waren es im Jahr 2008 nur noch knapp 1.300. Dieser Rückgang der durch die Bundesagentur für Arbeit geförderten Gründungen ist deutschlandweit zu beobachten. Ursächlich für den deutlichen Rückgang der Gründungen aus der Arbeitslosigkeit seit 2004 sind u. a. die Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen für den Existenzgründungszuschuss (Ich-AG) zum Jahresende 2004 sowie die Zusammenführung der beiden Förderinstrumente „Existenzgründungszuschuss“ und „Überbrückungsgeld“ zur Jahresmitte 2006 zum neuen Förderinstrument „Gründungszuschuss“. Damit einher ging eine Verschärfung der Förderbedingungen (siehe hierzu Engel, Kohn, Sahm, Spengler 2008: 38–41).

Bedingt durch die günstige konjunkturelle Lage der ersten drei Quartale des Jahres 2008 ist aber auch bei den Liquidationen (Aufgaben) für das Gesamtjahr 2008 im Land Bremen noch ein Rückgang um 8,1 % auf 3.230 zu verzeichnen. Bundesweit fiel der Rückgang der Liquidationen gegenüber dem Vorjahr mit -0,8 % deutlich geringer aus. Im Ergebnis ist die Differenz aus Existenzgründungen und Liquidationen, der sogenannte Gründungssaldo, im Land Bremen mit einem Minus von 30 Unternehmen im Jahr 2008 wie schon in den Jahren 2005 und 2006 wieder negativ (siehe hierzu unten stehende Abbildung). In Deutschland ist der Gründungssaldo erstmals seit Beginn der deutschlandweiten Berechnungen im Jahr 1991 mit einem Minus von 12.500 negativ (siehe Abbildung 10).

Abbildung 10: Existenzgründungen¹ und Liquidationen¹ 2003 bis 2008 im Land Bremen in Tausend



Anmerkungen:
-Rundungsdifferenzen möglich -
¹ Ohne Freie Berufe und ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

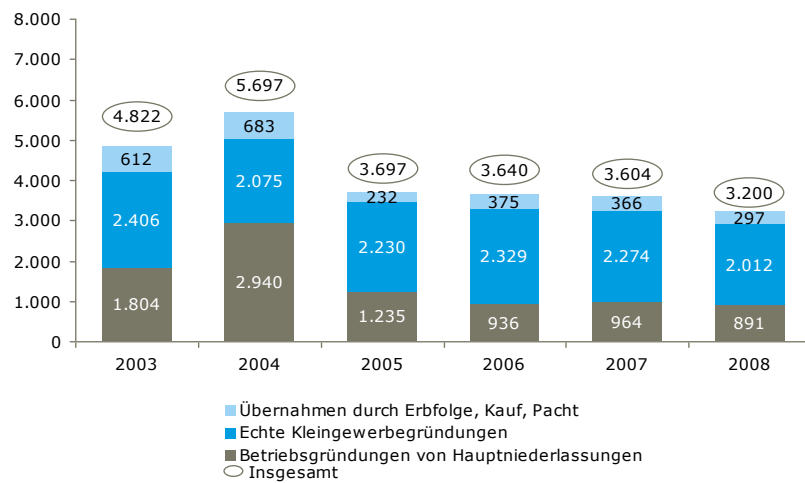
Datenquelle: IfM Bonn (Basis: Gewerbeanzeigerstatistik des Statistischen Bundesamtes)

Von besonderer Bedeutung bei der Betrachtung des Gründungsgeschehens ist die ökonomische Relevanz der gegründeten Unternehmen. Um in dieser Hinsicht differenziert analysieren zu können, werden bei den Gründungen Betriebsgründungen im eigentlichen Sinn und Kleingewerbe-gründungen unterschieden.

Betriebsgründungen im eigentlichen Sinne

Bei der Detailbetrachtung ist festzustellen, dass die Zahl der Betriebsgründungen im eigentlichen Sinne (sog. Betriebsgründungen von Hauptniederlassungen mit Eintrag in das Handelsregister/die Handwerksrolle oder mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) im Land Bremen im Jahr 2008 nur um 7,6 % gegenüber dem Vorjahr auf rund 890 Betriebsgründungen zurückging. Folgende Abbildung stellt dies dar.

Abbildung 11: Entwicklung der Existenzgründungen¹ 2003 bis 2008 im Land Bremen



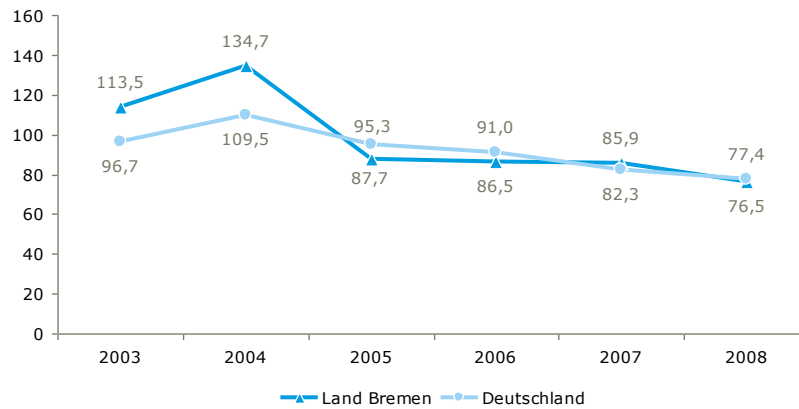
Anmerkungen:
¹ Ohne Freie Berufe und ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.
 Datenquelle: IfM Bonn
 (Basis: Gewerbebeanzeigestatistik des Statistischen Bundesamtes)

Kleingewerbegründungen

Untersucht man hingegen die Kleingewerbegründungen, so ist im Land Bremen im Jahr 2008 mit einem Minus von 11,5 % ein überproportional starker Rückgang der Kleingewerbegründungen gegenüber dem Vorjahr auf rund 2.000 zu verzeichnen. Dieser überproportionale Rückgang ist durch die gute konjunkturelle Lage und die niedrigen Arbeitslosenzahlen bis Mitte des Jahres 2008 bedingt. Anstatt ein Kleingewerbe zu gründen, entschieden sich potenzielle Gründerinnen und Gründer für eine abhängige Beschäftigung, die mit weniger persönlichen Risiken verbunden ist. Die Entwicklung im Land Bremen folgt dem allgemeinen Trend in Deutschland insgesamt, der Rückgang der Gründungszahlen ist allerdings stärker. In Deutschland sanken die Zahlen der Existenzgründungen insgesamt im Jahr 2008 gegenüber dem Jahr 2007 um 6,2 % (Betriebsgründungen von Hauptniederlassungen: -2,9 %, Kleingewerbegründungen: -7,4 %).

Gründungsintensität im Land Bremen

Vergleiche hinsichtlich der Regionalstruktur der Gründungen lassen sich mittels der Kennzahl „Gründungsintensität“ anstellen. Hinter der Gründungsintensität verbirgt sich die Zahl der Existenzgründungen je 10.000 erwerbsfähige Einwohner im Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Deutschlandweit liegt die Gründungsintensität im Jahr 2008 bei 77,4 und im Land Bremen bei 76,5. Lag in den Jahren 2003 und 2004 die Gründungsintensität im Land Bremen noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt, so haben sich die Werte inzwischen angeglichen. Folgende Abbildung stellt dies dar (siehe Abbildung 12).

Abbildung 12: Gründungsintensität¹ 2003 bis 2008 im Land Bremen und in Deutschland

Datenquelle: IfM Bonn
(Basis: Gewerbeanzeigenstatistik des Statistischen Bundesamtes)

Anmerkungen:

¹ Gründungsintensität = Existenzgründungen je 10.000 Erwerbsfähige (Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren).
Ohne Freie Berufe und ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

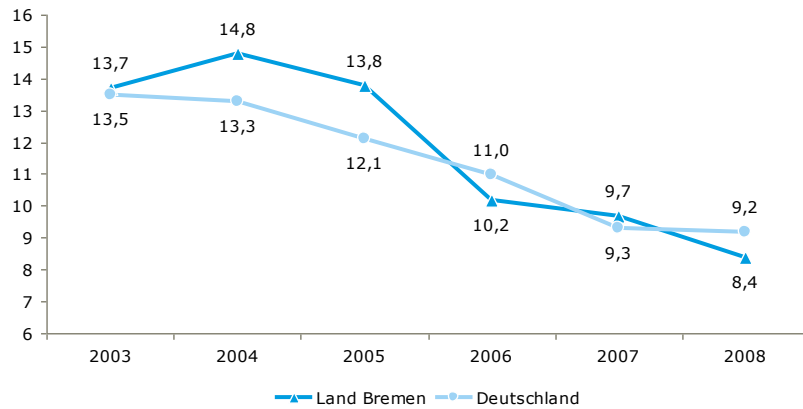
Nebenerwerbsgründungen werden in der Gewerbeanzeigenstatistik zwar ausgewiesen, zählen nach der Definition des IfM Bonn aber nicht zu den Existenzgründungen. Trotzdem sei hier erwähnt, dass vom Statistischen Bundesamt für das Jahr 2008 im Land Bremen 1.770 Nebenerwerbsgründungen gemeldet wurden. Dies entspricht 28,8 % der Gewerbeanmeldungen. In Deutschland liegt die Zahl der Nebenerwerbsgründungen bei rund 252.900 und damit bei 30,4 % an den Gewerbeanmeldungen.

2.3.3.2 Unternehmensinsolvenzen

Dem Eintritt neuer Unternehmen in den Markt steht das Ausscheiden nicht überlebensfähiger Unternehmen aus dem Markt gegenüber. Dies sind elementare Voraussetzungen für das Entstehen wettbewerbsfähiger Marktstrukturen und damit für Wachstum und Wohlstand in einer Volkswirtschaft.

Die Unternehmensinsolvenzen als spezielle Form der Liquidation sind im Land Bremen im Vergleich zum Vorjahr um 13,2 % auf 190 zurückgegangen (siehe Tabelle 14 im Anhang). Ein merklicher Anstieg der Insolvenzen im Gefolge der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise setzte erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung ein. Aufgrund der bis in den Spätsommer hinein vergleichsweise guten Konjunktur sind viele Unternehmen noch so gut aufgestellt, dass der Einbruch der Absatzmärkte für sie nicht unmittelbar sofort existenzbedrohend wurde.

Ein Vergleich der Insolvenzzahlen für das Land Bremen mit dem Bundesdurchschnitt wird anhand der Insolvenzquote (Insolvenzen je 1.000 Unternehmen) vorgenommen. Abbildung 13 zeigt die Entwicklung der Insolvenzquoten von 2003 bis 2008. Im Jahr 2003 lagen die Quoten von Bremen und Deutschland noch dicht beieinander (Bremen: 13,7 und Deutschland: 13,5). In den Jahren 2004 und 2005 lag die Insolvenzquote von Bremen jeweils deutlich über der des restlichen Bundesgebietes. Im Jahr 2008 ist im Land Bremen die Insolvenzquote von 8,4 deutlich niedriger als die Quote von Deutschland, die bei 9,2 liegt (siehe Abbildung 13).

Abbildung 13: Insolvenzquoten¹ von Unternehmen 2003 bis 2008 im Land Bremen und in Deutschland

Datenquelle: Statistisches Bundesamt: Insolvenz- und Umsatzsteuerstatistik; Berechnungen des IFM Bonn

Anmerkungen:

¹ Insolvenzquote = Insolvenzen je 1.000 Unternehmen (lt. Umsatzsteuerstatistik).

2.3.3.3 Unternehmensnachfolge

Die Sicherung der Unternehmensnachfolge stellt aufgrund der demografischen Entwicklung in zunehmendem Maße eine Herausforderung für das Land Bremen dar. So stehen im Land Bremen jährlich 545 Unternehmensnachfolgen an (Institut für Mittelstandsforschung 2007).

Auf die offene Frage nach dem Unterstützungsbedarf der Unternehmen nannten immerhin 8 % der Befragten den Komplex der Unternehmensnachfolge.

Das Thema der Unternehmensnachfolge ist insbesondere in der Mittelstandspolitik auch deshalb von großer Bedeutung, da kleinste, kleine und mittlere Unternehmen oft stark auf ihre Inhabergeschäftsführer zugeschnitten sind. Dies birgt die Gefahr von Unternehmensstilllegungen/Unternehmensschließungen, wenn nicht rechtzeitig die Unternehmensnachfolge geplant wird. Unternehmensschließungen gehen oftmals mit dem Verlust von Arbeitsplätzen und Betriebsvermögen einher (Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit 2006: 27).

Beim Prozess der Unternehmensnachfolge kann eine Vielzahl von Problemen auftreten:

- Suche/Auswahl eines geeigneten Nachfolgers (Matching)
- rechtliche Probleme
- emotionale Probleme
- Bewertungsprobleme des Unternehmens
- steuerliche Probleme
- finanzielle Probleme

Diese Problemfelder greifen häufig ineinander, so dass eine ganzheitliche Betrachtung des Prozesses erforderlich ist (ebenda: 67).

Insbesondere emotionale und finanzielle Aspekte erschweren die Unternehmensnachfolge und schränken oftmals die Unterstützungsmöglichkeiten seitens des Staates ein. Verlustängste des Übergebers, der Mangel an alternativen Lebensinhalten, die finanzielle Abhängigkeit sowie die Scheu vor familiären Konflikten, die durch eine Nachfolgeregelung ausgelöst werden können, führen häufig zum Scheitern von Unternehmensnachfolgen. Unternehmensnachfolgen erfordern daher eine frühzeitige Planung und die Bereitstellung umfassender Informationen (ebenda: 115).

Die oben aufgezeigten jährlich anstehenden Unternehmensnachfolgen und ihre wirtschaftliche Bedeutung sowie der durch die Unternehmen angemeldete Unterstützungsbedarf zeigen die Relevanz des Handlungsfelds auf.

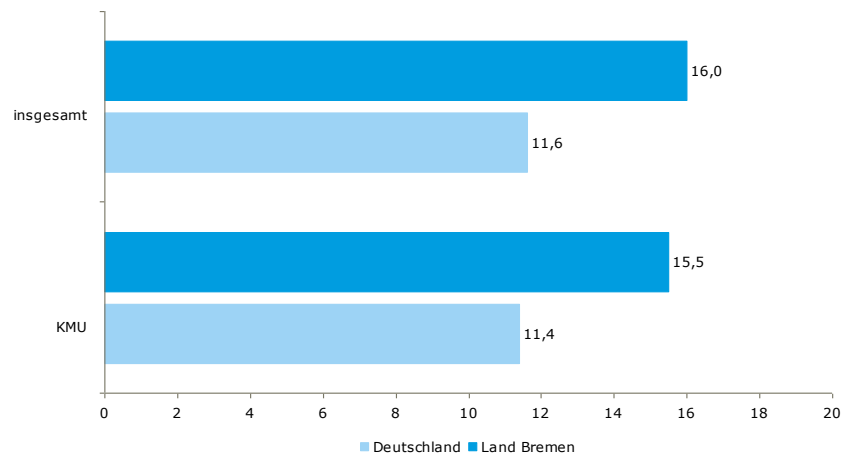
2.3.4 Internationalisierung

Als spezielle Form der Internationalisierung werden an dieser Stelle die Auslandsaktivitäten des bremischen Mittelstands im Spiegel der amtlichen Statistik untersucht. Der Export wird als Motor der Konjunktur in Deutschland angesehen.

2.3.4.1 Exportaktivitäten

Die Exportaktivitäten lassen sich mithilfe von Sonderauswertungen der Umsatzsteuerstatistik ableiten.¹⁶ Hiernach exportierten im Jahr 2007 insgesamt rund 3.600 bremische Unternehmen Waren und Dienstleistungen ins Ausland. Die *Exporteurquote*, also der *Anteil der Exportunternehmen an allen Unternehmen*, ist im Land Bremen mit 16,0 % die höchste aller Bundesländer. Bremen nimmt damit die Spitzenposition unter allen Bundesländern in Deutschland ein. Im Bundesdurchschnitt liegt die Exporteurquote nämlich bei nur 11,6 % (siehe Abbildung 14).

Abbildung 14: Exporteurquote¹ 2007 im Land Bremen und in Deutschland – insgesamt und KMU in %

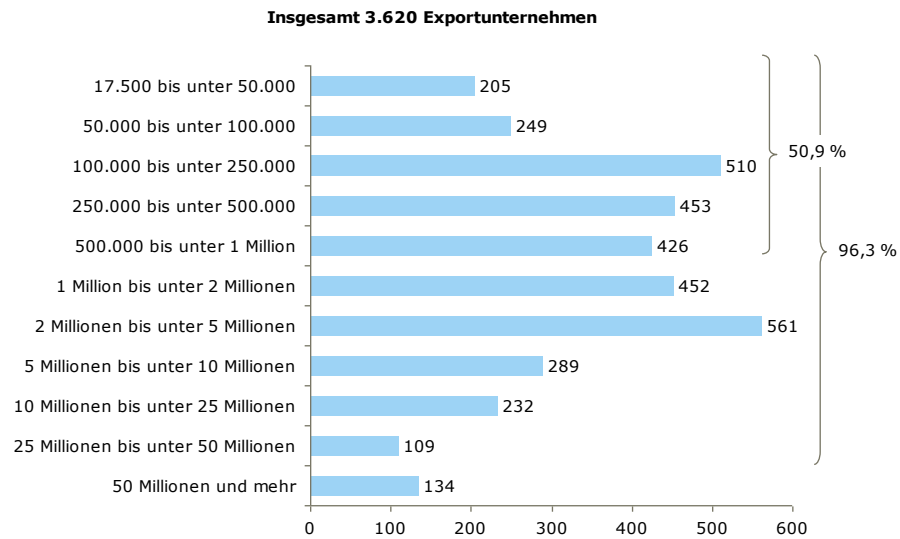


Datenquelle: Statistisches Bundesamt: Umsatzsteuerstatistik;
Berechnungen des IfM Bonn

Anmerkungen:
¹ Anteil der Exportunternehmen an allen Unternehmen in %.

Unter den Exportunternehmen in Bremen sind im Jahr 2007 knapp 1.850 kleine Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als einer Million Euro und weitere 850 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von einer Million bis fünf Millionen Euro (siehe Abbildung 15). Insgesamt gehören 96,3 % der Exportunternehmen im Land Bremen zu den kleinen und mittleren Unternehmen. In Deutschland liegt der KMU-Anteil der Exportunternehmen bei 97,7 %. Die *Exporteurquote der KMU* liegt in Bremen bei 15,5 % und in Deutschland bei 11,4 %. Bremen rangiert hier weit über dem Bundesdurchschnitt.

¹⁶ Die Exporte werden vom IfM Bonn aus der Umsatzsteuerstatistik anhand der steuerfreien Lieferungen und Leistungen mit Vorsteuerabzug ermittelt. Die Außenhandelsstatistik liefert zwar aktuellere Zahlen über die Ein- und Ausfuhren von Waren aus den einzelnen Ländern bzw. in die einzelnen Länder, aber in ihr werden keine unternehmensspezifischen Daten erfasst, so dass die Frage nicht beantwortet werden kann, wie viele mittelständische Unternehmen in welchem Umfang am Außenhandel beteiligt sind.

Abbildung 15: Exportunternehmen¹ 2007 im Land Bremen nach Umsatzgrößenklassen

Anmerkungen:

¹ Nur umsatzsteuerpflichtige Unternehmen mit mehr als 17.500 Euro Jahresumsatz.

Datenquelle: Statistisches Landesamt Bremen: Umsatzsteuerstatistik; Berechnungen des IfM Bonn

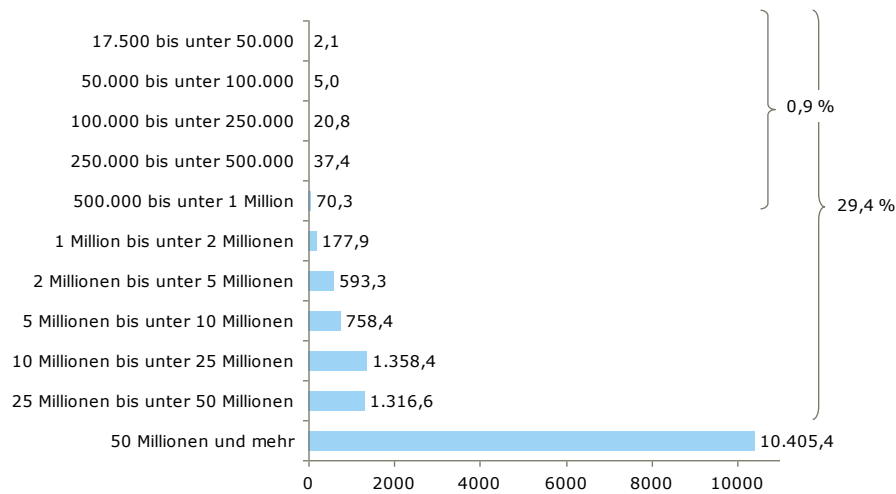
Die Zahl der Exportunternehmen im Land Bremen hat von 2003 bis 2007 um insgesamt 324 zugenommen (+9,8 %). Dabei wuchs die Zahl der mittelständischen Exportunternehmen um 299, d. h. um 9,4 % (siehe Tabelle 15 im Anhang). Betrachtet man die Entwicklung in Deutschland, so zeigt sich, dass die Zahl der Exportunternehmen insgesamt um 11,1 % stieg und die der mittelständischen Exporteure um 10,7 %.

Der Auslandsumsatz aller bremischen Unternehmen betrug im Jahr 2007 insgesamt 14,75 Mrd. Euro. Die *Exportquote*, also der Anteil der Exportumsätze am Gesamtumsatz, liegt bezogen auf alle Unternehmen im Land Bremen bei 26,0 %. Damit wird jeder vierte Euro in diesem Bundesland durch Export erwirtschaftet. In Deutschland liegt die Exportquote bei 19,6 % (siehe Tabelle 15 im Anhang). Auch hier nimmt das Land Bremen im Bundesländervergleich die Spitzenposition, bezogen auf die Exportquote aller Unternehmen, ein.

Die mittelständischen Exportunternehmen im Land Bremen erzielten im Jahr 2007 *Exportumsätze* von 4.340,2 Millionen Euro, was einem KMU-Anteil der Exportumsätze von 29,4 % entspricht (siehe Abbildung 16). In Deutschland liegt der KMU-Anteil aller Exportumsätze bei 19,6 %. Die kleinen und mittleren Unternehmen im Land Bremen hatten eine Exportquote von 20,4 %, während der Exportumsatz aller KMU in Deutschland einen Anteil am Umsatz von 10,2 % hatte. Die Exportquote der kleinen und mittleren Unternehmen in Bremen ist damit doppelt so hoch wie die Exportquote aller kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland.

Abbildung 16: Exportumsatz¹ 2007 im Land Bremen nach Umsatzgrößenklassen in Millionen Euro

Insgesamt setzten 3.620 Exportunternehmen 14.745,6 Millionen Euro um.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Bremen: Umsatzsteuerstatistik; Berechnungen des IFM Bonn

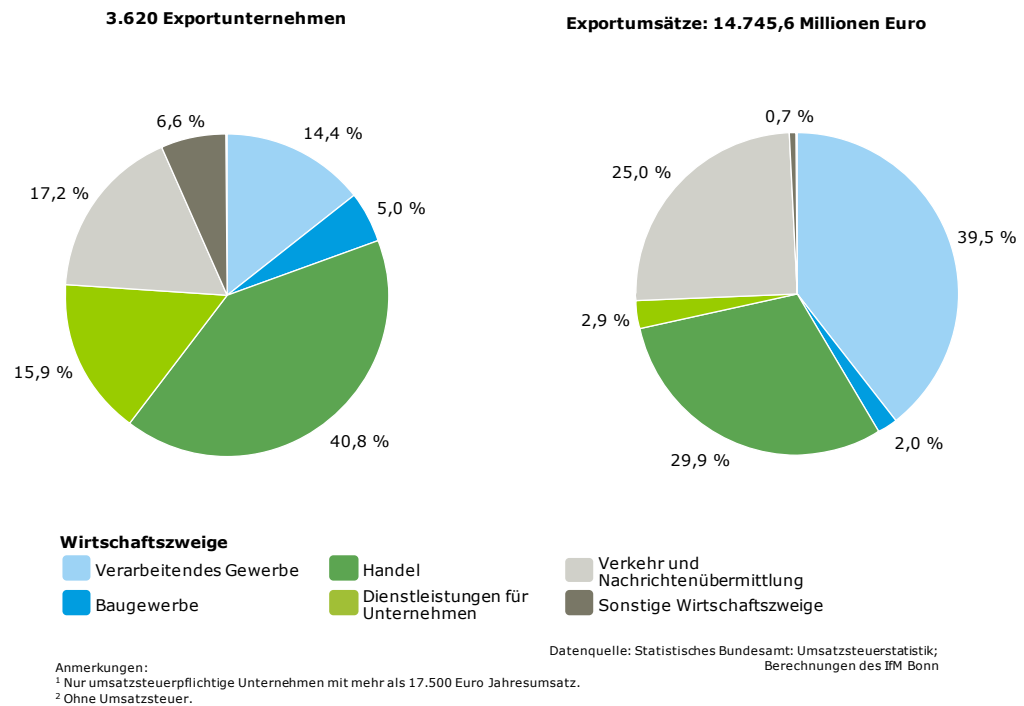
Anmerkungen:
¹ Ohne Umsatzsteuer.

Der Exportumsatz der bremischen Unternehmen ist von 2003 bis 2007 um 37,4 % gewachsen. Dabei konnten die kleinen und mittleren Exportunternehmen in diesem Zeitraum eine deutliche Exportumsatzsteigerung von 40,1 % verbuchen. In Deutschland stieg der Exportumsatz der Exportunternehmen insgesamt in diesem Zeitraum um 37,0 % und die mittelständischen Exporteure verbuchten eine Steigerung ihres Exportumsatzes von 27,3 %. Der Exportumsatz, der den Großunternehmen zugerechnet wird, stieg von 2003 bis 2007 im Land Bremen nur um 36,3 %, während in Deutschland der Exportumsatz der Großunternehmen um 39,6 % zulegen.

Nach *Wirtschaftszweigen* betrachtet ist das Verarbeitende Gewerbe der Exportmotor des Landes Bremen: 14,4 % der Exportunternehmen gehören im Land Bremen diesem Wirtschaftszweig an und tragen zu 39,5 % zum Exportumsatz aller Unternehmen bei (siehe Abbildung 17). Zahlenmäßig den größten Anteil hat bei den Exportunternehmen der Handel mit 40,8 %, der knapp 30 % der Exportumsätze tätigt. In Deutschland ist das Verarbeitende Gewerbe mit einem Exportumsatzanteil von 66,9 % deutlich stärker am Export beteiligt als im Land Bremen (siehe Abbildung 10 im Anhang). Der Handel trägt dafür im Bundesdurchschnitt nur zu 18,8 % zum Exportumsatz bei.

Die amtliche Statistik gibt bedauerlicherweise keine Auskunft über die Anzahl mittelständischer Unternehmen, die neben dem Export oder anstelle von Ausfuhren andere Formen der Internationalisierung wie Lohnfertigung, internationale Kooperationen oder den Unterhalt eigener Service-/Produktionsstätten im Ausland realisieren.

Abbildung 17: Exportunternehmen¹ und Exportumsätze² 2007 im Land Bremen nach Wirtschaftszweigen



2.3.4.2 Ein- und Ausfuhren im Land Bremen

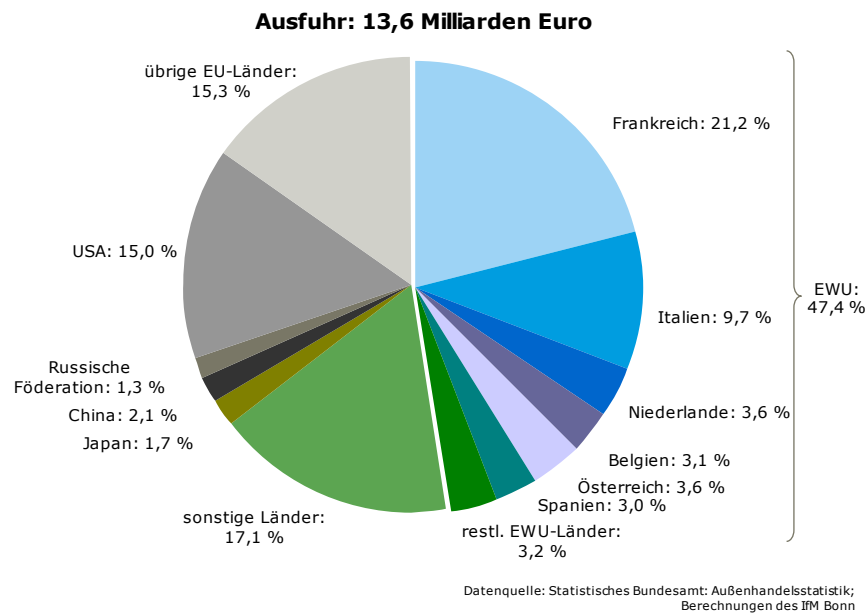
Um die Struktur und Bedeutung des Konjunkturmotors Export für das Bundesland Bremen zu belegen, werden im Weiteren Daten der Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes analysiert. Die Außenhandelsstatistik erfasst die Ein- und Ausfuhren nach Ziel- bzw. Ursprungsländern oder Warengruppen. Sie enthält aber nicht den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen.

Die geografische Verteilung der bremischen Ausfuhren stellt Abbildung 18 dar. Im Jahr 2008 wurden insgesamt Waren im Wert von 13,6 Milliarden Euro exportiert. Bremens *Hauptabsatzmärkte* liegen in Europa.

62,7 % der Exporte gingen in die 27 EU-Länder, davon 47,4 % in die Länder der Europäischen Währungsunion (EWU). Wichtigster Handelspartner bei den Ausfuhren ist Frankreich. In das westliche Nachbarland gingen im Jahr 2008 21,2 % aller Exporte aus dem Land Bremen. Auf Platz 2 folgt Italien mit 9,7 %. Niederlande und Österreich liegen auf dem dritten Platz mit jeweils 3,6 % aller Exporte aus dem Land Bremen in die EWU-Länder. Das Vereinigte Königreich, das nicht zu den EWU-Ländern gehört, hat einen Anteil von 7,6 % an allen Exporten aus Bremen.

Vergleicht man die Ausfuhr aus Bremen mit den bundesdeutschen Exporten, kann man für Deutschland folgende Ergebnisse feststellen: Insgesamt werden 62,5 % der Waren in die 27 EU-Länder exportiert. Die Exportanteile nach EWU-Ländern lauten für Frankreich 9,7 %, Niederlande 6,6 %, Italien 6,4 % und Österreich 5,4 % (siehe Abbildung 11 im Anhang). In das Vereinigte Königreich werden von Deutschland aus 6,7 % aller Exporte ausgeführt.

Abbildung 18: Regionalstruktur des bremischen Außenhandels 2008 – Ausfuhr



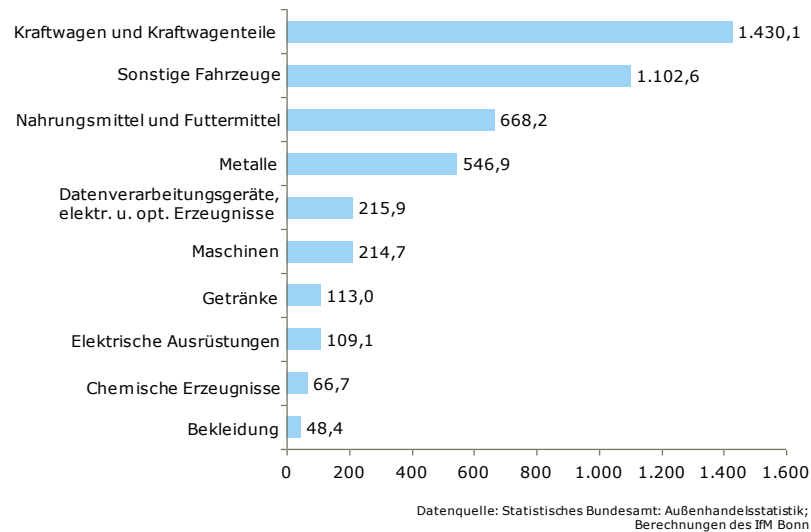
Exporte in die im Mai 2004 und im Januar 2007 der EU beigetretenen Länder machten im Jahr 2008 rund 5,7 % der bremischen Gesamtexporte aus. Im Bundesgebiet ist der Anteil mit 10,6 % fast doppelt so hoch. Im Jahr 2003 hatte der Anteil dieser 12 Länder an den Gesamtausfuhren im Land Bremen nur 2,5 % und in Deutschland insgesamt 8,5 % betragen.

In die Vereinigten Staaten werden 15,0 % der bremischen Exporte getätigt. Der Wert der Exporte von Bremen in die Vereinigten Staaten ging gegenüber dem Jahr 2003 um 17,2 % zurück, dementsprechend sank ihr Anteil an den bremischen Gesamtexporten von 2003 bis 2008 um 7,8 Prozentpunkte. Deutschlandweit nahmen die Exporte in die Vereinigten Staaten zwar um 15,9 % gegenüber 2003 zu, ihr Anteil sank jedoch ebenfalls und zwar um 2,1 Prozentpunkte. Dies ist teilweise dem deutlich aufgewerteten Euro geschuldet. Der starke Euro verteuert die deutschen Exportgüter auf dem amerikanischen Markt. Dagegen sind die Ausfuhren von Bremen nach China seit 2003 um 108,6 % gestiegen. Die bremischen Gesamtausfuhren stiegen im gleichen Zeitraum um 26,2 %. Noch stärker entwickelten sich die Ausfuhren aus dem Land Bremen in die Russische Föderation, dorthin legten sie um 117,2 % zu (Deutschland: +166,8 %).

2.3.4.3 Erfolgreichste Exportgüter im Land Bremen

Schlüsselt man den bremischen Außenhandel im 1. Halbjahr 2009 nach *Waren* auf, so wird deutlich, dass vom Land Bremen aus besonders erfolgreich Kraftwagen und Kraftwagenteile (Anteil von 28,7 % an den bremischen Gesamtausfuhren), sonstige Fahrzeuge (22,1 %), Nahrungs- und Futtermittel (13,4 %) und Metalle (11,0 %) exportiert wurden. Die TOP 10 bei der Ausfuhr von Waren im Land Bremen sind in Abbildung 19 zusammengestellt.

Abbildung 19: TOP 10 bei der Ausfuhr von Waren im 1. Halbjahr 2009 im Land Bremen in Millionen Euro



2.3.5 Der bremische Mittelstand im Überblick

Insgesamt bleibt aus den vorangegangenen Darstellungen als zentrales Ergebnis für den Mittelstand im Land Bremen festzuhalten:

99,3 % aller Unternehmen gehören nach der quantitativen Mittelstandsdefinition zum Mittelstand.

Diese tätigen

- 37,6 % aller steuerpflichtigen Umsätze.
- 99,8 % aller Betriebe haben weniger als 500 Beschäftigte, beschäftigen rund
- 75,1 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und bilden
- 80,9 % aller Auszubildenden aus.

Im Vergleich mit Deutschland zeigt sich, dass der Mittelstand im Land Bremen bezüglich der Verteilung der Unternehmen und des Umsatzes die gleiche Bedeutung hat wie im übrigen Bundesgebiet (siehe Abbildungen 20 und 21).

Lediglich die auf die Anzahl der Beschäftigten bezogene Betriebsgrößenstruktur zeigt, dass im Land Bremen mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in großen Betrieben tätig sind als im Bundesdurchschnitt. Auch der Mittelstandsanteil der Betriebe, die ausbilden, ist im Land Bremen kleiner als in Deutschland, d. h. dass anteilmäßig mehr Auszubildende in großen Betrieben ausgebildet werden als im Bundesdurchschnitt.

Abbildung 20: Mittelstand 2008 im Land Bremen

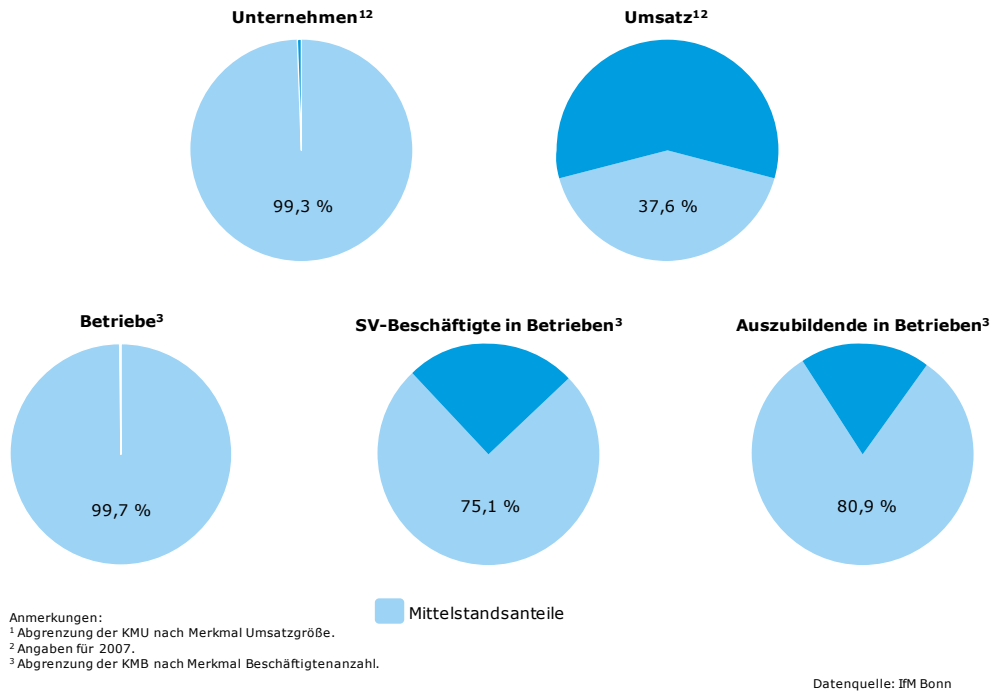
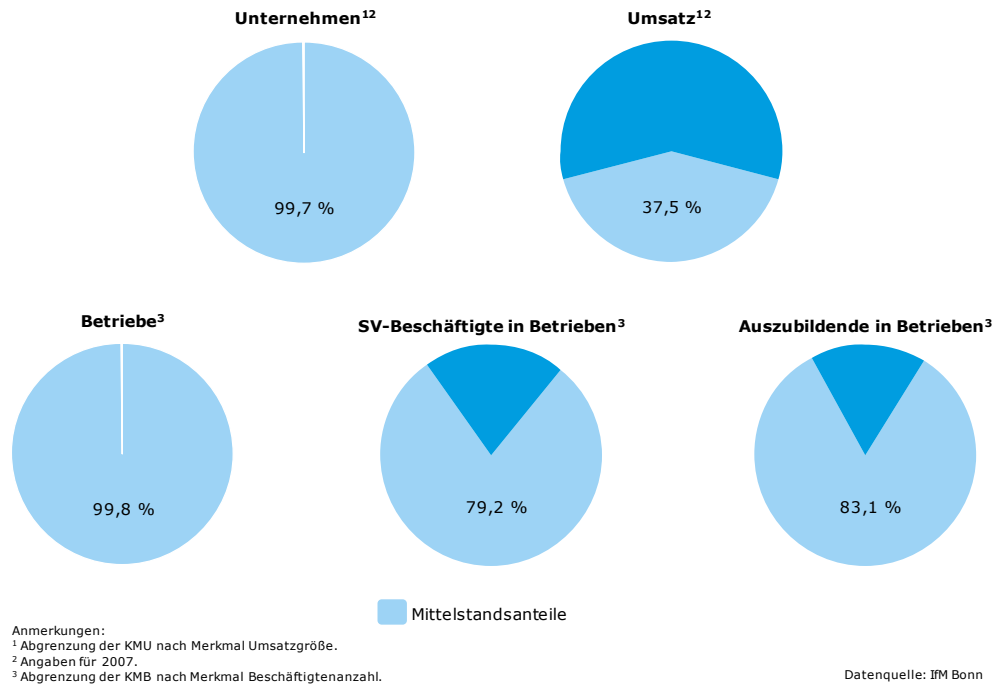


Abbildung 21: Mittelstand 2008 in Deutschland



Betrachtet man die Ergebnisse für die *Städte Bremen* und *Bremerhaven* (siehe Abbildungen 12 und 13 im Anhang), zeigt sich, dass in der Stadt Bremen die Mittelstandsanteile deutlich niedriger sind als im Bundesdurchschnitt. In dieser Stadt haben die Großunternehmen insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe einen sehr hohen Anteil an der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Stadt Bremerhaven ist dagegen eher kleinbetrieblich strukturiert.

3. DER BREMISCHE MITTELSTAND IM GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN KONTEXT

In den folgenden Analysen findet eine ausführliche Darstellung der Lage des bremischen Mittelstands vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Situation statt. Um Aussagen zur aktuellen Situation der Unternehmen in Bremen treffen zu können, werden hierfür hauptsächlich die Ergebnisse der Unternehmensbefragung¹⁷ genutzt. Das Material wird in Teilen durch sekundärstatistisches Material zum bremischen Mittelstand sowie durch andere bundes- und bremenspezifische Analysen ergänzt.

Hierbei wird zuerst auf die aktuelle wirtschaftliche Situation der bremischen kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen eingegangen. Dazu zählen insbesondere die genaue Analyse der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Inlands- und Auslandsnachfrage sowie Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen. Schließlich wird die Beurteilung des Standorts Bremens durch die Unternehmen dargestellt.

Zum zweiten werden die Ergebnisse der Unternehmensbefragung in den Feldern

- Weiterbildung,
- Finanzierung und Investition sowie
- Technologie und Innovation

dargestellt.

Zum dritten werden die Querschnittsaspekte, die im Rahmen des bremischen Mittelstands von Relevanz sind, untersucht. Es werden hierbei die Aspekte

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Beteiligung von Frauen am Wirtschaftsleben und
- Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund am Wirtschaftsleben

in den Fokus genommen.

3.1 Aktuelle wirtschaftliche Situation

Zuerst wird auf drei entscheidende Indikatoren eingegangen, welche die aktuelle wirtschaftliche Situation des bremischen Mittelstands kennzeichnen. Zu nennen sind hier die Auftrags-, Umsatz- sowie die Beschäftigtenentwicklung der Unternehmen. Aufgrund des Zeitraums der Befragung im August 2009 sind bei diesen Indikatoren bereits auch die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu erkennen.

3.1.1 Auftragsentwicklung

Blickt man zuerst in die Vergangenheit und betrachtet die Entwicklung der Auftragslage der befragten Unternehmen bis zum 30.06.2008, so bewegte sich diese überwiegend im positiven Rahmen (siehe Tabelle 5). Insgesamt bezeichnete zu diesem Zeitpunkt mehr als 50 % der Unternehmen ihre Auftragslage als gut bis sehr gut. Dieses Ergebnis deckt sich auch mit dem des IAB-Betriebspanels des Jahres 2008, das hinsichtlich der Beurteilung der Ertragslage der Unternehmen zu ähnlich positiven Ergebnissen kommt (BAW 2009: 10).

¹⁷ Vgl. dazu den Fragebogen sowie die Struktur der befragten Unternehmen im Anhang.

Tabelle 5: Entwicklung der Auftragslage bis zum 30.06.2008

Entwicklung der Auftragslage bis zum 30.06.2008		
	Relative Häufigkeiten	Kumulierte Häufigkeiten
Sehr gut (n=45)	15,2%	15,2%
Gut (n=109)	37,5%	52,7%
Befriedigend (n=94)	31,8%	84,5%
Ausreichend (n=32)	11,1%	95,6%
Mangelhaft (n=12)	4,4%	100,0%
Gesamt	100%	-

n=296

Angaben für Gesamtstichprobe

Datenquelle: Unternehmensbefragung Ramböll Management Consulting 2009

Diese Ergebnisse werden auch bei der Detailbetrachtung der einzelnen Umsatzgrößenklassen bestätigt. Siehe hierzu Tabelle 16 im Anhang.

Bei der Betrachtung der Entwicklung der Auftragslage im zeitlichen Rahmen vom 30.06.2008–30.06.2009, ergibt sich folgendes Bild (siehe Tabelle 6): Mehr als ein Drittel der befragten Unternehmen beurteilen die Entwicklung ihrer Auftragslage für den genannten Zeitraum als unverändert. Bei mehr als 40 % hat sich diese Einschätzung jedoch ins Negative gewandt. Vor dem Hintergrund der in diesem Zeitraum einsetzenden Wirtschafts- und Finanzkrise lassen sich die ersten Auswirkungen auf die Unternehmen ausmachen. Folgende Tabelle stellt die Einschätzung der Veränderung der Auftragslage seitens der Unternehmen für den Zeitraum 2008–2009 dar.

Tabelle 6: Veränderung der Auftragslage bis zum 30.06.2009 gegenüber der Auftragslage bis zum 30.06.2008

Veränderung der Auftragslage bis zum 30.06.2009 gegenüber der Auftragslage bis zum 30.06.2008	
	Relative Häufigkeiten
Eher besser geworden	21,1%
Konstant geblieben	35,7%
Eher schlechter geworden	43,2%
Gesamt	100%

n=296

Angaben für Gesamtstichprobe

Datenquelle: Unternehmensbefragung Ramböll Management Consulting 2009

Das Ergebnis, differenziert nach Umsatzgrößenklassen, zeigt, dass von der negativen Entwicklung vornehmlich Unternehmen ab 5 Mio. Euro Umsatz pro Jahr betroffen sind. Kleinere Unternehmen sind unterschiedlich stark berührt: Sie sind teilweise nicht von Auftragsseinbrüchen tangiert und geben überwiegend (zu rund 40 %) an, dass sich die Auftragsentwicklung im Jahr 2009 gegenüber dem Jahr 2008 als konstant erweist. Rund 40 % äußern sich jedoch dahingehend, dass sich ihre Auftragsentwicklung verschlechtert hat.

Bei der Verknüpfung der beiden Analyseergebnisse – Auftragslage bis zum 30.06.2009 und Auftragslage bis zum 30.06.2008 – ist festzustellen, dass sich für fast alle Unternehmen – ungeachtet der vorherigen Auftragslage – diese im Jahr 2009 verschlechtert hat. Vor allem Unternehmen, denen es bereits vor Einbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise strukturell schlecht ging, erfuhren

durch die Krise eine weitere Schwächung. Unternehmen, welche im Jahr 2008 auf eine gute oder sehr gute Auftragslage blicken konnten, bemängeln demgegenüber auch einen geringeren Einbruch der Auftragsentwicklung (siehe Tabelle 7).

Tabelle 7: Entwicklung der Auftragslage bis zum 30.06.2009 gegenüber dem 30.06.2008

		Entwicklung der Auftragslage bis zum 30.06.2009 gegenüber dem 30.06.2008			
		konstant geblieben	eher besser geworden	eher schlechter geworden	Total
Entwicklung der Auftragslage bis zum 30.06.2008	Sehr gut (n=45)	20,0%	33,3%	46,7%	100%
	Gut (n=109)	34,9%	22,9%	42,2%	100%
	Befriedigend (n=94)	45,7%	14,9%	39,4%	100%
	Ausreichend (n=32)	28,1%	21,9%	50,0%	100%
	Mangelhaft (n=12)	41,7%	0%	58,3%	100%

n=292

Angaben für Gesamtstichprobe

Datenquelle: Unternehmensbefragung Ramboll Management Consulting 2009

3.1.2 Umsatzentwicklung

Auch bei der Analyse des Umsatzes der befragten Unternehmen war es von Interesse, wie sich der Umsatz bis zum 30.06.2008 gestaltete und sich dann im Laufe des Geschäftsjahres bis zum 30.06.2009 unter Einfluss der wirtschaftlichen Veränderungen entwickelte. Der Umsatz umfasst dabei den Wert (Summe der Rechnungsendbeträge ohne Umsatzsteuer) aller von den Unternehmen an Dritte gelieferten eigenen Erzeugnisse und Dienstleistungen.

Die Angaben der befragten Unternehmen zeigen, dass diese sich überwiegend in niedrigen Umsatzgrößenklassen befinden. So erwirtschaften mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen im Jahr einen Umsatz von weniger als einer 1 Mio. Euro (siehe Tabelle 8).

Tabelle 8: Jährlicher Umsatz der Unternehmen bis zum 30.06.2008

Umsatz der Unternehmen bis zum 30.06.2008		
	Relative Häufigkeiten	Kumulierte Häufigkeiten
Weniger als 500.000 Euro	39,0%	39,0%
500.000 - 1 Mio. Euro	16,2%	55,2%
1 Mio. - 5 Mio. Euro	27,6%	82,8%
5 Mio. - 10 Mio. Euro	6,2%	89,0%
10 Mio. Euro und mehr	11,0%	100,0%
Gesamt	100%	-

n=308

Angaben für Gesamtstichprobe

Datenquelle: Unternehmensbefragung Ramboll Management Consulting 2009

Zwischen den Städten *Bremen* und *Bremerhaven* ergeben sich dahingehend Unterschiede in der Stichprobe, als dass die Unternehmen in Bremerhaven sich noch stärker als die bremischen in den unteren Umsatzgrößenklassen bewegen (siehe Abbildung 14 im Anhang).

Die Einschätzung der Entwicklung des Umsatzes durch die Unternehmen bis zum 30.06.2009 in Abhängigkeit vom Umsatz bis zum 30.06.2008 zeigt folgendes Bild: Die oberen Umsatzgrößenklassen weisen klare negative Entwicklungen auf. Differenzierter stellt sich jedoch die Situation bei den niedrigeren Umsatzgrößenklassen dar. Dort liefern die befragten Unternehmen kein einheitliches Bild. So befinden sich hier zum einen Unternehmen, die zu rund einem Drittel positive Umsatzentwicklungen im laufenden Geschäftsjahr 2009 gegenüber dem des Jahres 2008 aufzeigen können. Zum anderen sind hier auch Unternehmen auffällig, welche zu rund 30 bis 40 % auf negative Entwicklungen ihres Umsatzes verweisen müssen (siehe Tabelle 9).

Tabelle 9: Trend der Umsatzentwicklung bis zum 30.06.2009 gegenüber dem 30.06.2008

		Trend der Umsatzentwicklung bis zum 30.06.2009 gegenüber 30.06.2008			
		Negative Veränderung	Keine Veränderung	Positive Veränderung	Total
Umsatzgrößenklassen	Weniger als 500.000 Euro (n=75)	45,3%	21,3%	33,3%	100%
	500.000 - 1 Mio. Euro (n=41)	34,1%	31,7%	34,1%	100%
	1 Mio. - 5 Mio. Euro (n=70)	35,7%	18,6%	45,7%	100%
	5 Mio. - 10 Mio. Euro (n=16)	43,8%	37,5%	18,8%	100%
	10 Mio. Euro und mehr (n=24)	58,3%	12,5%	29,2%	100%

n=226

Angaben für Gesamtstichprobe

Datenquelle: Unternehmensbefragung Ramböll Management Consulting 2009

Bei einer Betrachtung der Umsatzentwicklungen nach Wirtschaftszweigen speisen sich die negativen Veränderungen vornehmlich aus Handel und dem Verkehr und der Nachrichtenübermittlung. Positive Entwicklungen melden demgegenüber vor allem die Wirtschaftszweige Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie das Gastgewerbe. Siehe hierzu genauer Tabelle 18 im Anhang.

3.1.3 Beschäftigtenentwicklung

Der letzte hier zu beschreibende Indikator hinsichtlich der aktuellen wirtschaftlichen Situation ist die Entwicklung der Beschäftigten. Er setzt sich aus mehreren Untereinheiten zusammen:

- Anzahl der Beschäftigten in den Unternehmen
- Neueinstellungen
- Entlassungen
- künftige Beschäftigtenentwicklung

3.1.3.1 Anzahl der Beschäftigten in den Unternehmen

Die hier befragten Unternehmen setzen sich zu fast 50 % aus kleinsten Unternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten zusammen. Rund 13 % der befragten Unternehmen geben an, über 10 bis 49 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verfügen. Unternehmen mit 50 bis zu 249 Beschäftigten finden sich unter den Befragten zu rund 20 %. Zwischen den *Städten Bremen* und *Bremerhaven* lassen sich dahingehend Unterschiede feststellen, dass Bremerhaven noch mehr Unternehmen im unteren Beschäftigtensegment als Bremen aufweist. Siehe hierzu auch Abbildung 15 im Anhang.

3.1.3.2 Neueinstellungen

Des Weiteren war von Interesse zu erfahren, in welchem Maße die befragten Unternehmen bis zum 30.6.2009 Neueinstellungen vornehmen konnten. Im Ergebnis zeigte sich, dass rund 57 % der Unternehmen keine Neueinstellungen vorgenommen haben. Im Vergleich zu aktuellen Ergebnissen des Bundes bedeutet dies, dass Bremen im Bereich des Einstellungsstopps weit unter dem Bundesschnitt von 80 % (Heckmann u. a., 2009: 4–5) liegt.

Differenziert nach Anzahl der aktuellen Arbeitnehmer in den Unternehmen wird deutlich, dass sich gerade kleinste Unternehmen vorsichtig in der aktuellen wirtschaftlichen Situation gegenüber Neueinstellungen verhalten. Demgegenüber fällt es mittleren Unternehmen leichter, in der ge-

genwärtigen Lage noch weitere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzustellen (siehe Tabelle 10).

Tabelle 10: Neuanstellungen von Beschäftigten bis zum 30.06.2009 in Abhängigkeit von der Anzahl der Beschäftigten im Unternehmen

		Neueinstellungen bis zum 30.06.2009		
		Ja	Nein	Total
Beschäftigten- größenklassen	1-9 Beschäftigte (n=149)	25,5%	74,5%	100%
	10-49 Beschäftigte (n=95)	52,6%	47,4%	100%
	49-249 Beschäftigte (n=60)	66,7%	33,3%	100%

n=304

Angaben für Gesamtstichprobe

Datenquelle: Unternehmensbefragung Rambøll Management Consulting 2009

Als Gründe für einen Einstellungsstopp gaben die Unternehmen zu rund 88 % an, aktuell keinen Bedarf an neuen Arbeitskräften zu haben. Des Weiteren äußerten circa 17 % der Befragten, sich aufgrund der momentanen wirtschaftlichen Situation vorsichtig zu verhalten und aus diesem Grunde keine Neuanstellungen vornehmen zu wollen. Somit ließ insgesamt die Dynamik am Arbeitsmarkt nach, ein für rezessive Phasen typisches Phänomen.

Unternehmen, die Neueinstellungen vorgenommen haben (43 % der Befragten), taten dies überwiegend aus der Notwendigkeit heraus, um die Fluktuation innerhalb des Betriebs auszugleichen. Bei einem weiteren Teil der Unternehmen hatte sich jedoch die Auftragslage verbessert, so dass sie ihre Geschäftstätigkeiten mit neuen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verstärken konnten. Die Unternehmen stellten überwiegend 1 bis 9 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Siehe hierzu im Anhang die Abbildungen 16, 17 und 18 sowie Tabelle 19.

3.1.3.3 Entlassungen

Der folgende Abschnitt geht der Frage nach, inwieweit Unternehmen das Mittel der Entlassung in diesem Geschäftsjahr bis zum 30.06.2009 anwenden mussten. Knapp 70 %¹⁸ der befragten Unternehmen haben in diesem Zeitraum keine Entlassungen vorgenommen. Hingegen gaben rund 30 % an, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entlassen zu haben. Ein Großteil der Entlassungen bewegte sich in einem kleinen Umfang (1 bis 9 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer). Zwischen den Beschäftigtengrößenklassen ließen sich keine Unterschiede feststellen. Siehe hierzu im Anhang die Abbildungen 19, 20 und 21 sowie Tabelle 20.

Von besonderem Interesse waren bei vollzogenen Entlassungen die jeweiligen Gründe der Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber für das Vorgehen. Hierbei zeigte sich, dass mehr als die Hälfte aller Entlassungen aufgrund der mangelnden Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorgenommen werden mussten. Hierbei ist zu beachten, dass es sich jedoch nur um 48 (absolute Angaben) Unternehmen handelt, welche dies angeben. Lediglich circa 28 % der Entlassungen kamen nach Angaben der Unternehmen aufgrund der verschlechterten Auftragslage zustande.

Ruft man sich an dieser Stelle nochmals die verschlechterte Auftragslage ins Gedächtnis, sind die Ergebnisse zu Entlassungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation als relativ gering einzuschätzen. Aktuell wird stärker auf Einstellungsstopps zurückgegriffen, als dass tatsächlich entlassen wird.

Die zeitgleich durchgeführte bundesweite Unternehmensbefragung des IAB kommt zu ähnlichen Ergebnissen (siehe hierzu: ebenda: S. 5). Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des vergangenen Aufschwungs, währenddessen es sich für Unternehmen als schwierig gestaltete, rasch neue

¹⁸ Grundgesamtheit der Unternehmen, die hier antworteten, lag bei n = 301.

Mitarbeiter einzustellen und in die Unternehmen zu integrieren, erscheint dieses Verhalten eine plausible und momentan personalpolitisch auch kluge Reaktion zu sein (ebenda).

3.1.3.4 Künftige Beschäftigtenentwicklung

Richtet man abschließend den Blick hinsichtlich der Beschäftigtenentwicklung in die Zukunft, so zeigt sich im Weiteren ein für das Jahr 2010 – trotz der bereits festgestellten schlechteren Auftragsentwicklung im Jahr 2009 – überraschenderweise sehr positives Bild.

So gibt die Mehrheit der befragten Unternehmen in Bremen und Bremerhaven an, im Jahr 2010 gegenüber dem Jahr 2009 von einer konstanten Beschäftigtenentwicklung auszugehen. Unternehmen mit bis zu 249 Mitarbeitern gehen zu knapp einem Drittel davon aus, künftig mehr Beschäftigte gegenüber dem aktuellen Mitarbeiterstab beschäftigen zu können (siehe Tabelle 11).

Tabelle 11: Erwartete Entwicklung der Beschäftigten bis zum 30.06.2010 gegenüber der Beschäftigtenentwicklung bis zum 30.06.2009

		Erwartete Entwicklung der Beschäftigten bis 30.06.2010 gegenüber der Beschäftigtenentwicklung bis 30.06.2009				
		Voraussichtlich konstant bleiben	Eher mehr werden	Eher weniger werden	Noch nicht vorhersehbar	Total
Beschäftigten-größenklassen	1-9 Beschäftigte (n=149)	58,4%	22,1%	6,0%	13,4%	100%
	10-49 Beschäftigte (n=94)	69,1%	21,3%	6,4%	3,2%	100%
	50-249 Beschäftigte (n=57)	56,1%	29,8%	10,5%	3,5%	100%

n=296

Angaben für Gesamtstichprobe

Datenquelle: Unternehmensbefragung Rambøll Management Consulting 2009

Bei der zu erwartenden Beschäftigtenentwicklung für das Jahr 2010 nach Umsatzgrößenklassen zeigen sich zwischen den Unternehmen keine Unterschiede. Die Unternehmen gehen somit von einer überwiegend konstant bleibenden oder sogar wachsenden Mitarbeiterzahl aus (siehe Tabelle 21 im Anhang).

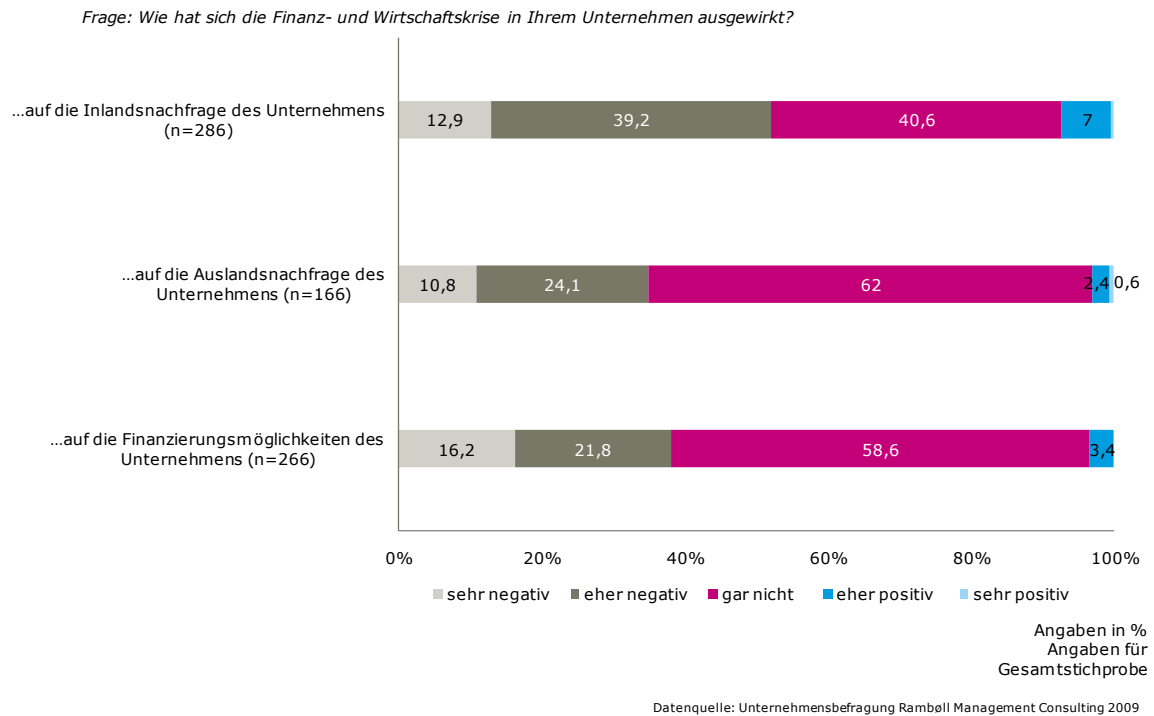
Somit ist abschließend eine weniger dramatische Situation auf dem bremischen Arbeitsmarkt für den Mittelstand zu beobachten, als bundesweit vorhergesagt.

3.2 Auswirkungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise

Neben den bereits dargestellten Indikatoren, welche einen ersten Eindruck auf die Reaktion der Unternehmen auf die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise geben, wird speziell dargestellt, inwieweit die Aspekte der Inlands- und Auslandsnachfrage sowie die Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen durch die momentane Situation einer Veränderung unterliegen.

Im Überblick zeigt sich, dass die befragten Unternehmen zwar hinsichtlich der dargestellten Indikatoren zum einen krisenbedingt mit Verschlechterungen zu kämpfen haben, zum anderen jedoch auch trotz der aktuellen Situation vor allem bei der Auslandsnachfrage und den Finanzierungsmöglichkeiten zum großen Teil keinerlei Auswirkungen spüren. Die folgende Abbildung stellt dies dar (siehe Abbildung 22):

Abbildung 22: Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf Inlands- und Auslandsnachfrage sowie Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen



In den weiteren Unterkapiteln erfolgt die Erläuterung der einzelnen Aspekte.

3.2.1 Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Inlandsnachfrage

Bei einer Betrachtung der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Binnennachfrage der Unternehmen in Bremen und Bremerhaven im Überblick, zeigen sich bei der Hälfte der Unternehmen negative oder sehr negative Auswirkungen der Krise (siehe Abbildung 22 im Anhang). Dies lässt sich mit der bereits erörterten rückläufigen Auftragsentwicklung und der allgemeinen momentanen Unsicherheit erklären. Bei rund 40 % der befragten Unternehmen gibt es jedoch trotz der aktuellen wirtschaftlichen Situation keinerlei Veränderungen, was als positiv zu beurteilen ist.

In Bezug zum Umsatz wird deutlich, dass Unternehmen in oberen Umsatzgrößenklassen ab 5 Mio. Euro Umsatz pro Jahr deutlich negativer betroffen sind. Hier geben mehr als zwei Drittel der befragten Unternehmen negative oder sehr negative Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Inlandsnachfrage an. Demgegenüber stehen Unternehmen niedriger Umsatzgrößenklassen (weniger als 500.000 Euro Umsatz pro Jahr bis 1 Mio. Euro Umsatz pro Jahr), welche zwar auch zur Hälfte negativ von der aktuellen wirtschaftlichen Situation hinsichtlich der Inlandsnachfrage betroffen sind, jedoch zu circa 40 % angeben, momentan keinerlei Einschränkungen verbuchen zu müssen.

Folgende Tabelle legt dies dar:

Tabelle 12: Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Inlandsnachfrage in Abhängigkeit vom jährlichen Umsatz der Unternehmen

		Verspürte Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise - <u>Inlandsnachfrage</u>			
		Sehr positiv/ positiv	Gar nicht	Negativ/sehr negativ	Total
Umsatzgrößenklassen	Weniger als 500.000 Euro (n=110)	4,5%	44,5%	50,9%	100%
	500.000–1 Mio. Euro (n=46)	6,5%	43,5%	50,0%	100%
	1 Mio.–5 Mio. Euro (n=81)	14,8%	43,2%	42,0%	100%
	5 Mio.– 10 Mio. Euro (n=17)	5,9%	29,4%	64,7%	100%
	10 Mio. Euro und mehr (n=32)	0%	21,9%	78,1%	100%

n=286

Angaben für Gesamtstichprobe

Datenquelle: Unternehmensbefragung Rambøll Management Consulting 2009

Betrachtet man die Auswirkungen der aktuellen Situation für die Inlandsnachfrage der Unternehmen differenziert nach Wirtschaftszweigen, so sind vor allem die Bereiche Handel, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie das Gastgewerbe negativ oder sehr negativ betroffen (siehe Abbildung 23 im Anhang).

3.2.2 Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Auslandsnachfrage

Bei der Frage nach den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Auslandsnachfrage der Unternehmen gab rund die Hälfte der befragten Unternehmen an, im Exportgeschäft aktiv zu sein und damit auch Auswirkungen auf die Auslandsnachfrage spüren zu können (siehe Abbildung 24 im Anhang). Im Ergebnis rechneten die exportorientierten Unternehmen mehrheitlich nicht mit einem Rückgang ihrer Exporte: 35 % der befragten Unternehmen gaben an, negative oder sehr negative Auswirkungen auf die Auslandsnachfrage ausmachen zu können. Hingegen blieb der Auftragsbestand aus dem Ausland bei knapp zwei Drittel der Unternehmen trotz der aktuellen Situation konstant.

In Abhängigkeit vom Umsatz der Unternehmen zeigt sich, dass vor allem umsatzschwächere Unternehmen weniger von der Krise bei der Auslandsnachfrage betroffen sind. Bei umsatzstärkeren Unternehmen ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Sie schätzen die Effekte der wirtschaftlichen Lage auf die Auslandsnachfrage ihres Unternehmens schlechter ein. In der untenstehenden Tabelle ist dieses Verhältnis dargestellt:

Tabelle 13: Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Auslandsnachfrage in Abhängigkeit vom jährlichen Umsatz der Unternehmen

		Verspürte Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise - <u>Auslandsnachfrage</u>			
		Sehr positiv/ positiv	Gar nicht	Negativ/sehr negativ	Total
Umsatzgrößenklassen	Weniger als 500.000 Euro (n=59)	0%	71,2%	28,8%	100%
	500.000–1 Mio. Euro (n=24)	4,2%	70,8%	25,0%	100%
	1 Mio.–5 Mio. Euro (n=44)	9,1%	65,9%	25,0%	100%
	5 Mio.– 10 Mio. Euro (n=13)	0%	53,8%	46,2%	100%
	10 Mio. Euro und mehr (n=32)	0%	30,8%	69,2%	100%

n=166

Angaben für Gesamtstichprobe

Datenquelle: Unternehmensbefragung Rambøll Management Consulting 2009

3.2.3 Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf Finanzierungsmöglichkeiten

Hinsichtlich der geänderten Finanzierungsmöglichkeiten äußerten rund 38 % der befragten Unternehmen, dass die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise negative oder sehr negative Auswirkungen zeige. Vor dem Hintergrund der rückläufigen Auftragseingänge sowie der dann in Teilen negativen Geschäftserwartungen kann in Teilen von einer Kürzung der Investitionspläne der Unternehmen für das Jahr 2009 ausgegangen werden. Circa zwei Drittel der befragten Unternehmen gaben hier jedoch an, keinerlei Effekte zu verspüren (siehe Abbildung 25 im Anhang).

Bei einer Betrachtung der Finanzierungsmöglichkeiten der bremischen Unternehmen in Abhängigkeit von ihrem Umsatz sind für die unteren Umsatzgrößenklassen überwiegend keine Auswirkungen erkennbar. Erst im Bereich der oberen Umsatzgrößenklassen (10 Mio. Euro Umsatz pro Jahr und mehr) machen sich für die Hälfte der befragten Unternehmen negative oder sehr negative Effekte der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen bemerkbar. Folgende Tabelle stellt dies dar:

Tabelle 14: Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Finanzierungsmöglichkeiten in Abhängigkeit vom jährlichen Umsatz der Unternehmen

		Verspürte Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise - Finanzierungsmöglichkeiten			
		Sehr positiv/positiv	Gar nicht	Negativ/sehr negativ	Total
Umsatzgrößenklassen	Weniger als 500.000 Euro (n=92)	1,1%	66,3%	32,6%	100%
	500.000–1 Mio. Euro (n=42)	2,4%	52,4%	45,2%	100%
	1 Mio.–5 Mio. Euro (n=79)	6,3%	58,2%	35,4%	100%
	5 Mio.–10 Mio. Euro (n=19)	5,3%	57,9%	36,8%	100%
	10 Mio. Euro und mehr (n=34)	2,9%	47,1%	50,0%	100%

n=266

Angaben für Gesamtstichprobe

Datenquelle: Unternehmensbefragung Ramboll Management Consulting 2009

Die vorliegenden Ergebnisse spiegeln das Bild, nach dem vor allem kleinere Unternehmen mit Finanzierungsschwierigkeiten zu kämpfen haben, nicht wider. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass oftmals finanzielle Puffer fehlen, die in Zeiten der Krise dann aufgebraucht werden können (KfW 2009: 7). Grundsätzlich könnte vor dem Hintergrund der Ergebnisse geschlossen werden, dass der bremische Mittelstand sich aufgrund der wirtschaftlichen Situation der letzten Jahre bereits in einer Phase der Konsolidierung befindet.

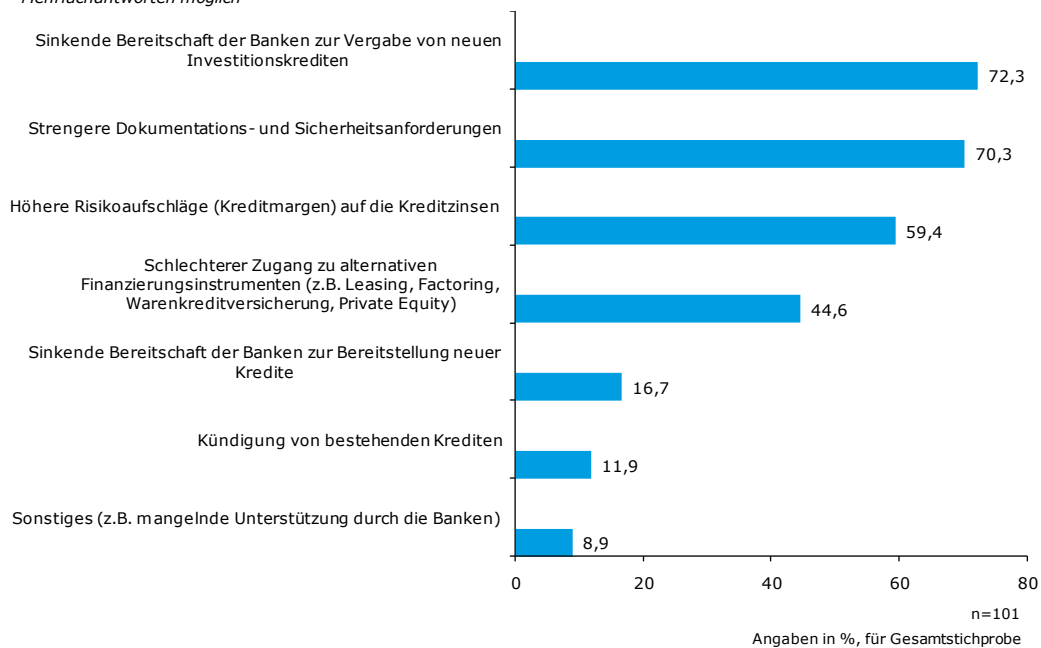
Insgesamt zeigt sich jedenfalls, dass der Großteil der befragten Unternehmen aktuell nicht mit Finanzierungsschwierigkeiten zu kämpfen hat. Zur Konkretisierung des Gesamtbilds wurden jedoch die Unternehmen, die von Finanzierungsschwierigkeiten ausgehen, im Weiteren befragt, bei welchen Aspekten sich dies auf die Unternehmen auswirke.

Die Unternehmen nennen hier drei wesentliche Veränderungen, mit welchen sie im Rahmen veränderter Finanzierungsbedingungen umzugehen haben (siehe Abbildung 23):

1. sinkende Bereitschaft der Banken bei der Vergabe von Investitionskrediten
2. strengere Dokumentations- und Sicherheitsanforderungen
3. höhere Risikoaufschläge auf Kreditzinsen

Abbildung 23: Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen

Frage: Ihre Finanzierungsbedingungen haben sich verschlechtert. Von welcher der folgenden Veränderungen ist Ihr Betrieb betroffen?
Mehrfachantworten möglich



Datenquelle: Unternehmensbefragung Ramböll Management Consulting 2009

Die drei von den im Land Bremen befragten Unternehmen am häufigsten genannten Probleme bei der Finanzierung werden im Folgenden genauer erläutert:

Sinkende Bereitschaft der Banken bei Investitionskrediten

Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklungen treten vermehrt Liquiditätsengpässe auf, welche die Unternehmen in ihrem laufenden Geschäft extrem behindern können. So geben die befragten Unternehmen (n = 78) hier zu 72 % an, dass die Banken Investitionskredite lediglich zögerlich vergeben. Dies lässt sich möglicherweise mit der schwachen Auftragslage dieser Unternehmen erklären.

Strengere Dokumentations- und Sicherheitsanforderungen

Bei den Unternehmen mit einer schwächeren Auftragslage, werden von den Banken immer höhere Anforderungen an Sicherheiten gestellt oder die Banken bewerten vorhandene Sicherheiten geringer als zuvor (DIHK 2009a: 4). Des Weiteren verlangen die Banken aufgrund fehlender Sicherheiten eine intensivere Dokumentation der wirtschaftlichen Tätigkeit der Unternehmen. So haben rund 70 % der Unternehmen im Land, die angeben, unter verschlechterten Finanzierungsschwierigkeiten zu leiden, mit strengeren Dokumentations- und Sicherheitsanforderungen umzugehen.

Allgemein anzumerken bleibt an dieser Stelle, dass gestiegene Anforderungen an die Aufnahme von Fremdkapital insbesondere Existenzgründerinnen und Existenzgründer vor besondere Herausforderungen stellen. Gleiches gilt für forschende Unternehmen des Mittelstands. Ihre Investitionsprojekte sind risikoreicher und der Erfolg nicht immer absehbar (ebenda).

Höhere Risikoaufschläge auf Kreditzinsen

Auftragsrückgang aufgrund der wirtschaftlichen Situation und Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Lage führen dazu, dass das Kreditrisiko von den Banken derzeit nicht richtig eingeschätzt werden kann (DIHK 2009a: 3). Dies führt auch bei den Unternehmen im Land Bremen dazu, dass diejenigen, die von Finanzierungsschwierigkeiten sprechen, zu rund 60 % angeben, höhere Risikoaufschläge auf Kreditzinsen verzeichnen zu müssen. Als erklärende Momente hierfür können fehlende Sicherheiten der Unternehmen, aber auch fehlende Eigenfinanzierungsanteile angeführt werden. Darüber hinaus wurde in den Gesprächen mit Expertinnen und Experten in Bremen klar herausgestellt, dass die Kreditvergabe der Banken oftmals ohne erkennbare Kriterien vorgenommen würde. So verhielten sich Banken gegenüber bestimmten Wirtschaftszweigen besonders restriktiv, ohne eine genauere Überprüfung der Unternehmen vorgenommen zu haben. Dies konnte vor allem für die Bereiche Einzelhandel und Logistik festgestellt werden.

Abschließend bleibt an dieser Stelle festzuhalten, dass Mittelständler mit guter Bonität bei den Banken derzeit gefragt sind. Insgesamt kann – obwohl die Unternehmen häufig mehr Sicherheiten bei der Kreditvergabe stellen müssen und einen Kredit oft nur zu schlechteren Konditionen erhalten – noch nicht von einer allgemeinen Kreditklemme gesprochen werden. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich die Situation entwickelt. Die Gefahr einer extremen Kreditverknappung kann noch nicht als überwunden angesehen werden.

3.2.4 Reaktionen der Unternehmen auf die Wirtschafts- und Finanzkrise

Von Interesse war des Weiteren, zu erfahren, mittels welcher Maßnahmen die Unternehmen auf die aktuelle wirtschaftliche Situation reagieren.

Zum einen gaben knapp 47 % der Befragten im Land Bremen an, dass sie wegfallende Aufträge durch die Erschließung neuer Absatzpotenziale abzufedern versuchen. Dies ist sowohl durch die bessere Ausschöpfung (über Marketingaktivitäten) als auch die Schaffung neuer Absatzpotenziale (über Markterschließungsstrategien) möglich. Auf diesem Weg ist es möglich, den Marktaus-schöpfungsgrad des angebotenen Produkts oder der angebotenen Dienstleistung zu erhöhen.

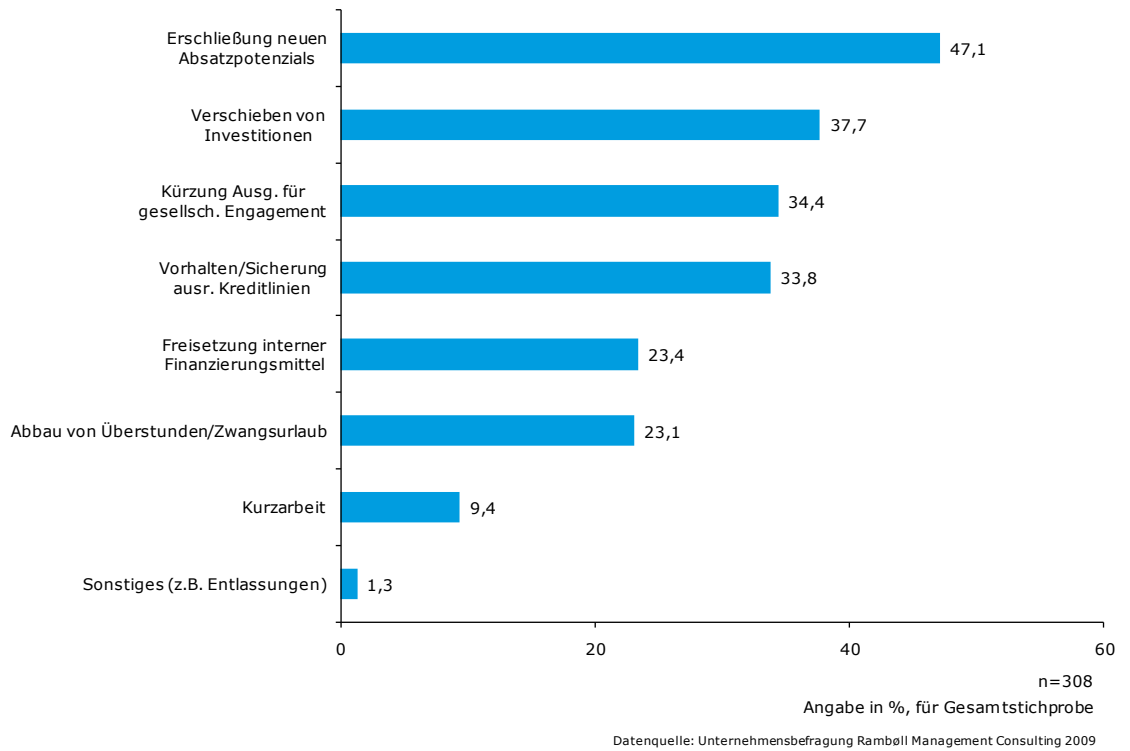
Zum anderen wurden aufgrund der unsicheren Lage von 38 % der Unternehmen bereits geplante Investitionen in die Zukunft verschoben oder zeitlich gestreckt.

Darüber hinaus entschloss sich zum dritten circa ein Drittel der Unternehmen dazu, finanzielle Ausgaben für gesellschaftliches Engagement zu kürzen und ausreichende Kreditlinien zu sichern. Des Weiteren werden der Abbau von Überstunden sowie Kurzarbeit als Mittel genutzt, um die Kapazitäten und Kosten an die Krisensituation anzupassen. Der Abbau von Überstunden wird hier von rund 23 % der befragten Unternehmen im Land Bremen praktiziert. Kurzarbeit ist augenscheinlich nur *ein* Mittel der Anpassung und wird lediglich von knapp 9 % der Unternehmen in dann auch nur geringem Maße eingesetzt.

Abbildung 24 gibt einen Überblick.

Abbildung 24: Reaktionen der Unternehmen auf die Wirtschafts- und Finanzkrise

Frage: Mit welchen der folgenden Maßnahmen reagieren Sie derzeit in Ihrem Betrieb auf die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise? (Mehrfachantworten möglich)



3.3 Beurteilung des Standorts

Die Befragung der kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen im Hinblick auf den Standort im Land Bremen setzt sich an dieser Stelle aus folgenden Indikatoren zusammen:

- allgemeine Zufriedenheit mit dem Wirtschaftsstandort Bremen und geplante Standortveränderungen
- Möglichkeit der Besetzung offener Stellen mit qualifiziertem Personal in den kommenden zwei Jahren

Ein Faktor, welcher der heutigen Beurteilung des Standorts, geplanter Standortveränderungen sowie die Möglichkeit des Rückgriffs auf qualifiziertes Personal durch die Unternehmen immanent zugrunde liegt, ist die Entwicklung der demografischen Lage im Land Bremen.

Die demografische Entwicklung verläuft bundesweit räumlich unterschiedlich: Einer tendenziell größer werdenden Gruppe von Regionen in Deutschland mit Schrumpfungstendenzen steht eine kleinere Gruppe von Regionen mit Wachstumstendenzen gegenüber. Die *Stadt Bremen* lässt sich zu der kleineren, wachsenden Gruppe rechnen. So zählt Bremen lt. Bertelsmann-Stiftung zu einem Demografie-Typ, der sich als stabile Großstadt mit geringem Familienanteil einstufen lässt. Für die Bevölkerungsentwicklung der Stadt lässt sich für das Jahr 2025 aufgrund natürlicher Bevölkerungsbewegungen sowie der Migration ein Wachstum der Bevölkerung um 1,75 % ausmachen (siehe hierzu Bertelsmann-Stiftung 2009a: 8). Anders gestaltet sich die Situation jedoch in der *Stadt Bremerhaven*: Diese verzeichnete bereits in den letzten Jahren einen Bevölkerungsrückgang, die Bevölkerung wird nach Prognosen der Bertelsmann-Stiftung (siehe hierzu Bertelsmann-Stiftung 2009b: 3) bis zum Jahr 2025 um weitere 4,2 % abnehmen.

3.3.1 Allgemeine Zufriedenheit mit dem Wirtschaftsstandort Bremen und geplante Standortveränderungen

Die befragten Unternehmen zeigten sich hinsichtlich der Beurteilung des Wirtschaftsstandorts Bremens sehr positiv. So gaben rund 76 % an, mit dem Wirtschaftsstandort zufrieden bis sehr zufrieden zu sein. Hinsichtlich der Einschätzung durch die Unternehmen ergaben sich seitens der Unternehmen aus Bremerhaven noch positivere Werte als für die Stadt Bremen. Für die beiden Gruppen, welche im Rahmen der Querschnittsaspekte noch untersucht wurden – Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber mit Migrationshintergrund – ergab sich eine leicht schlechtere Einschätzung des Wirtschaftsstandorts (siehe Abbildung 26 im Anhang).

Bei einer Betrachtung der Beurteilung des Wirtschaftsstandorts nach Umsatzgrößenklassen sind leicht niedrigere Zustimmungswerte bei den kleinsten Unternehmen sowie bei Unternehmen mit 5 bis 10 Mio. Euro Umsatz pro Jahr zu erkennen. Die positivste Beurteilung kommt von Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von über 10 Mio. Euro (siehe hierzu Tabelle 22 im Anhang).

Hinsichtlich der Frage möglicher Standortveränderungen außerhalb des Landes Bremen in den nächsten fünf Jahren geben 94,0 % der befragten Unternehmen an, dies nicht vorzuhaben. Nur 6,0 % ziehen dies für die nächste Zeit in Erwägung.

Insgesamt kann somit in Bezug auf die allgemeine Zufriedenheit mit dem Wirtschaftsstandort Bremen ein äußerst positives Fazit für den Mittelstand gezogen werden.

3.3.2 Möglichkeit der Besetzung offener Stellen mit qualifiziertem Personal in den kommenden zwei Jahren

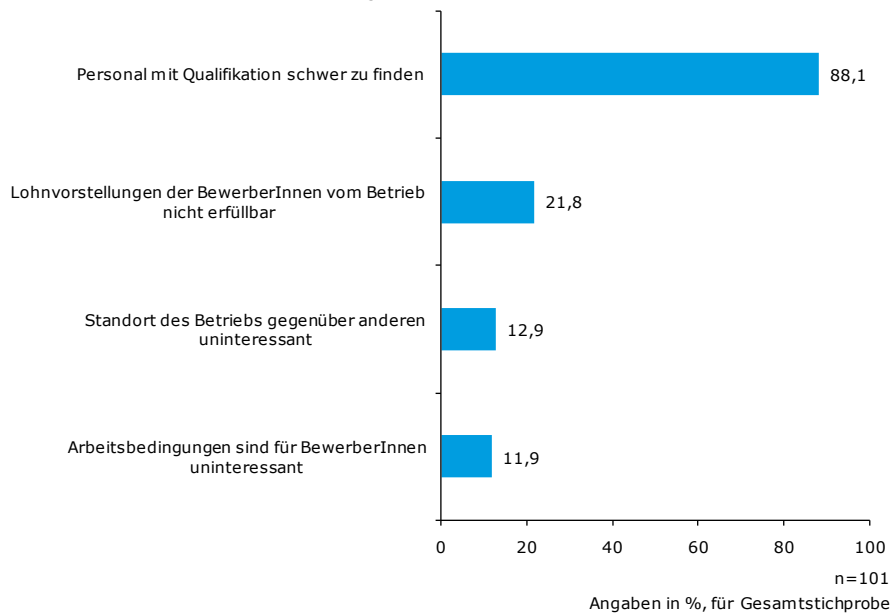
Ein Faktor für die Standortbeurteilung ist zudem das verfügbare Potenzial an Fachkräften für die Unternehmen. Zudem ist für ansiedlungsinteressierte Unternehmen das verfügbare Fachkräftepotenzial einer der bedeutendsten Standortfaktoren (BAW 2009: 95). Die befragten kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen geben zu rund 35 % an, davon auszugehen, in den kommenden zwei Jahren Probleme bei der Besetzung offener Stellen mit qualifiziertem Personal zu erhalten. Demgegenüber geben rund 64 % an, in der Zukunft hier nicht mit Problemen zu rechnen. Für die *Städte Bremen* und *Bremerhaven* lassen sich dabei keine Unterschiede identifizieren. Bei den hier befragten Betriebsinhaberinnen des Mittelstands sowie Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhabern mit Migrationshintergrund zeichnet sich hinsichtlich der Einschätzung der Möglichkeit der

Besetzung offener Stellen für die kommenden Jahre ein leicht negativeres Bild ab (siehe im Anhang Abbildung 27 und Tabelle 23).

Im Weiteren wurden all diejenigen Unternehmen, welche angaben, bei der Besetzung offener Stellen in der kommenden Zeit von Schwierigkeiten auszugehen, zu den möglichen Hintergründen hierzu befragt (siehe Abbildung 25). Im Ergebnis zeigte sich, dass nach Ansicht der Unternehmen vor allem der Fachkräftemangel hier bereits spürbar sei. So gaben circa 88 % an, dass für sie Personal mit entsprechender Qualifikation schwer zu finden sei. Ein für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen im Wettbewerb gegenüber Großunternehmen um die klügsten Köpfe bestehendes Problem ist stets, dass letztere hoch qualifiziertem Personal meist finanziell attraktivere Konditionen bieten können. Dies schlägt sich auch in den Befragungsergebnissen nieder. So geben rund 22 % der Unternehmen an, dass sie davon ausgehen, die Lohnvorstellungen ihrer Bewerber nicht erfüllen zu können. Folgende Abbildung gibt einen Überblick über die Verhältnisse:

Abbildung 25: Gründe für Probleme bei der Besetzung offener Stellen in den kommenden zwei Jahren

Wenn Probleme bei der Besetzung offener Stellen. Frage: Aus welchen Gründen gehen Sie davon aus, offene Stellen in den kommenden zwei Jahren nicht mit qualifiziertem Personal besetzen zu können? Mehrfachantworten möglich.



Datenquelle: Unternehmensbefragung Ramböll Management Consulting 2009

Vor dem Hintergrund eines Wettbewerbs der Regionen um die am besten qualifizierten Personen, sind spezifische Bedarfserhebungen für Politik sowie Wirtschaft von entscheidendem Interesse, so dass zielgerichtete Ansätze zur Steuerung des Fachkräfteproblems gefunden werden können.

3.4 Weiterbildungsmaßnahmen in den Betrieben

Ein weiterer für die Mittelstandspolitik relevanter Bereich ist die Weiterbildung von Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmern. Gut aus- und weitergebildete Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer sind vor dem Hintergrund eines zunehmenden globalen Wettbewerbs, einer schnellen Technologieentwicklung, kürzerer Produktlebenszyklen und eines Fachkräftemangels eine wichtige Voraussetzung für die Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von KMU (Dorn 2005).

Weiterbildungsmaßnahmen in kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen – hier definiert als innerbetriebliche sowie außerbetriebliche Maßnahmen – helfen den Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den Unternehmen selbst, Qualifikationen zu sichern sowie auszubauen. Zudem kann auf diesem Weg der Fachkräftebedarf durch die Unternehmen selbst gedeckt werden.

Für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen gilt es aus strukturellen Aspekten gegenüber Großunternehmen oftmals als schwierig, neben der notwendigen Aufrechterhaltung des normalen Betriebs, ihren Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmern noch die Möglichkeit zur Weiterbildung zu eröffnen. So sind KMU, und hier insbesondere die kleinsten Unternehmen, mit einer Vielzahl von Hemmnissen bei der Durchführung von Kompetenzentwicklungsmaßnahmen und der Teilnahme an Weiterbildungen konfrontiert. Dazu zählen vor allem Zeit- und Kostenfaktoren, die begrenzte Fähigkeit des Unternehmers, den eigenen Weiterbildungsbedarf effektiv abzuschätzen oder die geringen Kontakte zu relevanten Kompetenzquellen und Weiterbildungsanbietern (Europäische Kommission 2003). Aufgrund der Struktur kleinerer Unternehmen ist ein Arbeitsausfall einzelner Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer zudem nur schwer auszugleichen. Die Unternehmen sind daher auf flexible Weiterbildungsformen angewiesen, die z. B. außerhalb der Arbeitszeit stattfinden oder leicht in die Arbeitszeit integrierbar sind (Weiß 2004).

Vor diesem Hintergrund liegt eine zentrale Herausforderung darin, bedarfsspezifische Angebote für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen zu entwickeln und sie für Weiterbildung zu gewinnen. Dabei geht es nicht nur um die Durchführung einzelner Qualifizierungsmaßnahmen, sondern auch darum, eine Weiterbildungskultur in den Unternehmen zu etablieren. So sind Ausmaß und Form der betrieblichen Weiterbildung nicht zuletzt davon abhängig, inwieweit Weiterbildung in den Betrieben bereits verbreitet ist und als integrales Element ihrer Arbeit angesehen wird (Büchter/Goltz 2002).

3.4.1 Weiterbildungsverhalten der kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen im Land Bremen

Beim Weiterbildungsverhalten der befragten Unternehmen im Land Bremen zeigt sich ein positives Bild. So geben mehr als zwei Drittel von ihnen an, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des letzten Geschäftsjahrs bis zum 30.06.2008 an Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen haben. Hierbei ermöglichen Unternehmen ab 500.000 Euro Umsatz pro Jahr ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern häufiger eine Weiterbildung als Unternehmen mit geringerem Umsatz. Für Bremen und Bremerhaven ergeben sich hier keine Unterschiede. Anzumerken ist jedoch an dieser Stelle, dass sich Betriebe, die von Frauen geführt werden, noch weiterbildungsorientierter zeigen als die anderen befragten Gruppen. Rund 71 % der befragten Betriebsinhaberinnen gaben an, dass Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen partizipiert hätten. Bei Betrieben mit Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhabern mit Migrationshintergrund nahmen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu circa 64 % an Weiterbildungsmaßnahmen teil (siehe Abbildung 30 im Anhang).

Die Ergebnisse zur Weiterbildungsbeteiligung der in diesem Rahmen befragten Unternehmen des Mittelstands liegen sogar noch leicht über denen des IAB-Betriebspanels, welches für das 1. Halbjahr 2008 angibt, dass lediglich die Hälfte *aller* Unternehmen im Land an Weiterbildungsmaßnahmen teilnahm. Grundsätzlich wird hier die rege Weiterbildungsbeteiligung der Unternehmen im Land Bremen im Bundesvergleich hervorgehoben (BAW 2009: 93). Dies wird durch die Ergebnisse der Unternehmensbefragung bestätigt.

Bei der Anzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Weiterbildungen zeigte sich über die Beschäftigtengrößenklassen der Unternehmen hinweg ein reges Weiterbildungsverhalten. Ihrer

jeweiligen Größe entsprechend, ließen die Unternehmen ihre Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer an Weiterbildungen teilnehmen. Folgende Tabelle stellt dies dar.

Tabelle 15: Anzahl der Beschäftigten mit Weiterbildungen bis zum 30.06.2009 in Abhängigkeit von der Beschäftigtengrößenklasse

		Anzahl der Beschäftigten, die bis zum 30.06.2009 weitergebildet wurden (kategorisiert)					
		1-2	3-5	6-9	11-30	30 und mehr	Total
Beschäftigtengrößenklassen	1-9 Beschäftigte (n=71)	57,7%	38,0%	4,2%	0%	0%	100%
	10-49 Beschäftigte (n=71)	15,5%	45,1%	25,4%	12,7%	1,4%	100%
	49-249 Beschäftigte (n=48)	8,3%	20,8%	16,7%	18,8%	35,4%	100%

n=190

Angaben für Gesamtstichprobe

Datenquelle: Unternehmensbefragung Ramboll Management Consulting 2009

3.4.1.1 Finanzierung der Weiterbildung

Hinsichtlich der Finanzierung der im Rahmen der Weiterbildung anfallenden Kosten ist zum einen von Interesse zu erfahren, wie groß der Anteil dieser Kosten am gesamten Umsatz der Unternehmen ist. Im Ergebnis zeigt sich, dass der Großteil der Unternehmen bis zu 1,9 % des jährlichen Umsatzes für Weiterbildungen ausgibt (siehe Abbildung 31 im Anhang). Des Weiteren bleibt anzumerken, dass sich Ausgaben für die Weiterbildung anteilig am Umsatz nicht der Höhe des jährlichen Umsatzes der Unternehmen zuweisen lassen. D. h., es ergibt sich nicht, dass Unternehmen mit hohem Umsatz auch mehr – gemessen am Umsatz – für Weiterbildung ausgeben.

Zum anderen wurden die Unternehmen zur Kostenübernahme für Weiterbildungen befragt. Demnach finanzieren knapp 88 % der befragten Unternehmen die Maßnahmen für ihre Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer. Bei lediglich rund 2 % der Unternehmen müssen die Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer für die Kosten der Weiterbildung selbst aufkommen. Bei circa 9 % der Unternehmen erfolgt eine hälftige Finanzierung durch die beteiligten Parteien, rund 2 % lassen die Weiterbildungen anderweitig (z. B. öffentlich) finanzieren (siehe Abbildung 32 im Anhang).

3.4.1.2 Kleinste, kleine und mittlere Unternehmen ohne Weiterbildungsaktivitäten

Bei dem Drittel der Unternehmen, die angaben, im Jahr 2009 ihren Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmern keine Weiterbildungen ermöglicht zu haben, wurden die Gründe hierfür im Genaueeren untersucht. Hierbei zeigte sich, dass der Großteil dieser Gruppe (mehr als zwei Drittel) aktuell keinerlei Bedarf an Weiterbildungen der eigenen Belegschaft sah. Dies lässt den Rückschluss zu, dass einige Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber nicht in der Lage sind, den Weiterbildungsbedarf der Belegschaft abzuschätzen und sich folglich als weiterbildungsresistent zeigen.

Weitere 16 % nannten ein fehlendes Angebot an adäquater Weiterbildung als Grund für nicht erfolgte Weiterbildungen. Dies kann bei fachspezifischen Weiterbildungen daran liegen, dass diese nicht im Land Bremen vor Ort angeboten, sondern nur bundesweit in Anspruch genommen werden können. Zudem nannten 15 % der befragten Unternehmen ein für den Mittelstand typisches Argument, nämlich das der mangelnden Zeit für die Inanspruchnahme einer Weiterbildung (siehe hierzu auch Abbildung 33 im Anhang).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen im Land Bremen im Bundesvergleich als sehr weiterbildungsaktiv zeigen und damit die Qualifikationen ihrer Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer den sich stetig verändernden Anforderungen anpassen. Eine Herausforderung besteht insbesondere darin, die Gruppe der mittelständischen Unternehmen zu aktivieren, die keine Weiterbildungsaktivitäten durchführen.

3.5 Finanzierung und Investition

Mittelständische Unternehmen haben nicht den gleichen Zugang zu einem liquiden Sekundärmarkt wie Großunternehmen. Wesentliche Gründe für den erschwerten Zugang zu Krediten sind die Anforderungen an die Dokumentation von Vorhaben, die Offenlegung von Informationen sowie die Forderungen nach Sicherheiten, z. B. ausreichend haftendes Eigenkapital. Diese Faktoren erschweren die Aufnahme von Fremdkapital und führen zu höheren Risikoprämien bei der Kreditvergabe. Eine ausgewogene Unternehmensfinanzierung ist aber eine grundlegende Voraussetzung für Wachstum. Um die Wachstumspotenziale der KMU besser auszuschöpfen, sind deshalb Maßnahmen zur Verbesserung der Kapitalversorgung von KMU von Bedeutung.

Auf die offene Frage nach dem aktuellen Unterstützungsbedarf nannten immerhin 32 % der befragten Unternehmen die Finanzierung von Betriebsmitteln.¹⁹

Kapitel 3.2 geht maßgeblich auf die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die aktuellen Finanzierungsbedingungen und die Reaktionen der mittelständischen Unternehmen diesbezüglich ein.

Handlungsbedarf besteht demnach darin, mittelständische Unternehmen, die unter verschlechterten Finanzierungsbedingungen leiden, bei ihrer Finanzierungssituation zu unterstützen. Auch gilt es das Investitionsverhalten der KMU zu beobachten, da rund 38 % der befragten Unternehmen mit einem Verschieben von Investitionen auf die aktuelle Krise reagieren.

3.6 Technologie und Innovation

Im Rahmen der Mittelstandspolitik ist ein weiterer wichtiger Aspekt die Innovationskraft der Unternehmen. Unter Innovation wird die Nutzung von Wissen, Technologien und Markimpulsen zur Generierung neuer Angebote und Dienstleistungen für den jeweiligen Markt sowie neue Verfahren und Produkte innerhalb des Unternehmens gefasst. Innovationen von Unternehmen sind zum einen für die Wettbewerbssteigerung der Unternehmen selbst von entscheidender Bedeutung. Zum anderen tragen innovative Unternehmen mittels ihrer Leistungen zur Stärkung der jeweiligen Region bei, in welcher sie angesiedelt sind. Auf diesem Weg sind sie dann auch als Quelle für den Wohlstand einer Gesellschaft anzusehen (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung 2008: 22).

An dieser Stelle wurde jedoch nicht nach der Forschungsintensität der kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen im Land gefragt, sondern der Aspekt der Innovationsfähigkeit der Unternehmen wurde analysiert.²⁰ So werden unter dem Begriff der Innovation folgende drei Stufen verstanden:

1. merkliche Verbesserungen von Produkten und Verfahren innerhalb des Betriebs
2. Aufnahme von Produkten und Verfahren/Dienstleistungen in den Betrieb, welche bereits auf dem Markt waren
3. Neuaufnahme von Produkten und Verfahren/Dienstleistungen in den Betrieb, welche bis dato noch nicht auf dem Markt waren (Marktneuheit)

Diese drei Stufen können einer Steigerung unterliegen. Das heißt, merkliche Verbesserungen von Produkten und Verfahren innerhalb des Betriebs können für die Unternehmen relativ leicht durchgeführt werden. Die zweite Stufe, die Aufnahme externer, neuer Produkte, ist bereits mit höheren Kosten und Aufwendungen verbunden und bedarf auch einer zielgerichteten Planung. Die dritte Stufe der Innovation, die Einführung von Produkten oder Verfahren, die bislang noch gar nicht auf dem Markt waren, ist für die Unternehmen mit den höchsten Kosten sowie mit dem größten Risiko bezüglich des Erfolgs der Innovationen am Markt verbunden. Im Folgenden wird erst ein Blick auf das momentane Innovationsverhalten der Unternehmen im Land Bremen geworfen, um dann das für die weitere Zukunft geplante Verhalten in diesem Bereich zu untersuchen.

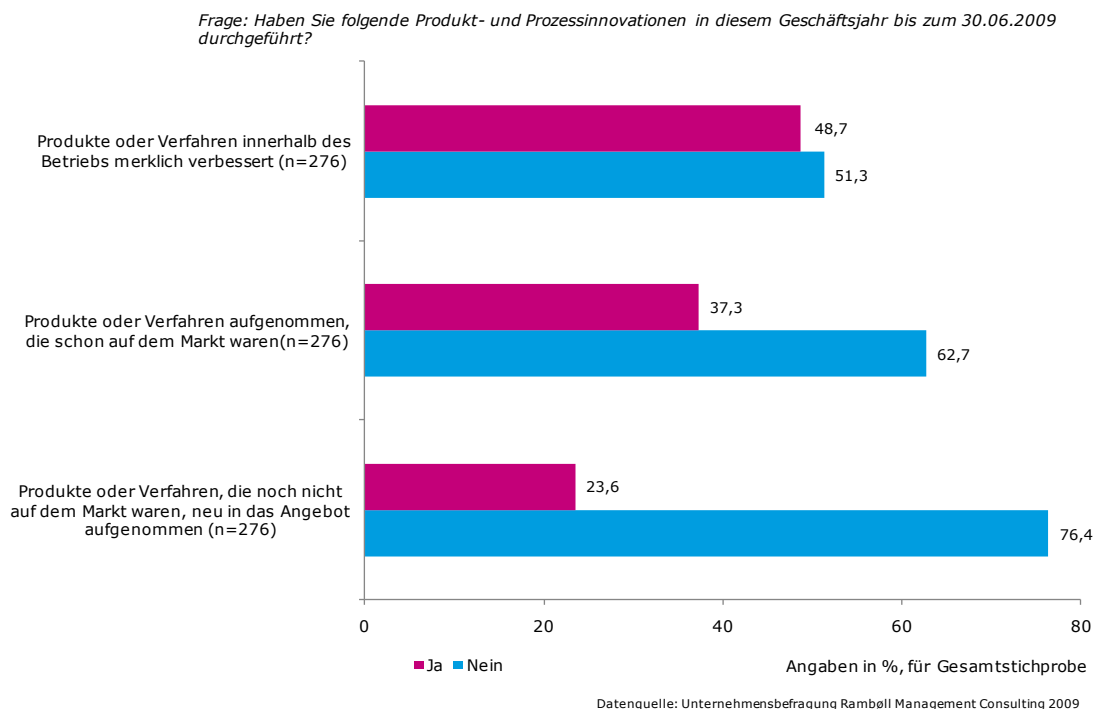
¹⁹ Der Begriff Betriebsmittel bezeichnet alle Kosten eines Betriebes. Dazu zählen sowohl die laufenden Kosten als auch die Gründungskosten: zum Beispiel Personalkosten, Marketingkosten, Kosten für Anmeldungen, Genehmigungen, Beratung, Forschung und Entwicklung, Miete, Maschinen.

²⁰ Zu Forschung und Entwicklung im Land Bremen siehe im Genaueren folgende Publikationen: Zentrum für Wirtschaftsforschung (2008): Innovationsbericht 2008. Innovationsverhalten der Unternehmen in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten. Mannheim; Der Technologiebeauftragte des Senats der Freien Hansestadt Bremen (2007): Abschlussbericht des Technologiebeauftragten 2002–2007, Bremen.

3.6.1 Aktuelles Innovationsverhalten der kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen im Land Bremen

Hinsichtlich des Innovationsverhaltens der mittelständischen Unternehmen zeigt sich folgendes Bild: Fast die Hälfte der befragten Unternehmen hat die erste Stufe der Innovation in diesem Geschäftsjahr bis zum 30.06.2009 genommen und Produkte und Verfahren innerhalb des eigenen Betriebs merklich verbessert. Die Aufnahme von Produkten und Verfahren in das Angebot des Betriebs, welche schon auf dem Markt waren, führten mehr als ein Drittel der befragten Unternehmen durch. Hingegen wurde die dritte und damit auch für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen aufwendigste und risikoreichste Stufe von rund 24 % der Befragten erreicht. Abbildung 26 zeigt dies auf:

Abbildung 26: Produkt- und Prozessinnovationen der Unternehmen in diesem Geschäftsjahr bis zum 30.06.2009



Im Vergleich zwischen den *Städten Bremen* und *Bremerhaven* zeigt sich Bremerhaven vor allem bei den ersten beiden Innovationsstufen in leichtem Maße aktiver als Bremen (siehe hierzu Abbildungen 35 und 36 im Anhang). Im Vergleich mit Westdeutschland liegen die Unternehmen im Land Bremen insgesamt auf demselben Niveau (BAW 2009: 48).

Bei der Analyse des Innovationsverhaltens bei Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhabern mit Migrationshintergrund und bei Betriebsinhaberinnen zeigt sich je nach Innovationsstufen ein unterschiedliches Verhalten. So weisen beide Gruppen bei der Verbesserung der Produkte und Verfahren innerhalb des Betriebs ein leicht schwächer ausgeprägtes Innovationsverhalten auf als die Fälle der Gesamtstichprobe. Hinsichtlich der zweiten Innovationsstufe lässt sich feststellen, dass Produkte und Verfahren, die schon auf dem Markt waren, vor allem von Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhabern mit Migrationshintergrund im Gegensatz zur Gesamtstichprobe in verhältnismäßig starkem Maße neu aufgenommen werden. Im Bereich der dritten Innovationsstufe verhalten sich die beiden Gruppen entsprechend der Gesamtheit der Befragten (siehe hierzu Abbildung 37 im Anhang).

Bei einer Betrachtung des Innovationsverhaltens der Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen wird klar ersichtlich, dass die kleinsten Unternehmen in überwiegendem Maße die hier als erste Stufe definierte Innovationsform im Land Bremen durchführen. Je größer die Unternehmen sind, desto eher ist es ihnen möglich, komplexere Innovationsprozesse zu vollführen (siehe Ta-

bellen 25 bis 27 im Anhang). Kleinste, kleine und mittlere Unternehmen sind aufgrund fehlenden Fachpersonals und/oder knapper finanzieller Mittel bei der Durchführung komplexerer Innovationsprozesse oftmals benachteiligt.

Zudem war von Interesse zu erfahren, ob Unternehmen Produkt- und Prozessinnovationen vornehmen wollten, dies aber z. B. aus finanziellen, organisatorischen Gründen oder aufgrund des Fehlens geeigneten Fachpersonals nicht durchführen konnten. Im Ergebnis zeigte sich für die im Land Bremen befragten Unternehmen ein sehr positives Bild. Lediglich zehn der Befragten gaben an, dass sie bei geplanten Produkt- und Prozessinnovationen scheiterten (siehe Tabelle 28 im Anhang).

3.6.2 Geplantes Innovationsverhalten der kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen im Land Bremen

Neben dem derzeitigen Innovationsverhalten wurde des Weiteren analysiert, inwieweit die Unternehmen die verschiedenen Innovationsstufen kontinuierlich bedienen. Dies ist vor allem auch vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise von Interesse. Des Weiteren war von Interesse, ob Unternehmen, die aktuell nach eigenen Aussagen noch nicht innovativ tätig sind, vorhaben, in diesem Bereich aktiv zu werden.

Hierbei fällt auf, dass 90 % der Unternehmen, die bereits innovativ tätig sind, für die kommenden beiden Jahre davon ausgehen, dies aufrechtzuerhalten zu können. Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen ist dies ein sehr positives Bild. Normalerweise reduzieren Unternehmen in Zeiten eines konjunkturellen Abschwungs ihre Innovationsanstrengungen (DIHK 2009b: 3). Bremen stellt hier jedoch keinen Sonderfall dar, sondern verhält sich ähnlich den bundesweit agierenden innovativen kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen, wie eine zeitgleich durchgeführte Untersuchung darstellt (DIHK 2009b).

Die empirischen Befunde lassen so zum einen darauf schließen, dass diese Unternehmen bereits relativ routiniert im Innovationsverhalten sind und zum anderen auch über entsprechende wirtschaftliche Netzwerke sowie Fachpersonal und finanzielle Ressourcen verfügen, um dies stetig und auch angesichts der wirtschaftlichen Lage in ihre Arbeit integrieren zu können.

Zum Zweiten wird deutlich, dass im Bereich der Unternehmen, die bisher noch keine innovativen Tätigkeiten durchführen, in den kommenden zwei Jahren vor allem im Bereich der Verbesserung von Produkten und Verfahren innerhalb des Betriebs ein Potenzial von über einem Drittel der befragten Unternehmen liegt. Dieses Potenzial wird aufgrund des stärker werdenden finanziellen sowie personellen Aufwands in den folgenden Innovationsstufen geringer. So geben rund 26 % der Unternehmen, die momentan noch keine Produkte und Verfahren neu in ihr Angebot aufnehmen, die bereits auf dem Markt waren, an, dies in den nächsten beiden Jahre tun zu wollen. Knapp 20 % der Unternehmen bestätigen dies für die Einführung von Marktneuheiten. In der unten stehenden Tabelle ist dies dargestellt:

Tabelle 16: Künftige Durchführung von Produkt- und Prozessinnovationen

Durchgeführte Produkt- und/oder Prozessinnovationen (30.06.2009)		Geplante Produkt- und/oder Prozessinnovationen bis 30.06.2011		
		Ja	Nein	Total
Produkte oder Verfahren (Dienstleistungen oder Maschinen) innerhalb des Betriebes merklich verbessert	Ja (n=120)	90,8%	9,2%	100%
	Nein (n=130)	36,8%	63,2%	100%
Produkte oder Verfahren (Dienstleistungen oder Maschinen), die schon auf dem Markt waren, neu in Angebot aufgenommen	Ja (n=92)	91,3%	8,7%	100%
	Nein (n=161)	26,1%	73,9%	100%
Produkte oder Verfahren (Dienstleistungen oder Maschinen) eingeführt, die bislang noch nicht auf dem Markt waren	Ja (n=63)	93,7%	6,3%	100%
	Nein (n=190)	19,5%	80,5%	100%

Angaben für Gesamtstichprobe

Datenquelle: Unternehmensbefragung Ramböll Management Consulting 2009

Abschließend lässt sich feststellen, dass die Unternehmen im Land Bremen ein sehr konstantes Innovationsverhalten – den aktuellen wirtschaftlich unsicheren Verhältnisse zum Trotz – aufweisen. Sie tragen auf diesem Weg zur mittel- und langfristigen Steigerung ihrer eigenen Wettbewerbsfähigkeit sowie auch der der Region bei.

3.7 Berücksichtigung der Querschnittsaspekte

In der Unternehmensbefragung wurde explizit auch auf die drei Querschnittsaspekte

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Beteiligung von Frauen am Wirtschaftsleben sowie
- Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund am Wirtschaftsleben

eingegangen.

3.7.1 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

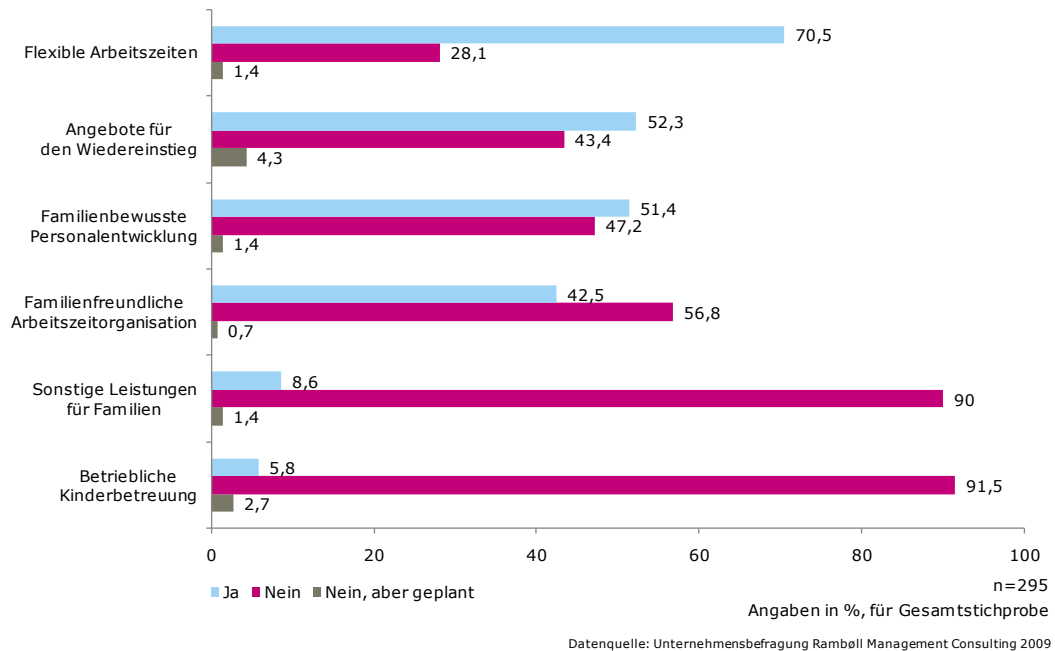
Der Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen rückt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sowie des sich daraus ergebenden prognostizierten Fachkräftemangels verstärkt in den Vordergrund. Unternehmen sowie Regionen, welche sich um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bemühen, haben im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte bessere Chancen, da sie sich als attraktiver im Wettbewerb um die besten „Köpfe“ darstellen. Zudem lassen sich über gezielte Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch die Erwerbsquoten – vornehmlich die der Frauen – erhöhen, was dem Fachkräftemangel entgegenwirkt. Des Weiteren bleibt anzumerken, dass betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen als positiv zu beziffern sind (Bundesministerium für Familie, Frauen Senioren und Jugend 2005: Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen).

Staatlicherseits geben bereits seit den 1990er Jahren Rahmenbedingungen in Form von (Arbeits-) Gesetzen die entscheidenden Richtmaße vor. Dies bezieht sich auf die EU-Arbeitszeitrichtlinie und das Arbeitszeitgesetz über das Teilzeit- und Befristungsgesetz, das Elternzeitgesetz bis hin zum Pflegezeitgesetz²¹. Nun liegt es in der Verantwortung der Unternehmen, zum einen dafür Sorge zu tragen, dass die gesetzlichen Angebote von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei Bedarf auch wahrgenommen werden. Zum anderen sind die Unternehmen aber auch selbst in der Pflicht, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass Familie und Beruf miteinander vereinbar sind (Becker 2008: 2; Backes-Gellner u. a. 2003: 1).

An dieser Stelle ist nun von Interesse, inwieweit kleinste, kleine und mittlere Unternehmen im Land Bremen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereits einsetzen und oder ob sie gegebenenfalls planen, dies in nächster Zeit zu tun.

Die empirischen Befunde zeigen, dass die kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen im Land Bremen am häufigsten die Flexibilisierung der Dauer und Lage der Arbeitszeit durch flexible Arbeitszeiten sowie Angebote für den Wiedereinstieg nach Eltern- oder Pflegezeiten als familienfreundliche Maßnahme nutzen. Abbildung 27 stellt dies dar:

²¹ RICHTLINIE 2003/88/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung; Teilzeit- und Befristungsgesetz vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1966); Bundeselternzeit- und Elternzeitgesetz vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748); Pflegezeitgesetz vom 28. Mai 2008 (BGBl. I S. 874, 896).

Abbildung 27: Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen

Die hier meist zur Anwendung kommenden Maßnahmen lassen sich als solche beurteilen, die relativ rasch sowie auch kostengünstig durch die Unternehmen eingesetzt werden können. Im Ergebnis zeigt sich zudem, dass sich die hier befragten Unternehmen ähnlich den bundesweit befragten kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen verhalten (Backes-Gellner u. a. 2003: 71). Zwischen den *Städten Bremen* und *Bremerhaven* lassen sich bei der Implementierung familienfreundlicher Maßnahmen keine generellen Unterschiede feststellen. Es zeigt sich jedoch, dass Unternehmen, welche von Frauen geführt werden, stärker im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf aktiv sind als die in diesem Rahmen befragte Grundgesamtheit. Von Betrieben mit Personen mit Migrationshintergrund werden Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf im geringsten Maße angewandt, nämlich nur zu rund 64 % (siehe Abbildungen 38, 39 und 40 im Anhang).

Grundsätzlich lassen sich jedoch zwischen den Wirtschaftszweigen Unterschiede in der Anwendung familienfreundlicher Maßnahmen feststellen. Unternehmen in den Branchen Gesundheits-, Veterinär und Sozialwesen sowie im Dienstleistungsbereich und im Gastgewerbe führen im Gegensatz zu den Branchen des Baugewerbes und denen des Verarbeitenden Gewerbes tendenziell eher Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch (siehe hierzu Abbildung 41 im Anhang). Was den Brancheneinfluss auf die Einführung familienfreundlicher Maßnahmen anbelangt, weisen die bereits erwähnten bundesweiten Ergebnisse zum Mittelstand auf ähnliche Ergebnisse hin (Backes-Gellner u. a. 2003: 72).

Des Weiteren sei an dieser Stelle noch darauf hingewiesen, dass das Qualifikationsniveau der Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer mit der Wahl der jeweiligen familienfreundlichen Maßnahme für das Unternehmen korreliert. So werden nach Angaben der hier zum Vergleich herangezogenen bundesweiten Untersuchung im Mittelstand nach Backes-Gellner u. a. (2003) bei einfachen Tätigkeiten eher kostengünstige Maßnahmen wie z. B. Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen angewandt. Die Bereitschaft der Unternehmen, mit höheren Investitionskosten verbundene familienfreundliche Maßnahmen in den Unternehmen einzuführen, steigt mit dem Qualifikationsniveau der Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer (Backes-Gellner u. a. 2003: 71).

Die Ergebnisse weisen zudem darauf hin, dass Unternehmen, die aktuell keine familienfreundlichen Maßnahmen durchführen, auch überwiegend nicht vorhaben, solche in kommender Zeit zu implementieren. An dieser Stelle kann grundsätzlich z. B. ein Auditierungsverfahren zum Thema Beruf und Familie (der berufundfamilie gGmbH, eine Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung zum Fördern familienbewusster Personalpolitik) ansetzen. Unabhängig vom

Auditverfahren und breiter aufgestellt ist in Bremen und Bremerhaven das bundesweite Vorreiterprojekt „Bremer Verbundprojekt Beruf und Familie“ (www.berufundfamilie-bremen.de). Die überregional beachtete Bremer Initiative begutachtet nicht nur bereits umgesetzte Projekte, sondern zeigt auch individuelle Entwicklungsmöglichkeiten auf. Auf diesem Weg spricht es sowohl Unternehmen an, die sich bereits im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf aktiv gezeigt haben, als auch solche, die hiermit erst beginnen und Unterstützung in Anspruch nehmen möchten (Handwerk in Bremen 2009; Becker 2003: 23). Über dieses Verbundprojekt ist es zudem möglich, zusammen mit den Unternehmen innovative sowie zielgerichtete Konzepte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu entwickeln. Maßnahmen dieser Art müssen dann auch nicht zwangsläufig finanziell kostenintensiv sein.

Dieses Verbundprojekt sollte einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, um zum einen den Standort Bremen für potenzielle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die bis dato außerhalb des Landes Bremen ansässig sind, attraktiver zu machen. Zum anderen, um Unternehmen in verstärktem Maße an Verfahren zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem Auditverfahren zu animieren.

3.7.2 Beteiligung von Frauen am Wirtschaftsleben

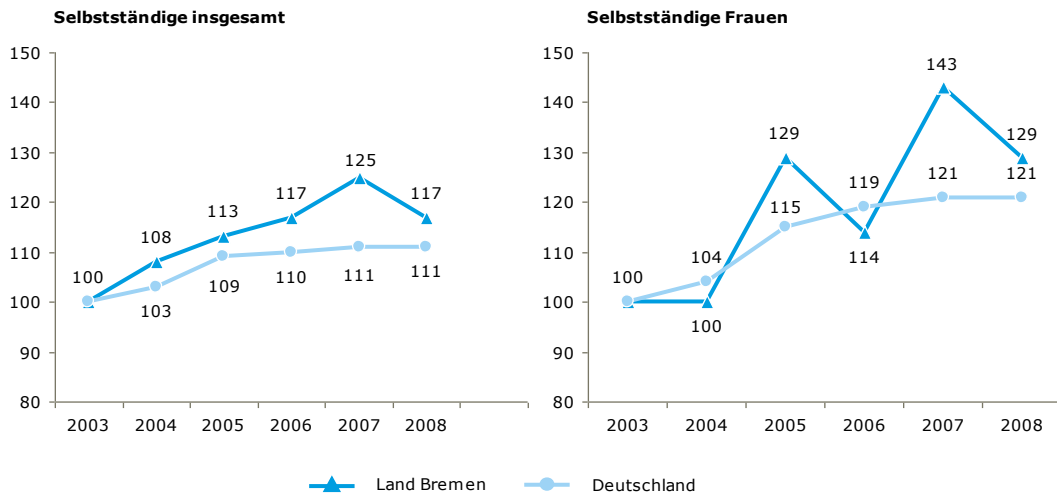
Die Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und damit auch die Förderung von Existenzgründungen durch Frauen ist ein wichtiges Anliegen einer jeden Volkswirtschaft. Die Ausweisung der von Frauen geführten bestehenden Unternehmen ist auf der Basis der amtlichen Statistik nicht möglich, da diese nicht zwischen Frauen- und Männerunternehmen unterscheidet.²² Auf der Grundlage des Mikrozensus können jedoch Aussagen zu den weiblichen und männlichen Erwerbstätigen und Selbstständigen gemacht werden. Es handelt sich hierbei um eine personenbezogene Betrachtung, die damit keine Rückschlüsse auf mittelständische Unternehmen erlaubt. Außerdem liefert die Gründungsstatistik des IfM Bonn Aussagen darüber, wie stark sich Frauen am Gründungsgeschehen beteiligen.

3.7.2.1 Gründungsverhalten von Frauen

Laut Mikrozensus 2008 waren im Land Bremen insgesamt 288.000 Menschen erwerbstätig, von denen 46,2 % weiblich waren (siehe Tabelle 29 im Anhang). 28.000 Personen waren selbstständig, darunter 9.000 Frauen, was einem Frauenanteil von 32,1 % entspricht (siehe Tabelle 30 im Anhang). Die Selbstständigkeit nahm im Zeitraum von 2003 bis 2008 in Bremen insgesamt um 16,7 % zu. Die Zahl der selbstständigen Frauen stieg im gleichen Zeitraum sogar um 28,6 %. In Deutschland stieg die Zahl der weiblichen Selbstständigen von 2003 bis 2008 um 20,5 %. Es wird deutlich, dass die Entwicklung der Selbstständigen insgesamt, aber auch die der weiblichen Selbstständigen im Land Bremen dynamischer verlaufen ist als in Deutschland. Abbildung 28 stellt dies dar.

²² Zu klären wäre dabei vor allem die Frage, unter welchen Bedingungen ein Unternehmen als Frauen- bzw. als Männerunternehmen gelten kann. Eindeutig ist dies zu beantworten, wenn ein Unternehmen sich ausschließlich im Eigentum von Frauen befindet und von diesen geführt wird. Gleiches gilt umgekehrt für Männerunternehmen. Schwieriger zu beantworten ist die Frage, wenn sich ein Unternehmen im Eigentum sowohl von Männern als auch von Frauen befindet und auch die Geschäftsführung gemischtgeschlechtlich besetzt ist. Nahezu unlösbar wird die Aufgabe, wenn sich das Unternehmen ausschließlich im Eigentum einer Frau befindet, die Geschäftsführung aber in der Hand eines Mannes liegt und umgekehrt.

Abbildung 28: Entwicklung der Selbstständigkeit insgesamt und von Frauen 2003 bis 2008 im Land Bremen und in Deutschland – Index 2003 = 100

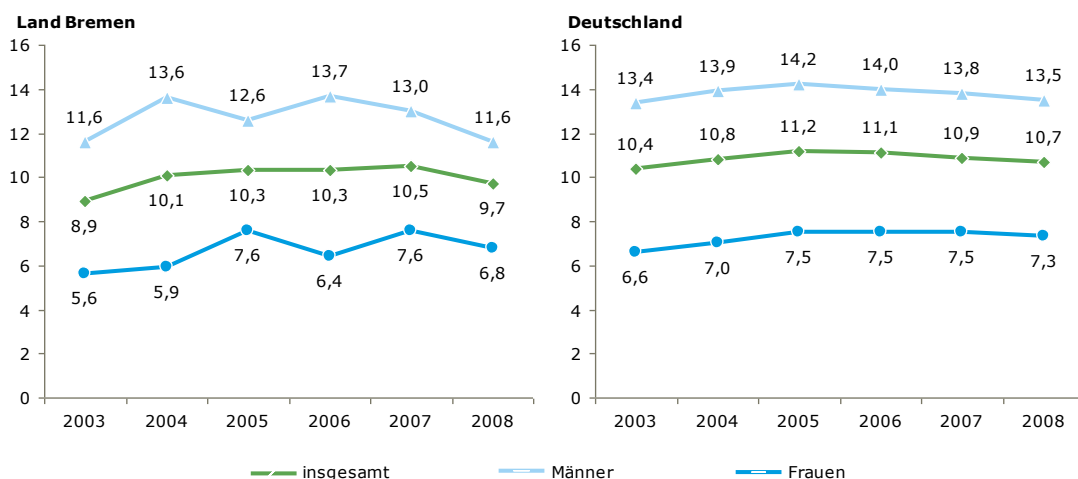


Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Ergebnisse des Mikrozensus; Berechnungen des IfM Bonn

Die Bedeutung von selbstständig Tätigen wird häufig anhand der Selbstständigenquote, also an der Zahl der Selbstständigen in Relation zur Zahl der insgesamt Erwerbstätigen, ausgedrückt. Im Land Bremen sind im Jahr 2008 9,7 % der Erwerbstätigen selbstständig tätig. Die Selbstständigenquote der Frauen ist mit 6,8 % nur knapp halb so hoch wie die der Männer mit 11,6 %.

Während die Selbstständigenquote der Männer wieder auf dem Niveau von 2003 liegt, ist die Selbstständigenquote der Frauen deutlich von 5,6 % im Jahr 2003 um 1,2 Prozentpunkte angestiegen. In Deutschland liegt die Selbstständigenquote im Jahr 2008 bei den Frauen bei 7,3 % und damit um 0,7 Prozentpunkte über dem Wert von 2003. Abbildung 29 gibt dies wieder.

Abbildung 29: Selbstständigenquote 2003 bis 2008 im Land Bremen und in Deutschland nach Geschlecht



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Ergebnisse des Mikrozensus; Berechnungen des IfM Bonn

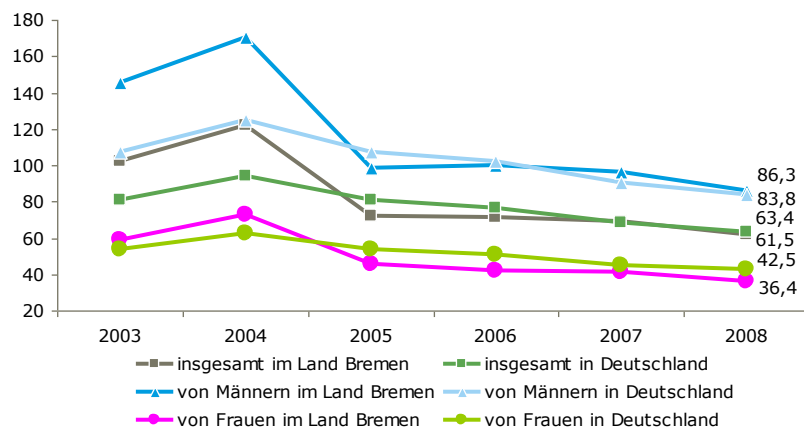
Anmerkungen:
¹ Selbstständigenquote = Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen in %.
² Geschätzt.

Weitere Aufschlüsse zur Beteiligung von Frauen am Wirtschaftsleben im Land Bremen bietet die Analyse des Gründungsgeschehens im Hinblick auf das Geschlecht der Gründer. Hierzu wurden die Gründungen der rund 2.600 Einzelunternehmen im Jahr 2008 näher untersucht. Einzelunter-

nehmen bilden mit einem Anteil von rund 80 % die dominante Rechtsform bei den Existenzgründungen. Die Ergebnisse zeigen, dass der Anteil der Frauen, die die Existenzgründung eines Einzelunternehmens anmeldeten, im vergangenen Jahr mit 29,4 % wieder leicht auf das Niveau von 2006 und 2004 gesunken ist, nachdem er im Jahr 2005 bei 31,5 % seinen bisherigen Höchstwert erreicht hatte (siehe Tabelle 31 im Anhang). In Deutschland liegt der Anteil der Existenzgründerinnen von Einzelunternehmen im Jahr 2008 bei 31,8 %. Es lässt sich allerdings vermuten, dass sich gerade in diesem Segment noch weiteres Gründungspotenzial verbirgt.

Nach wie vor weisen Frauen bei den Existenzgründungen eine um mehr als die Hälfte niedrigere Gründungsintensität als Männer auf. Im Land Bremen lag die Gründungsintensität bei der Gründung von Einzelunternehmen durch Frauen bei 36,4, während die der Männer bei 86,3 lag. Im Land Bremen waren die Gründungsintensitäten der Frauen in den Jahren 2003 und 2004 deutlich höher als im Bundesgebiet. Seitdem verläuft die dem allgemeinen Trend folgende Abschwächung aber deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt. In der unten stehenden Abbildung 30 ist dies dargestellt.

Abbildung 30: Gründungsintensität¹ von Einzelunternehmen 2003 bis 2008 im Land Bremen und in Deutschland nach Geschlecht



Datenquelle: IFM Bonn
(Basis: Statistisches Bundesamt: Gewerbeanzeigenstatistik, Bevölkerungsstatistik)

Anmerkungen:
¹ Gründungsintensität = Existenzgründungen je 10.000 Erwerbsfähige.
Ohne Freie Berufe und ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

3.7.2.2 Gründe für die Unterschiedlichkeit im Verhalten von Männern und Frauen bei der Selbstständigkeit

Obwohl sich das Bildungsniveau von Frauen und Männer inzwischen überwiegend angeglichen hat und Frauen sogar in einigen Teilen höhere Bildungserfolge als Männer erzielen, liegt ihre Selbstständigkeitsquote – wie dargestellt – dennoch unter der der Männer.

Ein erklärendes Moment ist, dass bei der Wahl von Ausbildung und Studium zwischen Männern und Frauen immer noch inhaltliche Unterschiede auftreten. Frauen konzentrieren sich hier noch überwiegend auf berufliche Bereiche, die geringere Chancen der Selbstständigkeit bieten (Fehrenbach u. a. 2002: 6). Ein anderer, die unterschiedliche Selbstständigkeitsquote von Männern und Frauen beeinflussender Faktor besteht in der unterschiedlichen zeitlichen Ressourcenausstattung beider Geschlechter. Oftmals nehmen Frauen, und dies vornehmlich in westdeutschen Bundesländern, noch die traditionelle Rollen bei der Kinderbetreuung und der Haushaltsversorgung ein, so dass sich der Schritt in die Selbstständigkeit für sie relativ schwierig gestaltet (ebenda).

3.7.2.3 Aktuelle Situation der Betriebsinhaberinnen mittelständischer Unternehmen im Land Bremen

Wie in den Ausführungen zu den einzelnen Unterkapiteln bereits beschrieben, stellt sich die Situation von Betriebsinhaberinnen im Mittelstand sowie deren Verhalten, z. B. hinsichtlich Weiterbildung und Innovation gegenüber der hier befragten Gesamtheit, differenziert dar. Die Daten sind an dieser Stelle nicht als repräsentativ für alle im Land Bremen arbeitenden Betriebsinhaberinnen anzusehen, dennoch können erste Schlussfolgerungen getroffen werden:

Die hier befragten Betriebsinhaberinnen im Land Bremen leiten vergleichsweise relativ kleine Betriebe, welche sich überwiegend in den unteren Beschäftigtengrößenklassen befinden. Die Unternehmen zeigen sich sehr weiterbildungsorientiert und bieten ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Gegensatz zu den anderen befragten Unternehmen mehr Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. Nichtsdestotrotz beurteilen sie die Besetzung offener Stellen mit qualifiziertem Personal für die kommenden zwei Jahre als etwas problematischer, als die anderen befragten Untergruppen dies tun.

3.7.3 Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund am Wirtschaftsleben

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des daraus resultierenden Fachkräftemangels ist eine adäquate Integration von Personen mit Migrationshintergrund in das Wirtschaftsleben von besonderem Interesse. Die folgenden Beschreibungen beziehen sich, wie auch bei der Darstellung der Beteiligung von Frauen am Wirtschaftsleben, ausschließlich auf den Aspekt der Selbstständigkeit von Personen mit Migrationshintergrund. Differenziertere Darstellungen, wie z. B. Qualifikationsniveau der Personen mit Migrationshintergrund oder Art der ausgeübten Tätigkeiten, werden an dieser Stelle nicht weiter in Betracht gezogen. Die Ausführungen speisen sich aus Daten der Unternehmensbefragung sowie sekundärstatistischen Materials.²³

Das Gründungsverhalten der Personen mit Migrationshintergrund unterliegt seit den 1990er Jahren einem stetigen Anstieg, was als sehr positiv zu beurteilen ist. Im Land Bremen gestaltet sich die Situation dem Bundestrend entsprechend. Auf diesem Weg wird stetig zur Stärkung der Wirtschaftskraft durch Schaffung von Erwerbs- und Beschäftigungsmöglichkeiten beigetragen. Im Rahmen der Globalisierung sind geschäftliche Netzwerke dieser Personen für den deutschen Arbeitsmarkt und für Kooperationen von großem Nutzen.

3.7.3.1 Selbstständigenquote von Personen mit Migrationshintergrund

Im Land Bremen waren im Jahr 2008 insgesamt 284.700 Personen erwerbstätig, von denen 63.600 einen Migrationshintergrund hatten, also rund jeder fünfte Erwerbstätige. In Deutschland lag der Anteil dieser Personen bei 16,7 %. Unter den Migrantinnen und Migranten in Bremen sind 7.400 selbstständig tätig (siehe Tabelle 32 im Anhang). Ihre Selbstständigenquote ist mit 11,6 % höher als die der Gesamtbevölkerung in Bremen, die bei 10,4 % liegt. Bei Personen, die eine eigene Migrationserfahrung haben, liegt das Verhältnis der Selbstständigen zu den Erwerbstätigen sogar bei 11,8 %. Personen mit Migrationshintergrund neigen im Land Bremen also eher dazu, einer selbstständigen Tätigkeit nachzugehen als Personen ohne Migrationshintergrund. Dies ist im Bundesdurchschnitt anders. Hier liegt die Selbstständigenquote von Personen ohne Migrationshintergrund mit 11,2 % über der Selbstständigenquote insgesamt von 10,9 %.

Gründungsaktivitäten von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit

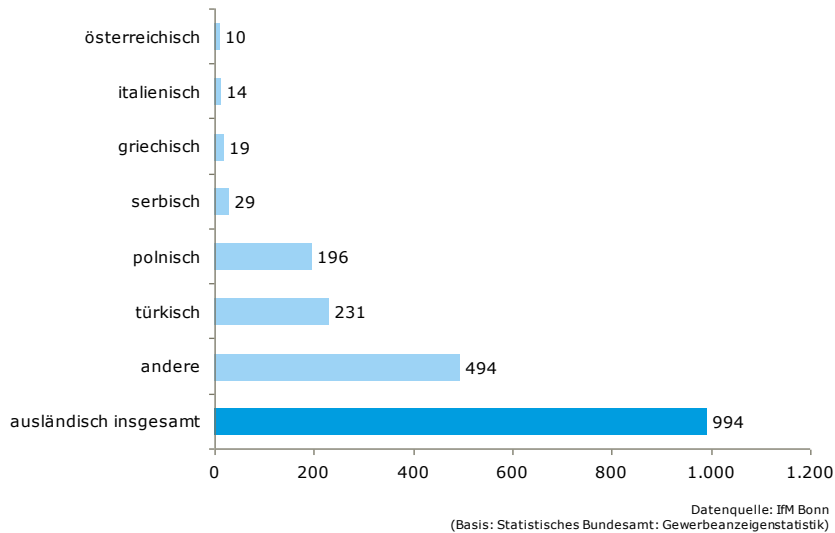
Betrachtet man die Gründungsaktivitäten von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, so ergibt sich für das Jahr 2008 folgendes Bild. Von den knapp 2.600 Existenzgründungen von Einzelunternehmen wurden 994 von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit vorgenommen.

²³ An dieser Stelle sei nochmals auf die bereits eingangs erwähnte Differenzierung zwischen „Personen mit Migrationshintergrund“ und „Ausländer“ eingegangen. Personen mit Migrationshintergrund sind entweder Personen, die zugewandert sind und damit eine eigene Migrationserfahrung haben, oder Personen ohne eigene Migrationserfahrung, die als Ausländer in der 2. oder 3. Generation in Deutschland leben oder als Deutsche eingebürgert wurden oder mindestens einen zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil haben.

In Fällen, in welchen die amtliche Statistik Personen mit Migrationshintergrund ausweist, wird sich auf diese bezogen, in allen anderen Fälle der Statistik, bei welchen lediglich eine Differenzierung nach Staatsangehörigkeit möglich ist, wird dieses Material verwandt. Die Unternehmensbefragung verwendet die Definition „Personen mit Migrationshintergrund“.

Die meisten ausländischen Existenzgründer kamen aus der Türkei (231 bzw. 23,3 %) oder aus Polen (196 bzw. 19,7 %). Abbildung 31 verdeutlicht dies.

Abbildung 31: Existenzgründungen¹ von Einzelunternehmen 2008 im Land Bremen durch Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit

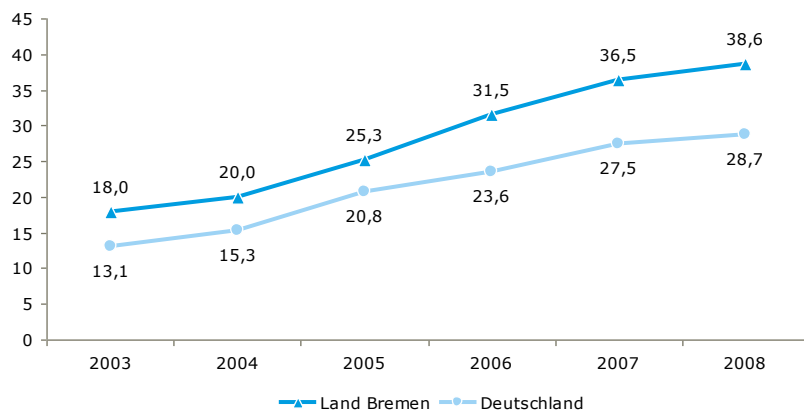


Anmerkungen:
¹ Ohne Freie Berufe und ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Betrachtet man den Anteil der nicht-deutschen Existenzgründerinnen und -gründer von Einzelunternehmen, so zeigt sich, dass im Jahr 2008 im Land Bremen 38,6 % der Unternehmen von Personen gegründet bzw. übernommen wurden, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. In Deutschland lag der Ausländeranteil im Jahr 2008 bei 28,7 % (siehe Abbildung 32).

Dass die Gründungsanteile von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern so stark angestiegen sind, spiegelt die hohe Zunahme von Gründungen von Arbeitskräften aus den EU-Beitrittsländern wider, die auf diese Weise Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit umgangen haben. Unten stehende Abbildung gibt das Gründungsgeschehen nicht-deutscher Existenzgründerinnen und Existenzgründer von Einzelunternehmen wieder.

Abbildung 32: Anteil der Existenzgründungen¹ von Einzelunternehmen 2003 bis 2008 im Land Bremen und in Deutschland durch Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in %



Anmerkungen:
¹ Ohne Freie Berufe und ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Bei der Betrachtung des Gründungsgeschehens ist trotz allem zu beachten, dass die Fluktuationsrate von Migrantenbetrieben relativ hoch ist, d. h. die Anzahl der Gründungen und Schließungen gestaltet sich – bei einer insgesamt steigenden Anzahl von Betrieben – jeweils überdurchschnittlich (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007: 65).

3.7.3.2 Beschäftigungspolitischer Beitrag der Migrantenunternehmen und Zuteilung nach Branchen

Der beschäftigungspolitische Beitrag der Migrantenunternehmen lässt sich derzeit nur schätzen. Bestimmt wird er durch die ausgeprägt kleinbetriebliche Struktur und die vergleichsweise geringe Zahl von Beschäftigten in diesen Unternehmen. Nach Aussagen der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007) haben zwei Drittel der Betriebe weniger als vier Beschäftigte und die Quote der sogenannten Solo-Selbstständigen liegt mit 61 % um mehr als fünf Prozentpunkte über der von Deutschen ohne Migrationshintergrund (ebenda: 63). Betrachtet man die Selbstständigkeit der Personen mit Migrationshintergrund nach Wirtschaftszweigen, so sind diese zahlenmäßig unterdurchschnittlich im Handwerk vertreten (ebenda: 65). Unternehmensnahe, wissensintensive sowie freiberufliche Dienstleistungen werden häufiger von Migrantinnen und Migranten mit deutschem Pass als von Ausländerinnen und Ausländern ausgeübt.

Gründe für die Unterschiedlichkeit im Verhalten von Personen mit Migrationshintergrund und Personen ohne Migrationshintergrund bei der Selbstständigkeit

Das Gründungsgeschehen der Personen mit Migrationshintergrund liegt hierbei stets über dem der deutschen Bevölkerung. Hierfür können folgende Erklärungsmuster angeführt werden: So zeigt sich, dass sich für die Personen mit Migrationshintergrund in der Selbstständigkeit das Einkommen gegenüber der abhängigen Beschäftigung erhöht (Leicht u. a. 2005: 20). Doch nicht allein materielle Anreize führen die Migrantinnen und Migranten in die Selbstständigkeit, auch immaterielle Reize wie etwa ein höheres Ansehen als selbstständig Arbeitender gegenüber dem abhängig Beschäftigten sind hier anzuführen (ebenda).

Aktuelle Situation der Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber mit Migrationshintergrund des Mittelstands im Land Bremen

Wie in den einzelnen Unterkapiteln bereits beschrieben, stellt sich die Situation von Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhabern mit Migrationshintergrund im Land Bremen gegenüber der hier befragten Gesamtheit überwiegend ähnlich, teilweise jedoch auch unterschiedlich dar.

Die hier befragten Unternehmen, welche von Personen mit Migrationshintergrund geführt werden, sind überwiegend kleinste Unternehmen und befinden sich in den unteren Umsatzgrößenklassen. Dementsprechend gestaltet sich auch deren Antwortverhalten. So beurteilen sie vor allem hinsichtlich der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise ihre Finanzierungsmöglichkeiten unter negativerem Einfluss als die anderen befragten Gruppen. Sie zeigen sich jedoch sehr aktiv bei der Neueinstellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und müssen zudem in diesem Geschäftsjahr keine Entlassungen vornehmen. Außerdem sind diese Unternehmen als innovativer im Bereich der Einführung von Produkten und Verfahren in ihr Angebot und Dienstleistungen anzusehen, welche schon auf dem Markt waren. Des Weiteren sind diese sehr kleinen Unternehmen im Bereich der Weiterbildung ihrer Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Implementierung von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf weniger aktiv als die anderen Befragten.

Die Potenziale der Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber mit Migrationshintergrund müssen vor dem Hintergrund der oftmals problematischen Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf dem Lehrstellenmarkt beachtet werden. Sie können hier als Brückenfunktion zwischen jugendlichen Migrantinnen und Migranten sowie den deutschen Bildungsinstitutionen verstanden werden (Leicht u. a. 2005: 13). Eine Steigerung der Ausbildungsbeteiligung von Betrieben mit Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber mit Migrationshintergrund ist von Nöten, um jugendliche Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

4. HANDLUNGSFELDER BREMISCHER MITTELSTANDSPOLITIK

Die Handlungsfelder für die bremische Mittelstandspolitik leiten sich von den zuvor dargestellten Ergebnissen der Unternehmensbefragung in Bremen und Bremerhaven sowie des sekundärstatistischen Materials zum Land Bremen ab. Gleichzeitig basieren sie auf den qualitativen Gesprächen mit Expertinnen und Experten des bremischen Mittelstands sowie auf den Erkenntnissen der Expertenworkshops.

4.1 Mittelstandspolitik im Land Bremen

Um den Gestaltungsrahmen der Mittelstandspolitik in den gegebenen inhaltlichen und institutionellen Kontext stellen zu können, wird zunächst das Grundverständnis der bremischen Mittelstandspolitik sowie der in diesem Feld relevante Akteursrahmen aufgezeigt.

Zum Zweiten wird das Schärfungspotenzial der bremischen unternehmensbezogenen Förderinstrumente vor dem Hintergrund knapper finanzieller Ressourcen im Land Bremen dargestellt. Zum Dritten wird auf die Thematik Transparenz sowie Kommunikation der Mittelstandspolitik und -förderung im Land Bremen eingegangen. Abschließend wird dann ein Ausblick für die weitere Ausrichtung der Mittelstandspolitik im Land Bremen gegeben.

4.1.1 Grundverständnis von Mittelstandspolitik im Land Bremen

Die bremische Politik positioniert sich mit dem Erlass des Mittelstandsförderungsgesetzes des Jahres 2006 klar gegenüber dem bremischen Mittelstand, dem Rückgrat der bremischen Wirtschaft.

Zentrale Handlungsfelder für die bremische Mittelstandspolitik sind hierbei:

- die Schaffung und der Erhalt verlässlicher struktureller und gesetzlicher Rahmenbedingungen für die mittelständische Wirtschaft sowie der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und
- unternehmensbezogene Fördermaßnahmen.

Mittelstandsförderung ist vom Grundansatz her als Hilfe zur Selbsthilfe zu verstehen. Dem entspricht die Schwerpunktsetzung des Mittelstandsförderungsgesetzes auf wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen, sowohl die regulatorischen als auch die infrastrukturellen.

Dem Grundsatz wohnt mit Blick auf die unternehmensbezogene Förderung aber auch die Bedingung einer Initialwirkung inne, die von allen Fördermaßnahmen ausgehen muss. Inhaltlich werden in Bremen durch die Mittelstandspolitik bzw. folgerichtig auch wieder durch das Mittelstandsförderungsgesetz daher folgende Prioritäten gesetzt:

1. Technologie und Innovation
2. Existenzgründungen
3. Berufliche Qualifizierung
4. Internationalisierung
5. Finanzierung und Investition

4.1.2 Finanzierungs- und Beratungsinstitutionen in Bremen

Das auf die genannten Felder der Mittelstandspolitik abgestimmte Förderinstrumentarium wird in Bremen und Bremerhaven durch folgende Institutionen umgesetzt:

1. WFB Bremer Investitions-Gesellschaft mbH (BIG Bremen mbH, jetzt firmierend WFB Bremer Wirtschaftsförderungs GmbH)
2. Bremer Aufbau-Bank GmbH
3. Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH, Bremerhaven (BIS GmbH)
4. Bürgschaftsbank Bremen GmbH
5. B.E.G.IN-Gründungsnetzwerk
6. Bremer Arbeit GmbH (BAG)
7. Bremerhavener Arbeit GmbH (BRAG) Handelskammer Bremen
8. Handwerkskammer Bremen
9. Industrie- und Handelskammer Bremerhaven

Folgend werden die Aufgaben der fünf erst genannten Institutionen kurz vorgestellt. Die ersten vier Institutionen sind Wirtschaftsfördereinrichtungen des Landes des Landes bzw. der Stadt Bremerhaven mit Beteiligung des Landes, hinzu kommt die B.E.G.IN-Gründungsleitstelle bei der RKW Bremen GmbH mit dem Gründungsnetzwerk. Diese Institutionen wurden im Rahmen der Unternehmensbefragung in die Analyse einbezogen (siehe hierzu Kapitel 4.3).

WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB)

Die WFB existiert seit dem 01.06.2009. Sie ging aus dem Zusammenschluss der ehemaligen Gesellschaften Bremer Investitionsgesellschaft GmbH (BIG), Bremen Marketing GmbH (BMG) HVG Hanseatische Veranstaltungs-GmbH (HVG) und der MGH Messe- und Ausstellungsgesellschaft Hansa GmbH hervor. Diese Zusammenlegung der Gesellschaften ging vor dem Hintergrund des im Rahmen des Strukturkonzepts 2015 angestoßenen Handlungsfelds zur Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung vonstatten (Der Senator für Wirtschaft und Häfen 2008: 24). Der neu geschaffene One-Stop-Shop bietet den kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen eine einheitliche Möglichkeit der Beratung hinsichtlich von Förderprogrammen, Grundstücken und Immobilien, Messen und Veranstaltungen sowie Ansiedlungsberatung.

Bremer Aufbau-Bank GmbH (BAB)

Die BAB ist die Förderbank des Landes Bremen. Sie ist als rechtlich selbstständige Tochtergesellschaft der WFB in die bremische Wirtschaftsförderung eingebunden. Die Geschäftstätigkeit der BAB umfasst insbesondere die Finanzierung von Maßnahmen der Wirtschaftsförderung einschließlich der Infrastrukturförderung (Maßnahmen zur Verbesserung und Stärkung der Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltstruktur), der Wohnungs- und Städtebauförderung sowie der Übernahme sonstiger Finanzierungsaufgaben einschließlich des Bürgschaftsgeschäftes (Landesbürgschaften) im Interesse der Freien Hansestadt Bremen sowie der Stadt Bremerhaven (Bremer Aufbau Bank o. J.).

BIS Bremerhavenergesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH Bremerhaven (BIS)

Die BIS ist das Pendant der WFB für die Stadt Bremerhaven. Sie übernimmt zum einen allgemeine Aufgaben der Wirtschaftsförderung für in Bremerhaven ansässige Unternehmen. Dies umfasst sowohl das Standortmarketing, die Entwicklung von Infrastrukturprojekten, das Vorhalten von Infrastruktur für entsprechende Gründer- und Technologiezentren, die Unternehmensförderung sowie die Unternehmensfinanzierung bis hin zur Begleitung einzelner Netzwerke, in welchen die BIS Mitglied ist oder sie begleitet. Zum anderen setzt sie Infrastrukturvorhaben um und ist für die Tourismusförderung in Bremerhaven verantwortlich.

Bürgschaftsbank Bremen GmbH

Nach erfolgter Fusion der Bürgschaftsbanken im Land Bremen zu einem Institut ist die Bürgschaftsbank GmbH wesentlicher Bestandteil zur Sicherstellung der Kreditversorgung (Kreditbürgschaften) und der Beteiligungsfinanzierung für KMU geworden. Die mehrheitlich von privaten Kreditinstituten, Kammern und Verbänden getragene Einrichtung wird durch Rückbürgschaften des Landes Bremen und des Bundes abgesichert.

BremerExistenzGründungsinitiative B.E.G.IN-Gründungsleitstelle

Die B.E.G.IN-Gründungsleitstelle bei der RKW Bremen GmbH koordiniert als One-Stop-Shop-Angebot die Arbeit des Netzwerkes zur Förderung von Gründungen mit verschiedenen Kompetenzschwerpunkten. Das Netzwerk besteht aus 18 Netzwerkpartnern wie Beratungsinstitutionen, Kreditinstituten und Wirtschaftsförderungen und bietet zielgruppenspezifische Beratungen (z. B. für Personen mit Migrationshintergrund, Frauen, Erwerbslose etc.) bei der Existenzgründung an. Folgende Partner finden sich im Netzwerk:

1. Arbeitsförderungs-Zentrum Bremerhaven, Beratungsstelle Frau und Beruf (AFZ/ZIB)
2. ARGE Bremerhaven
3. Agentur für Arbeit in Bremen
4. Agentur für Arbeit in Bremerhaven
5. BAB
6. BAgIS
7. Belladonna e. V.
8. BIS
9. Bremer Senior Service e. V.
10. BRIDGE-Bremer Hochschulinitiative zur Förderung von unternehmerischem Denken, Gründung und Entrepreneurship
11. Bürgschaftsbank Bremen
12. ebn – Expertinnen-Beratungsnetz Bremen e. V.
13. Frauen in Arbeit und Wirtschaft e. V.
14. IHK – Industrie- und Handelskammer Bremerhaven
15. Handelskammer Bremen
16. Handwerkskammer Bremen
17. RKW – Rationalisierungs- und Innovationszentrum der deutschen Wirtschaft e. V. Bremen
18. WFB

Die B.E.G.IN-Gründungsleitstelle unterhält zur Ansprache ihrer Zielgruppen je ein Büro in Bremen und Bremerhaven. Die Finanzierung der Netzwerk-Leitstelle erfolgt durch den Senator für Wirtschaft und Häfen.

4.2 Schärfung der bremischen Förderinstrumente

Hinsichtlich der Schärfung der bremischen Förderinstrumente kann grundsätzlich festgestellt werden, dass das Land Bremen aktuell über einen bedarfsgerechten und zielgerichteten Instrumentenkasten zur Unterstützung der kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen verfügt.

Angesichts der knappen finanziellen Ressourcen des Landes erfolgte in den letzten Jahren bereits eine starke Schärfung der Instrumente. Diese Schärfung wurde sowohl im finanziellen als auch im inhaltlichen Bereich durchgeführt. So wurden bestimmte unternehmensunterstützende Förderprogramme eingestellt. Des Weiteren erfolgte in vielen Bereichen eine Umstellung von der Zuschuss- auf die Darlehensfinanzierung. Dies schlägt sich auch in einem Rückgang bewilligter Mittel in den letzten Jahren nieder (siehe hierzu Tabellen 33 und 34 im Anhang). Gleichwohl sind in einigen Bereichen – so z. B. in der Offshore-Windenergiebranche – auch weiterhin wesentliche Förderungen der Infrastruktur wie auch einzelbetriebliche Förderungen erforderlich und zu recht möglich, um besondere Potenziale zu heben und vor allem überdurchschnittliche Arbeitsplatzeffekte zu erzielen.

Die Ergebnisse der Unternehmensbefragung verdeutlichen, dass den Unternehmen Unterstützung in den Bereichen

- Betriebsmittel und Investitionen sowie
- Weiterbildung und Qualifizierung

sehr wichtig ist (siehe hierzu Abbildung 43 und 44 im Anhang).

Diese zwei Bereiche werden unter dem Aspekt der Entwicklung von Handlungsempfehlungen genauer dargestellt. Darüber hinaus werden zu den Themen Unternehmensnachfolge und Technologie und Innovation als wesentlichen Fördersegmenten Handlungsempfehlungen gegeben.

4.2.1 Finanzierung von Betriebsmitteln sowie Investitionen

Bei der Befragung zeigte sich insgesamt, dass der Großteil der Unternehmen im Land Bremen aktuell nicht mit Finanzierungsschwierigkeiten zu kämpfen hat. Wenn Finanzierungsschwierigkeiten auftreten, dann vornehmlich in höheren Umsatzgrößenklassen. Kleinste Unternehmen zeigen sich aktuell relativ unbeeindruckt hinsichtlich der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf ihre Finanzierungsmöglichkeiten.

Treten diese jedoch auf, so nennen die kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen vor allem drei Aspekte, mit welchen sie momentan umzugehen haben:

1. Sinkende Bereitschaft der Banken bei der Vergabe von Investitionskrediten
2. Strengere Dokumentations- und Sicherheitsanforderungen
3. Höhere Risikoaufschläge auf Kreditzinsen

Mit der Gewährung von

- Wagniskapital,
- von öffentlichen Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen,
- von Bürgschaften,
- Darlehen/Krediten sowie mit dem

von der BAB und der BIS umgesetzten Landesinvestitionsförderprogramm 2008 (LIP 2008) sind im Land Bremen geeignete Instrumente vorhanden, den Zugang von KMU zu Fremdkapital zu erleichtern und damit ihre Kapitalversorgung zu verbessern.

Angesichts der Ungewissheit über die EU-Fördermittel nach 2013 (EFRE-Mittel) und der angespannten Haushaltslage reagierte das Land Bremen rechtzeitig und baute in den letzten Jahren das Angebot revolvierender Fonds zu Lasten der nicht-rückzahlbaren Förderung aus.

Die Umstellung auf revolvierende Fonds bietet mehrere Vorteile: Die Mittel können über einen längeren Zeitraum zur Verfügung gestellt werden; es können höhere Beträge als beim Zuschuss ausbezahlt werden. Weiterhin können Mitnahmeeffekte verringert werden, da direkte Zuschüsse

ohne Rückzahlungsverpflichtung auch von Unternehmen nachgefragt werden, die Investitionen auch aus eigenen Mitteln hätten finanzieren können (Leßmann und Schirwitz 2008: 18).

Nachteile durch die Umstellung ergeben sich in Fällen, in denen durch intensive Fördermaßnahmen ein Cluster initiiert werden soll sowie bei Neuansiedlungen (ebenda). Diese Problematik zeigt sich vor allem in Bremerhaven, das bei Neuansiedlungen mit dem Alt-Regierungsbezirk Lüneburg konkurriert. Der Alt-Regierungsbezirk Lüneburg ist aufgrund seines Konvergenz-Status bei der Europäischen Strukturfondsförderung mit mehr Fördermitteln ausgestattet und kann demzufolge bei der Bereitstellung von nicht-rückzahlbaren Zuschüssen eine höhere Förderintensität gewährleisten.

Investitionsdarlehen sollen zwar vorrangig zum Einsatz kommen. Es ist jedoch auch weiterhin möglich, nach dem LIP 2008 nicht-rückzahlbare Investitionszuschüsse zu erhalten, sofern hierfür Drittmittel des Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und EFRE-Mittel der Europäischen Kommission genutzt werden können (Der Senator für Wirtschaft und Häfen 2009).

Laut unseren Untersuchungsergebnissen sind die Unternehmen mit dem Instrument des Darlehens durchaus vertraut. Dies manifestiert sich auch in der hohen Nachfrage nach Darlehen bzw. Unternehmerkrediten. So wird der Unternehmerkredit nach wie vor rege in Anspruch genommen (siehe Tabelle 34 (2006: 248 bewilligte Anträge, 2008: 377 bewilligte Anträge)).

Auf die im Kapitel 3.2.3 skizzierten Schwierigkeiten bei Finanzierungsbedingungen angesichts der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise reagierte das Land Bremen frühzeitig mit einem Maßnahmenpaket und der Einrichtung einer Task Force für Unternehmen mit Liquiditätsengpässen. Das Angebot der Task Force wird von den Unternehmen durchaus genutzt.

Auch im Bereich der Förderung von Finanzierung und Investitionen profitiert das Land Bremen von den „kurzen Wegen“. Die Bankberater im lokalen Markt sind über die möglichen Förderprogramme gut informiert, im Gegensatz zu anderen Bundesländern besteht hier kein zusätzlicher Schulungsbedarf. Auch besteht eine enge Kooperation zwischen den Hausbanken und der BAB.

Insgesamt zeigt sich im Bereich der Finanzierung und Investition kein neuer Handlungsbedarf. Das Land Bremen hat angemessen auf die Wirtschafts- und Finanzkrise reagiert. Aufgrund der unsicheren Lage gilt es für die Zukunft jedoch verstärkt, das Investitionsverhalten der Unternehmen und die Inanspruchnahme von Finanzierungsmöglichkeiten sorgfältig zu beobachten, um ggf. und rechtzeitig auf aktuell noch nicht sichtbare Folgen der Krise reagieren zu können.

4.2.2 Weiterbildung und Qualifizierung

Beim Weiterbildungsverhalten der befragten Unternehmen im Land Bremen zeigt sich ein positives Bild. Das Land Bremen präsentiert sich hier im Bundesvergleich als sehr aktiv. Insgesamt zeigte sich, dass Unternehmen ab 500.000 Euro Umsatz pro Jahr ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern häufiger eine Weiterbildung gewähren, als Unternehmen mit geringerem Umsatzvolumen. Unternehmen, die im Jahr 2009 keine Weiterbildungen ermöglichten, nannten als überwiegenden Grund, keinen Bedarf an Weiterbildungen der eigenen Belegschaft zu sehen. Dies lässt den Rückschluss zu, dass einige Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber nicht in der Lage sind, den Weiterbildungsbedarf ihrer Belegschaft selbstständig abzuschätzen. Des Weiteren wurden keine Weiterbildungen durchgeführt, da nach Aussagen der Unternehmen ein fehlendes Angebot an adäquater Weiterbildung vorherrsche. Dies kann bei fachspezifischen Weiterbildungen daran liegen, dass diese nicht im Land Bremen vor Ort angeboten werden, sondern nur bundesweit in Anspruch genommen werden können. Zudem wurde von den befragten Unternehmen ein für den Mittelstand typisches Argument angeführt, nämlich das der mangelnden Zeit für Weiterbildung.

Insgesamt zeigen die bremischen kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen somit eine überdurchschnittlich hohe Weiterbildungsbereitschaft. Des Weiteren lag der Bereich Weiterbildung und Qualifizierung mit 47,1 % auf Platz zwei bei der Frage nach dem wichtigsten aktuellen Unterstützungsbedarf. Dies verdeutlicht die Relevanz dieses Handlungsfeldes für die Mittelstandspolitik.

Somit gilt es, an die Stärke der bremischen kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen im Bereich der Weiterbildung auch in Zukunft anzuknüpfen und den geäußerten Unterstützungsbedarf, insbesondere gegenüber dem Bereich der Weiterbildung als schwierig geltende Zielgruppe der kleinsten Unternehmen, für eine strategisch ausgerichtete Personal- und Kompetenzentwicklung Folge zu leisten. Dies erfordert eine gezielte Unternehmensansprache sowie ein koordiniertes Vorgehen durch eine Ressort übergreifende Abstimmung zwischen Arbeits- und Wirtschaftsressort.

Wichtige Voraussetzungen für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes Bremen sind neben der Verankerung einer Weiterbildungskultur in mittelständischen Unternehmen eine gute schulische Bildung, eine umfassende und zielgerichtete Berufsausbildung bzw. akademische Ausbildung sowie die Umsetzung von Strategien für das Lebenslange Lernen und das aktive Altern.

Herausforderungen bestehen im Land Bremen insbesondere bei der Berufsorientierung. Oft mangelt es den jungen Menschen an der nötigen Ausbildungsreife und den passenden Einstiegsqualifikationen. Neben der Qualifizierung in Unternehmen sollte daher bereits in der Schule mit einer guten Berufsorientierung gezielt angesetzt werden und die Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen gestärkt werden.

Das Land Bremen bietet zahlreiche Förderangebote zur Aus- und Weiterbildung an. Zum einen sollten diese verstärkt mithilfe von Multiplikatoren wie Kammern und Verbände in die Öffentlichkeit gebracht werden, zum anderen besteht die Herausforderung darin, die Angebote und Konzepte stetig an die sich wandelnden Qualifikationsanforderungen anzupassen. Auch gilt es, verstärkt die Potenziale von Migrantinnen und Migranten zu erschließen und diese bei den beiden Übergängen Schule/Ausbildung und Ausbildung/Beruf mit entsprechenden Angeboten und der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen zu unterstützen.

Weiterhin zeichnet sich das Land Bremen durch sehr gute Ausgangsbedingungen im Hochschulbereich aus. Die vielfältige Hochschullandschaft zieht junge Menschen aus dem In- und Ausland zur Ausbildung nach Bremen und Bremerhaven. Ziel muss es sein, diese gut ausgebildeten Fachkräfte an den Standort Land Bremen zu binden.

Zur lokalen Fachkräftenachfrage der Unternehmen liegen bis dato vorwiegend nur „gefühlte“ Einschätzungen vor. Das Kapitel 3.3.1.2 geht zwar grob auf den Fachkräftebedarf ein, wonach rund 35 % der befragten Unternehmen davon ausgehen, in den kommenden zwei Jahren Probleme bei der Besetzung offener Stellen mit qualifiziertem Personal zu erhalten. Anhand der Ergebnisse können jedoch keine branchenspezifischen Empfehlungen bzw. keine Aussagen zu den geforderten Qualifikationen der Fachkräfte gemacht werden. Um detailliertere Ergebnisse zum Fachkräftebedarf zu erhalten, könnten ein Fachkräftemonitoring in Form von jährlichen quantitativen Erhebungen zur branchenspezifischen Fachkräftenachfrage am Standort Bremen (z. B. auf der Grundlage des vorhandenen IAB-Betriebspanels) sowie qualitativen Experteninterviews mit Unternehmen und Arbeitsmarktexpertinnen und -experten sowie schließlich Sonderauswertungen und Gutachten (bspw. Absolventenverbleibsstudien, Qualifikationspotenziale von Migrantinnen und Migranten) ein- und durchgeführt werden.

4.2.3 Unternehmensnachfolge

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung rückt die Sicherung der Unternehmensnachfolge verstärkt in den Fokus des Interesses. Im Land Bremen stehen jährlich rund 550 Unternehmensnachfolgen an. So wurde seitens der befragten Unternehmen auf die offene Frage nach Unterstützungsbedarf von 8 % die Unternehmensnachfolge genannt.

Die Thematik der Unternehmensnachfolge ist vor allem in der Mittelstandspolitik auch deshalb von großer Bedeutung, da kleinste, kleine und mittlere Unternehmen oft stark auf ihre Inhabergeschäftsführer zugeschnitten sind. Der Prozess der Unternehmensnachfolge ist häufig mit unterschiedlichen Problemen behaftet:

- Suche/Auswahl eines geeigneten Nachfolgers (Matching)
- rechtliche Probleme
- emotionale Probleme

- steuerliche Probleme
- finanzielle Probleme

Diese Problemfelder greifen oftmals ineinander, so dass eine ganzheitliche Betrachtung des Prozesses der Unternehmensnachfolge erforderlich ist.

Die Zahl der jährlich anstehenden Unternehmensnachfolgen und ihre wirtschaftliche Bedeutung sowie der durch die Unternehmen geäußerte Unterstützungsbedarf zeigen die Relevanz des Handlungsfelds auf.

Dem Unterstützungsbedarf wird im Land Bremen durch zahlreiche Aktivitäten, welche durch dafür spezialisierte Akteure angeboten werden, entsprochen, u. a.:

- Bereitstellung von Informationen über die grundsätzliche Vorgehensweise im Rahmen einer Unternehmensnachfolge
- vertrauliche Begleitung des Unternehmers bzw. seines Nachfolgers in den Phasen der Planung und Umsetzung
- aktive Hilfe bei der Suche nach Nachfolgern oder abgebenden Unternehmern mithilfe von regionalen und überregionalen Unternehmensbörsen
- Kontaktherstellung zu spezialisierten Beratern in Steuer- und Rechtsangelegenheiten.
- spezielle Gründungsberatung für die Nachfolger und Hilfestellung in allen Finanzierungs- und Förderangelegenheiten
- Ausarbeitung eines bankfähigen Übernahmekonzeptes als Grundlage für die Sicherstellung der Finanzierung mithilfe des RKW Bremen

Koordiniert werden die Aktivitäten durch das Bremer Netzwerk für Unternehmensnachfolge, bestehend aus:

- Wirtschaftsförderung Bremen GmbH
- BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH
- Handelskammer Bremen
- Handwerkskammer Bremen
- Industrie- und Handelskammer Bremerhaven
- RKW Bremen GmbH

Die Datenbank INUNA (Intranet Unternehmensnachfolge) für Bremen, Bremerhaven und Umgebung ist eine Intranetlösung, die nur von ausgewählten Beratern des Netzwerks eingesehen und für die Vermittlung genutzt werden kann. In INUNA haben sich Unternehmer und interessierte Nachfolger mit übersichtlichen Profilen eintragen lassen, um geeignete Übernehmer bzw. Übergeber zu finden und damit den Matching-Prozess zu unterstützen.

Ein weiterer Ausbau des umfassenden Angebots zur Unterstützung der Unternehmensnachfolge im Land Bremen ist nicht erforderlich. Vielmehr sollten sich die Aktivitäten auf die Kommunikation dieser Angebote, die Bereitstellung von Informationen zur Unternehmensnachfolge und auf die Sicherstellung eines ganzheitlichen (integrierten) Vorgehens beim Unternehmensnachfolgeprozess konzentrieren. Unterschiedliche Akteure, wie z. B. Steuerberater, Banken und Rechtsanwälte, müssen „Hand in Hand“ die Übergabe begleiten. Um die vorherrschende Diskrepanz beim Angebot an Übergebern und Übernehmern zu reduzieren, gilt es vermehrt, die emotionalen Aspekte der Unternehmensnachfolge bei der Beratung zu berücksichtigen und die Vertraulichkeit der Unterstützungsleistungen noch stärker zu betonen. Darüber hinaus ist ein besonderer Fokus auf die Handwerksbetriebe des Landes Bremen zu richten, da es sich bei diesen überwiegend um kleinste Unternehmen handelt. Diese Unternehmen sind vor dem Hintergrund eigener knapper finanzieller sowie personeller Ressourcen mit besonderen Herausforderungen bei der Unternehmensnachfolge konfrontiert.

4.2.4 Technologie und Innovation

Zur stetigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sind Technologie und Innovation von entscheidender Bedeutung. Es hat sich gezeigt, dass die bremischen Unternehmen des Mittelstands im Bereich der Produkt- und Prozessinnovationen – trotz der gegenwärtig wirtschaftlich angespannten Situation – ein relativ konstantes Innovationsverhalten aufweisen. Die relativ hohe Innovationsbereitschaft der bremischen kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen wird im Weiteren im Rahmen der sozio-ökonomischen Analyse des operationellen Programms des EFRE des Landes Bremen 2007–2013 betont (Der Senator für Wirtschaft und Häfen o. J. (b)).

Neben der Unterstützung im Innovationsverhalten via Investitionen u. ä., um im Markt konkurrenzfähig zu bleiben, liegt im Land Bremen ein besonderer Fokus auf der Unterstützung der Unternehmen zur *technologischen* Innovation, welche über die unternehmensbezogene Förderung von Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten von kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen vonstattengeht. Diese Unterstützung ist trotz der im Bundesvergleich relativ gut besetzten Schlüsselindikatoren für Wissenschaft und Forschung des Landes Bremen (siehe hierzu: Statistisches Bundesamt 2005) vornehmlich für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen vonnöten, da sich gerade diese im Bereich Forschung und Entwicklung im Vergleich zu Großunternehmen relativ schwer tun.

So hat man sich vor dem Hintergrund der Lissabon-Strategie auch in Bremen das Ziel der Stärkung der Innovationsfähigkeit von Unternehmen, insbesondere kleinster, kleiner und mittelständischer Unternehmen, gesetzt. Diese verstärkte Unterstützung schlägt sich zum einen im Strukturkonzept 2015 sowie im operationellen Programm des EFRE für das Land Bremen 2007 bis 2013 nieder (siehe hierzu: Der Senator für Wirtschaft und Häfen o. J.(a) und Der Senator für Wirtschaft und Häfen o. J. (b)). Hierbei ist die unternehmensbezogene Förderung sowohl branchenunabhängig organisiert, als auch auf einzelne Branchen (Umwelttechnologien) fokussiert. Die Umsetzung dieser Förderung erfolgt zum einen über die FEI-Richtlinie sowie die Markteinführung innovativer Produkte des Senators für Wirtschaft und Häfen und schließlich über das Programm zur Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken – PFAU – des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa. Letztere Förderung erfolgt aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung – EFRE.

4.2.4.1 FEI-Richtlinie und Markteinführung innovativer Produkte und Dienstleistungen – Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Vor dem Hintergrund der knappen finanziellen Mittel nahm das Land Bremen hinsichtlich der *Förderung von Forschung und Entwicklung (FEI-Richtlinie)* seit Anfang des Jahres 2009 bundesweit eine Vorreiterrolle ein und finanzierte diese Art der Förderung vorrangig über Darlehen. Die Zuschussförderung wird nur noch in Ausnahmefällen gewährt. Andere Länder (z. B. Bayern und Niedersachsen) stellten zwar formal bereits auch auf Darlehensförderung um, faktisch wurde jedoch bislang kein Gebrauch von ihr gemacht.

Die Förderung ermöglicht die branchenunabhängige Unterstützung von

- FuE-Projekten (kleinste, kleine und mittlere Unternehmen allein),
- Verbundvorhaben (Unternehmen im Verbund) sowie von
- FuE-Leitprojekten (komplexe Kooperationsprojekte mit strategischer Bedeutung).²⁴

Betrachtet man die Inanspruchnahme sowie die bewilligten Mittel im Bereich der Förderung von Forschung und Entwicklung, wird eindeutig die Straffung der finanziellen Mittel Bremens ersichtlich (siehe hierzu Tabelle 33 im Anhang).

Bei der Umstellung von der Zuschuss- auf die Darlehensfinanzierung im Bereich von Forschung und Entwicklung muss beachtet werden, dass Vorhaben in diesem Gebiet an sich schon risikobehaftet sind. Wird nun Forschung und Entwicklung als Förderdarlehen umgesetzt, ist es möglich, dass Unternehmen ein doppeltes Risiko zu tragen haben: die Ungewissheit, das Vorhaben im Bereich Forschung und Entwicklung zur Umsetzung zu bringen, sowie die Notwendigkeit der Rück-

²⁴ Richtlinie „Förderung der Forschung, Entwicklung und Innovation“ vom 01.01.2009. Der Senator für Wirtschaft und Häfen.

zahlung des Darlehens. U. E. erscheint es sinnvoll, die Möglichkeit zu prüfen, den Unternehmen im Rahmen der Projektauswahl bei hoher Forschungsintensität verlorene Zuschüsse und bei weitgehender Marktreife Darlehen anzubieten.

Mittels der *Markteinführung innovativer Produkte und Dienstleistungen* können die Erfolgschancen kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Markteinführung, die zumeist auch mit erheblichen Kosten und Vorleistungen verbunden ist, verbessert werden.²⁵ Die Unterstützung wird in Form eines Zuschusses für Beratungsleistungen durch spezialisierte Beratungsunternehmen gewährt. Bei Betrachtung der Inanspruchnahme innerhalb der letzten drei Jahre ist eine relativ geringe Auslastung dieses Förderinstruments auffällig (siehe hierzu Tabelle 33 im Anhang).

4.2.4.2 Programm zur Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken – PFAU – Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

Ein von der Stoßrichtung und Wirkungsweise der FEI-Richtlinie sowie der Richtlinie zur Markteinführung innovativer Produkte und Dienstleistungen ähnlich einzustufendes Programm ist die *Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken – PFAU*. „Das Programm orientiert sich am Grundprinzip der FuE-Förderung“ (Der Senator für Wirtschaft und Häfen u. a. 2008: 8). Innerhalb dieses Programms werden branchenunspezifisch anwendungsnahe Umwelttechniken über drei Teilprogramme für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen gefördert:

- Markterschließungen²⁶
- Pilotprojekte²⁷
- Verbundprojekte²⁸

Im Gegensatz zur FEI-Richtlinie erfolgt die Förderung hier ausschließlich zuschussfinanziert.

Bei Betrachtung der Inanspruchnahme der Förderung für die letzten drei Jahre fällt auf, dass diese stetigen Schwankungen unterworfen ist (siehe hierzu Tabelle 32 im Anhang). Die Gründe hierfür werden als vielfältig beschrieben: So werden zum einen die allgemeine wirtschaftliche Situation der Unternehmen wie auch branchenspezifische Entwicklungen als ursächlich genannt (Der Senator für Wirtschaft und Häfen u. a. 2009: 2 ff.).

Abbildung 33 gibt einen Überblick über die relativ ähnliche Wirkungsweise der beiden Förderungen.

²⁵ Richtlinie des Senators für Wirtschaft und Häfen zur Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der Markteinführung innovativer Produkte und Dienstleistungen.

²⁶ Förderrahmen: Ökologiefonds im Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramm (WAP); Teilfonds „Programm zur Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken (PFAU)“ Richtlinie zur Förderung von Markterschließungen.

²⁷ Förderrahmen: Ökologiefonds im Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramm (WAP); Teilfonds „Programm zur Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken (PFAU)“ Richtlinie zur Förderung von Pilotprojekten.

²⁸ Ökologiefonds im Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramm (WAP); Teilfonds „Programm zur Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken (PFAU)“ Richtlinie zur Förderung von Verbundprojekten zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.

Abbildung 33: Vergleich der Förderung im Bereich Forschung und Entwicklung – Der Senator für Wirtschaft und Häfen und Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

	Branchenunabhängige Förderung	Förderung umweltnaher Technologien
Richtlinie	<ul style="list-style-type: none"> • FEI-Richtlinie • Markteinführung innovativer Produkte und Dienstleistungen 	<p><i>Förderrahmen: Ökologiefonds im Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramm (WAP); Teilfonds „Programm zur Förderung anwendungsnahe Umwelttechniken (PFAU)“</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Richtlinie zur Förderung von Markterschließungen. • Richtlinie zur Förderung von Pilotprojekten • Richtlinie zur Förderung von Verbundprojekten zwischen Wirtschaft und Wissenschaft
Fördergeber	Der Senator für Wirtschaft und Häfen	Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Fördergegenstand	<ul style="list-style-type: none"> • FEI-Förderung • Förderung von FuE-Projekten • FuE-Verbundvorhaben • FuE-Leitprojekte • Markteinführung innovativer Produkte • Förderung von Markteinführungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Pilotprojekte • Verbundprojekte • Markterschließungen
Förderart	<ul style="list-style-type: none"> • FEI-Förderung • Vorrangig Darlehen • Markteinführung innovativer Produkte • Zuschuss 	Zuschuss

Vor dem Hintergrund knapper finanzieller Ressourcen im Land Bremen ist bereits angedacht, die beiden Richtlinien der Markterschließung und die der FEI-Förderung des Senators für Wirtschaft und Häfen zusammenzuführen. Zudem sollte bei der künftigen Ausrichtung der Förderung im Rahmen einer Ressort übergreifenden Mittelstandspolitik angedacht werden, in welcher Art und Weise die bis dato gültigen Richtlinien zur Förderung von Forschung und Entwicklung für bremische kleinste, kleine und mittlere Unternehmen einer stärkeren Fokussierung unterliegen können. Zielführend wäre u. E. an dieser Stelle die Durchführung einer Evaluation der Förderrichtlinien. Auf diesem Weg könnten der Bedarf der Unternehmen im Bereich von Forschung und Entwicklung sowie die Ergebnisse und Wirkungsweisen der beiden Förderrichtlinien auf die kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen einer Untersuchung unterzogen werden. Schließlich könnte auf diesem Weg eine zielgerichtete Ausrichtung der Förderung auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung für die bremischen kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen erfolgen.

4.3 Transparenz und Kommunikation der unternehmensbezogenen Förderung

Vor dem Hintergrund der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung im Rahmen des Strukturkonzepts 2015 wurde in der Unternehmensbefragung zudem ein besonderer Fokus auf die Beurteilung der Förderinstitutionen in Bremen und Bremerhaven durch die Unternehmen sowie die Transparenz unternehmensbezogener Förderung im Land Bremen gelegt.

Grundsätzlich gaben 44 % der befragten Unternehmen an, Förderprogramme des Landes Bremen zu kennen, welche sie in Anspruch nehmen könnten. Dies lässt auf eine gute Kommunikation der Förderprogramme vonseiten der entsprechenden Institutionen schließen. Zwischen Bremen und Bremerhaven treten hier Unterschiede dahingehend zu Tage, dass sich Unternehmen in Bremerhaven besser über unternehmensbezogene Förderung informiert zeigen, als dies bei bremischen Unternehmen der Fall ist. Des Weiteren zeigt sich, dass Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber mit Migrationshintergrund zu rund 60 % angeben, Förderprogramme zu kennen. Sie sind damit im Vergleich zur Gesamtheit der befragten Unternehmen nochmals deutlich besser informiert. Ein ähnlich überraschendes Bild zeigt aber auch eine Untersuchung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW 2007: 2). Bei Betriebsinhaberinnen stellt sich die Situation anders dar, mit rund 36 % geben von ihnen also 8 % weniger als der Durchschnitt an, Förderprogramme des Landes Bremen zu kennen.²⁹

Des Weiteren weisen die empirischen Ergebnisse darauf hin, dass die Servicequalität aller untersuchten Förderinstitutionen von den befragten Unternehmen als überwiegend sehr gut und gut bezeichnet wird. Gleiches zeigt sich für die Erreichbarkeit der Servicestellen z. B. bei der Beantwortung allgemeiner Fragen oder der Antragsberatung. An dieser Stelle wird die Erreichbarkeit der WFB durch die bremischen Unternehmen jedoch gegenüber den anderen Institutionen etwas schlechter beurteilt (siehe hierzu Abbildungen 45 bis 48 im Anhang). Herausforderungen sind an dieser Stelle jedoch für alle Institutionen hinsichtlich der Übersichtlichkeit der Förderprogramme zu sehen. Die Unternehmen äußern hier zusätzlich, dass die Zuständigkeitsverteilung zwischen den Förderinstitutionen für sie nicht in allen Fällen eindeutig ist.

Somit sind den Unternehmen im Land Bremen unternehmensbezogene Förderprogramme durchaus bekannt. Herausforderungen bestehen darin, insbesondere die Gruppe der Betriebsinhaberinnen besser über Förderangebote zu informieren. Die Unternehmen äußern darüber hinaus Verbesserungsbedarf bei der Übersichtlichkeit der einzelnen Fördermöglichkeiten.

4.3.1 Weitere Verzahnung der förderrelevanten Institutionen im Land Bremen

Das Land Bremen hat in den letzten Jahren die Arbeit der wirtschaftsbezogenen Förderung zuletzt durch die Zusammenlegung verschiedener Institutionen zu einer Wirtschaftsförderung (WFB) bereits in erheblichem Maße verbessert.

Mittlerweile ist der Ansatz des One-Stop-Shops als Ansprechpartner aller Unternehmen in Bremen durchgängig vertreten. Gleichwohl bestehen immer noch verschiedene förderrelevante Institutionen (WFB, BAB, Bürgschaftsbank, B.E.G.IN und BIS), deren weitergehende Verzahnung (z. B. über die Abstimmung gemeinsamer Veranstaltungen, Abstimmung des Förder- und Beratungsangebots) durchaus als relevant erachtet werden kann. Dies vor allem, um gegenüber den mittelständischen Unternehmen einen Ansprechpartner im Rahmen der Förderung zu offerieren, welcher zudem auch über die „Fördergeschichte“ des Unternehmens informiert ist.

4.3.2 Genehmigungsverfahren und einheitlicher Ansprechpartner

Aus Sicht der Unternehmen steht die effektive und schlanke Gestaltung von Genehmigungsverfahren an dritter Stelle ihres Unterstützungsbedarfes (siehe hierzu Abbildung 43 im Anhang). In diesem Kontext ist es daher sehr zu begrüßen, dass das Land Bremen sich bei der Frage der Ansiedlung des „einheitlichen Ansprechpartners“ (EA) im Rahmen der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie für die WFB entschied. Denn es liegt auf der Hand, dass diese Aufgabe sich sehr gut in die jüngste Reorganisation der Wirtschaftsförderung in Bremen mit ihrer klaren Ausrichtung auf die Kundenorientierung einpasst. Es ist insoweit von besonderer Bedeutung, die-

²⁹ Allerdings muss in beiden Fällen berücksichtigt werden, dass die Ergebnisse aufgrund der relativ geringen Fallzahlen (22 Unternehmen mit Migrationshintergrund, 39 Betriebsinhaberinnen) nicht repräsentativ sind.

ses neue Angebot der umfassenden Unterstützung der Unternehmen bei der Bewältigung administrativer Verfahren offensiv zu gestalten und sukzessive auszubauen. Das Land Bremen kann sich damit im Vergleich zu allen anderen Bundesländern ein Alleinstellungsmerkmal schaffen, das vor allem auch in seiner Außenwirkung bzw. Imagebildung für den Standort nicht zu unterschätzen ist.

Vor diesem Hintergrund muss insbesondere die Chance genutzt werden, die One-Stop-Shop-Funktion des EA in Sachen administrativer Verfahren mit den Möglichkeiten und Angeboten der Wirtschaftsförderung so zu verknüpfen, dass ein echter Mehrwert nicht nur für die ausländischen Unternehmen im Geltungsbereich, sondern auch für inländische und nicht-europäische Unternehmen gleichermaßen entsteht.

4.3.3 Offener Auftritt der WFG gegenüber den kleinsten, kleinen und mittelständischen Unternehmen

Im Rahmen der Untersuchungen wurde festgestellt, dass die Erreichbarkeit der WFB für ihre Klientel noch mit Herausforderungen besetzt ist. Die Relevanz der Zielsetzung des Strukturkonzepts 2015, wonach Aufbau- und Ablauforganisation der Wirtschaftsförderung im Land Bremen effizient zu gestalten und systematisch so auszurichten sind, dass die Unternehmen als Kunden im Mittelpunkt stehen sollen (Der Senator für Wirtschaft und Häfen o. J. b: 24), wird durch die Befragung bekräftigt. Um den Weg der offenen und gezielten Kundenansprache weiter vorantreiben zu können, wurde seitens der WFB vorgeschlagen, die bisherige zentrale Ansprechstelle für die Klientel aus dem Hauptgebäude des Kontorhauses in Bremen in die Passage im Erdgeschoss zu verlagern. Eine solche stärker kundenorientierte, niederschwellige Beratungsstelle kann es allen Unternehmen ermöglichen, sich rasch und unkompliziert über zentrale Aspekte potenzieller Fördermöglichkeiten zu informieren. Im Sinne einer Verweisberatung könnten von dieser zentralen Beratungsstelle sodann die komplexeren Beratungsstufen im Hauptgebäude der WFB stattfinden. Die zentrale Anlauf- und Informationsstelle könnte darüber hinaus auch Ansprechpartner für Personen mit Migrationshintergrund stellen. Dies nicht unbedingt nur zur Überbrückung sprachlicher Barrieren, sondern auch im Rahmen des kulturellen Hintergrundes von Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber mit Migrationshintergrund.

4.3.4 Bessere Kommunikation der unternehmensbezogenen Förderung für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen

Im Rahmen einer strategisch aufgestellten Mittelstandspolitik ist es Aufgabe des Senators für Wirtschaft und Häfen, gegenüber den im Land Bremen ansässigen sowie potenziell ansässigen Unternehmen eine klare Kommunikation bezüglich der unternehmensbezogenen Förderung zu betreiben. Dementsprechend sieht das Strukturkonzept 2015 vor, dass alle Gesellschaften und Einrichtungen sich so aufstellen, dass Institutionen, Förderangebote und Prozesse konsequent auf die zu fördernden Unternehmen ausgerichtet sind (Der Senator für Wirtschaft und Häfen o. J. b: 24).

Vor dem Hintergrund der finanziellen Situation in Bremen erscheint es sinnvoll, die Themen der unternehmensbezogenen Förderung für den Mittelstand im Land Bremen zu bündeln und diese via eines professionellen Internetauftritts des Senators für Wirtschaft und Häfen im Sinne einer „Förderfibel“ zu kommunizieren. Solch eine virtuelle „Förderfibel“ sollte dabei folgende Aspekte beinhalten:

- kurze thematische Aufarbeitung des Themas Mittelstandspolitik für das Land Bremen
- Möglichkeiten der Förderung für den Mittelstand im Land Bremen
- Fördergegenstand und -konditionen (Richtlinien)
- Ansprechpartner zu dieser Förderung
- sonstiges Informationsmaterial zu der Förderung (z. B. Broschüren, Flyer)

Darüber hinaus sollte von dieser Seite eine Verlinkung zu den Wirtschaftsförderungsgesellschaften in Bremen und Bremerhaven erfolgen.

Im Sinne einer Ressort übergreifenden Mittelstandspolitik wird hierbei empfohlen, auch die Fachressorts und Institutionen in diese Aktivitäten einzubinden, die mittelstandsrelevante Angebote in

ihrem Zuständigkeitsbereich vorhalten, so dass gegenüber der zu unterstützenden Klientel ein einheitlicher Auftritt erfolgt.

4.3.5 Ressortübergreifende Mittelstandspolitik

Die Mittelstandspolitik in Bremen verknüpft die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Dies geschieht vornehmlich in den Bereichen Ausbildung, Bildung, Qualifizierung und Weiterbildung sowie durch die zielgruppenspezifische Ausrichtungen der Politiken wie z. B. hinsichtlich von Personen mit Migrationshintergrund und Frauen. Im Rahmen des Strukturkonzepts 2015 hat sich das Land Bremen das Ziel einer engeren Koordinierung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung auf strategischer und operationeller Ebene gesetzt. Vor dem Hintergrund der Bewältigung gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen ist eine enge Ressort übergreifende Zusammenarbeit sehr zu begrüßen.

So zeigten die Untersuchungen einerseits, dass die Akteure bereits eng zusammenarbeiten und sich abstimmen. Andererseits wurde weiteres Verbesserungspotenzial für die bremische Mittelstandspolitik insbesondere bezüglich des kontinuierlichen Abstimmungsprozesses zwischen den Häusern Wirtschaft und Häfen sowie Arbeit deutlich. Das Land Bremen verfügt aufgrund seiner geringen Größe über den Vorteil der kurzen Wege und sollte hiervon noch stärker profitieren.

Die beiden Ressorts sollten sich für die Zukunft bei der Zusammenarbeit u. E. vor allem auf folgende Aspekte konzentrieren

1. Qualifizierung
 - Weiterbildung von Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmern in kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen
 - Fachkräftegewinnung und Fachkräftesicherung für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen
 - Möglichkeit der Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen mit Migrationshintergrund
2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf
 - Verstärkte Kommunikation der Angebote des Bremer Verbundprojekts Beruf und Familie und des Audits der berufundfamilie gGmbH
3. Betriebsinhaberinnen
 - Weitere Unterstützung von Betriebsinhaberinnen bei unternehmensbezogener Förderung

Da Mittelstandspolitik immer als eine Verbundaufgabe verstanden werden muss, ist u. E. darüber hinaus überlegenswert, Expertinnen und Experten des bremischen Mittelstands aus den Bereichen Wirtschaft und Arbeit sowie kleinste, kleine und mittlere Unternehmen gezielt in Dialoge zu Themen des bremischen Mittelstands einzubinden. Hier könnte bei den Wirtschaftsfördergesellschaften in Bremen und Bremerhaven ein Forum geschaffen werden, welches in regelmäßigen zeitlichen Abständen tagt, um Mittelstandspolitik zielgerichtet, fach- und Ressort übergreifend weitertreiben zu können.

Schließlich sollte generell erwogen werden, zukünftige Mittelstandsberichte unter einen bestimmten Themenschwerpunkt zu stellen und für die nächste Legislaturperiode dabei die Frage des Fachkräftebedarfs und der Qualifizierung in kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen in den Mittelpunkt zu stellen.

4.4 Ausblick für die bremische Mittelstandspolitik und das Mittelstandsförderungsgesetz

Insgesamt lässt sich vor dem Hintergrund der Untersuchungsergebnisse feststellen, dass die Ziele, welche man sich im Kontext knapper finanzieller Ressourcen sowie weiter zurückgehender finanzieller Mittel im Strukturkonzept 2015 gesetzt hat, bereits in wesentlichen Teilen erreicht wurden. Im Ergebnis wurde deshalb aufgezeigt, dass der Fokus weiterer Maßnahmen überwiegend darin liegen kann, die non-monetären Bedingungen der Förderung zu verbessern. Die wesentlichen Aspekte sind hier

- die Beratung und Begleitung der Unternehmen durch die fördernden Institutionen,
- eine bessere Kommunikation über die vorhandenen Fördermöglichkeiten sowie
- eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Ressorts zur Vernetzung der Förderprogramme.

Im Kontext der bremischen Mittelstandspolitik spielt schließlich das relativ neue Mittelstandsförderungsgesetz eine wichtige Rolle. Neben der Analyse der Förderinstrumente wurde daher das bremische Mittelstandsförderungsgesetz in die Untersuchung einbezogen. Als Grundlage dienten hier vornehmlich die Bewertungen des Gesetzes durch die Fachverwaltungen sowie die anderen relevanten Akteure der Mittelstandspolitik im Land Bremen.

Im Jahr 2006 entschied sich das Land Bremen – gleich den anderen Bundesländern außer Berlin und Sachsen – zur Verabschiedung eines Mittelstandsförderungsgesetzes. Vorausgegangen war eine Benchmark-Analyse der Mittelstandsförderungsgesetze der Bundesländer im Rahmen der Mittelstandsenquete. Ziel des bremischen Gesetzes ist primär die mittelstandsgerechte Gestaltung wettbewerbsfähiger Rahmen- und Förderbedingungen, mittels derer ein klares und positives Signal im Standortwettbewerb gesetzt werden soll.

Das Gesetz bezieht sich neben der Gestaltung mittelstandsgerechter Rahmenbedingungen auf eine ergänzende, passgenaue unternehmensbezogene Förderung. Inhaltlich trägt das Mittelstandsförderungsgesetz dem Strukturwandel Rechnung, indem der Fokus vornehmlich auf die Bereiche Technologietransfer, Existenzgründungen, Beratung von Unternehmen sowie auf den Komplex Ausbildung und Qualifizierung gelegt wurde (§ 9 Abs.1 Mittelstandsförderungsgesetz vom 12.04.2006).

Als wesentliches Umsetzungsinstrument zur Gestaltung mittelstandsgerechter Rechtsetzung wurde mit dem Gesetz die so genannte Mittelstandsklausel eingeführt, welche festlegt, dass „... vor dem Erlass und der Novellierung von Rechtsvorschriften sowie bei allen Vorlagen für Senat, Bürgerschaft und Deputationen zu überprüfen ist, ob Auswirkungen auf Kosten, Verwaltungsaufwand und Arbeitsplätze in den Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft zu erwarten sind“ (§ 5 Abs. 1 Mittelstandsförderungsgesetz vom 12.04.2006). Diese seitens der Verwaltung vorzunehmenden Prüfungen sind im Falle der Mittelstandsrelevanz zu dokumentieren. Es zeigt sich, dass diese Prüfklausel zwar bislang nur in einem Fall (Einführung der Umweltzone) praktisch relevant wurde. Gleichwohl scheint diese Regelung auf Seiten der Verwaltung allmählich zu einer veränderten Bewusstseinsbildung und der Berücksichtigung des Mittelstands bei der Ausgestaltung von Maßnahmen zu führen. Vor diesem Hintergrund kann das Mittelstandsförderungsgesetz im Laufe der Zeit an Wirksamkeit und Durchschlagskraft gewinnen, da sich die Vorlagenersteller auf diese neue Anforderung immer besser einstellen können.

Bezüglich der inhaltlichen Ausrichtung und unternehmensbezogenen Förderung lässt sich feststellen, dass die Verbindlichkeit für die mittelständische Wirtschaft wesentlich geringer ist. Dies ist jedoch vor dem Hintergrund, dass ein solches Gesetz angesichts der knappen finanziellen Ressourcen keine Rechtsansprüche auf Förderung normieren kann, ein Faktum, das in allen anderen Bundesländern gleichermaßen gegeben ist.

Abschließend bleibt an dieser Stelle festzuhalten, dass das Mittelstandsförderungsgesetz als Selbstbindungsinstrument seitens der Verwaltung zum einen bereits zu Sensibilisierungsprozessen gegenüber den Belangen des bremischen Mittelstands geführt hat. Zum anderen stellt dieses Instrument in der Außenwirkung ein klares Bekenntnis zur Stärkung und Unterstützung des Mittelstandes im Land Bremen dar. Vor dem Hintergrund der bis dato relativ schwachen Imagebil-

derung für den bremischen Mittelstand und seines erheblichen Beitrags zur bremischen Wirtschaftsleistung gibt das Gesetz einen guten Rahmen für die Mittelstandspolitik des Landes Bremen vor. Vor diesem Hintergrund sollte das Gesetz unserer Ansicht über den 31.03.2011 hinaus verlängert werden.

5. LITERATURVERZEICHNIS

Backes-Gellner, Uschi; Kranzusch Peter; Schröer, Sanita (2003): Familienfreundlichkeit im Mittelstand. Betriebliche Strategien zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. IfM-Materialien Nr. 155. März 2003. Bonn.

BAW – Institut für regionale Wirtschaftsforschung GmbH (2009): IAB-Betriebspanel 2008, 2. Entwurf. Bremen.

Becker, Stefan (2003): Strategien einer familienbewussten Personalpolitik. In: PERSONAL, Heft 3/2003, S. 22–24.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): 7. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Dezember 2007. Berlin.

Bertelsmann-Stiftung (2009a): Demografiebericht Bremen. Daten – Prognosen – Ein Baustein des Wegweisers Kommune.

Bertelsmann-Stiftung (2009b): Demografiebericht Bremerhaven. Daten – Prognosen – Ein Baustein des Wegweisers Kommune.

Bremer Aufbau Bank (o. J.): Leitbild der BAB.

Büchter, Karin; Goltz, Marianne(2002): Arbeitsintegrierte Qualifizierung in Klein- und Mittelbetrieben – Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse. In: Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung. Nr. 48.

Bundesagentur für Arbeit (2009a): Arbeitsmarkt nach Ländern. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, gemeldete Stellen und Arbeitslose nach Bundesländern. Juni 2009.

Bundesagentur für Arbeit (2009b): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf.
www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/z.html (Zugriff am 09.07.2009).

Bundesagentur für Arbeit (2009c): Förderstatistik.
www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/detail/f.html (Zugriff am 19.11.2009).

Bundesministerium für Familie, Frauen Senioren und Jugend 2005: Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen. Kosten-Nutzen-Analyse. Berlin.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009): Mittelstand: Leistung durch Vielfalt. Berlin.

Der Senator für Wirtschaft und Häfen (2008): Strukturkonzept Land Bremen 2008. Bremen.

DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2009a): Wirtschaftslage und Erwartungen. Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern im Frühjahr 2009. Sonderauswertung „Kreditkonditionen“. Berlin.

DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2009b): Innovationsverhalten deutscher Unternehmen in der Krise erstaunlich offensiv. Berlin.

Dorn, Barbara (2005): Auf dem Weg zum Lernenden Betrieb: Handlungsperspektiven und Anforderungen an Unternehmen, Tarifparteien, Politik – die Sicht der Arbeitgeber. In: Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeit und Sozialpolitik: Finanzierung der Beruflichen Bildung, Bonn.

Engel, Dirk; Kohn, Karsten; Sahn, Anne; Spengler, Hannes (2008): Unternehmensfluktuation: Aktuelle Entwicklungen und Effekte einer alternden Bevölkerung. In: KfW, Creditreform, IfM, RWI, ZEW (Hrsg.). Mittelstand trotz nachlassender Konjunkturdynamik in robuster Verfassung. MittelstandsMonitor 2008 – Jährlicher Bericht zu Konjunktur- und Strukturfragen kleiner und mittlerer Unternehmen, Frankfurt am Main. 37–86.

Europäische Kommission (2003): Beobachtungsnetz der europäischen KMU. Entwicklungen von Kompetenzen und Qualifikationen in KMU. Luxemburg.

Fehrenbach, Silke; Lauxen-Ulbrich, Maria (2002): A Gender View on Self-Employment in Germany. Institute for Small Business Research, University of Mannheim. Paper Nr. 4.

Günterberg, Brigitte (2009): Gründungen und Liquidationen 2008 in Deutschland. Institut für Mittelstandsforschung Bonn. Working Paper 03/09.

Handwerk in Bremen (2009): Herausforderungen für die Zukunft. Das Bremer Verbundprojekt „Beruf und Familie“ befragte 120 Klein- und Mittelbetriebe in Bremen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. 2/2009 (ohne Autor).

Haunschild, Ljuba; Hauser, Christian; Günterberg, Brigitte; Müller, Klaus; Sölter, Anja (2007): Die Bedeutung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten für den deutschen Mittelstand. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. In: Institut für Mittelstandsforschung Bonn (Hrsg.): IfM-Materialien Nr. 171, Bonn.

Institut für Mittelstandsforschung Bonn (2007): Jährliche Anzahl Unternehmensnachfolgen nach Bundesländern. http://ifm-bonn.org/assets/documents/Unternehmensuebertragungen_BL.pdf (Zugriff am 16.10.2009).

KfW Research (2007): Unternehmensgründungen von Personen mit Migrationshintergrund. Nr. 27. Frankfurt/Main.

KfW Research (2009): Finanzierungssituation deutscher Unternehmen Anfang 2009. Nr. 44 Februar 2009. Frankfurt/Main.

Heckmann, Markus; Pausch, Stefanie; Szameitat, Jörg (2009): Wie Betriebe in der Krise Beschäftigte stützen. Unternehmensbefragung im II. Quartal 2009. IAB-Kurzbericht. 18/2009. Nürnberg.

Leicht, René; Humpert, Andreas; Leiss, Markus; Zimmer-Müller, Michael; Lauxen-Ulbrich, Maria; Fehrenbach, Silke (2005): Die Bedeutung der ethnischen Ökonomie in Deutschland. Push- und Pull-Faktoren für Unternehmensgründungen ausländischer und ausländischstämmiger Mitbürger. Institut für Mittelstandsforschung. Universität Mannheim.

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.) (2006): Unternehmensnachfolge im sächsischen Mittelstand, Mittelstandsbericht 2005/2006. ifo Institut für Wirtschaftsforschung. Dresden.

Der Senator für Wirtschaft und Häfen (o. J. a): Operationelles Programm – EFRE Land Bremen 2007–2013. Bremen.

Der Senator für Wirtschaft und Häfen (o. J. b): Strukturkonzept 2015. Bremen

Der Senator für Wirtschaft und Häfen; Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa; Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (2008): Bericht an die Bremische Bürgerschaft über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechtes für das Jahr 2007 nach § 4 des „Gesetzes zur Übertragung von Aufgaben staatlicher Förderung auf juristische Personen des privaten Rechts“ vom 26. Mai 1998 (Beleihungsgesetz). Bremen.

Der Senator für Wirtschaft und Häfen; Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa; Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (2009): Bericht an die Bremische Bürgerschaft über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechtes für das Jahr 2008 nach § 4 des „Gesetzes zur Übertragung von Aufgaben staatlicher Förderung auf juristische Personen des privaten Rechts“ vom 26. Mai 1998 (Beleihungsgesetz). Bremen.

Statistisches Bundesamt (2005): Regionale Wissenschafts- und Technologieindikatoren. Erscheinungsfolge: unregelmäßig. Wiesbaden.

Weiß, Reinhold (2004): Weiterbildungsabstinente Kleinbetriebe – empirische Realität oder gepflegtes Vorurteil? In: Brödel, Rainer; Kreimeyer, Julia (Hrsg.): Lebensbegleitendes Lernen als Kompetenzentwicklung – Analysen – Konzeptionen – Handlungsfelder. Bielefeld.

6. ÜBERSICHTS-, ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1: Quantitative Kriterien der in Deutschland gebräuchlichen Mittelstandsdefinition	6
Übersicht 2: Empfehlung der EU zur Klassifizierung von KMU ab 1.1.2005	7

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Unternehmen 2007 im Land Bremen nach Umsatzgrößenklassen.....	9
Abbildung 2: Umsatz der Unternehmen 2007 im Land Bremen nach Umsatzgrößenklassen in Milliarden Euro	10
Abbildung 3: Selbstständige in Freien Berufen im Land Bremen (Stand: 1.1.2009)	13
Abbildung 4: Betriebsgrößenstruktur von Betrieben mit SV-Beschäftigten am 31.12.2008 im Land Bremen, WZ A-K, M-O der WZ 2003	14
Abbildung 5: Ausbildungsintensität in Betrieben mit bis 499 Beschäftigten 2008 im Land Bremen und in Deutschland nach Wirtschaftszweigen in %, Stand: 31.12.....	17
Abbildung 6: Unternehmen im Land Bremen und in Deutschland nach ausgewählten Wirtschaftszweigen – Veränderung 2007 gegenüber 2003 in %	18
Abbildung 7: Umsatz der Unternehmen im Land Bremen und in Deutschland nach ausgewählten Wirtschaftszweigen – Veränderung 2007 gegenüber 2003 in %	19
Abbildung 8: SV-Beschäftigte insgesamt im Land Bremen und in Deutschland nach Wirtschaftszweigen – Veränderung 2008 gegenüber 2003 in %	20
Abbildung 9: Durchschnittliche Anzahl der SV-Beschäftigten in Betrieben 2003 bis 2008 im Land Bremen und in Deutschland – Stand: 31.12 WZ A-K, M-O der WZ 2003 .	21
Abbildung 10: Existenzgründungen ¹ und Liquidationen ¹ 2003 bis 2008 im Land Bremen in Tausend	23
Abbildung 11: Entwicklung der Existenzgründungen 2003 bis 2008 im Land Bremen	24
Abbildung 12: Gründungsintensität 2003 bis 2008 im Land Bremen und in Deutschland.....	25
Abbildung 13: Insolvenzquoten von Unternehmen 2003 bis 2008 im Land Bremen und in Deutschland.....	26
Abbildung 14: Exporteurquote 2007 im Land Bremen und in Deutschland – insgesamt und KMU in %.....	27
Abbildung 15: Exportunternehmen 2007 im Land Bremen nach Umsatzgrößenklassen	28
Abbildung 16: Exportumsatz 2007 im Land Bremen nach Umsatzgrößenklassen in Millionen Euro.....	29
Abbildung 17: Exportunternehmen und Exportumsätze 2007 im Land Bremen nach Wirtschaftszweigen	30
Abbildung 18: Regionalstruktur des bremischen Außenhandels 2008 – Ausfuhr.....	31
Abbildung 19: TOP 10 bei der Ausfuhr von Waren im 1. Halbjahr 2009 im Land Bremen in Millionen Euro.....	32
Abbildung 20: Mittelstand 2008 im Land Bremen	33
Abbildung 21: Mittelstand 2008 in Deutschland.....	33
Abbildung 22: Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf Inlands- und Auslandsnachfrage sowie Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen	40
Abbildung 23: Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen.....	43
Abbildung 24: Reaktionen der Unternehmen auf die Wirtschafts- und Finanzkrise.....	45
Abbildung 25: Gründe für Probleme bei der Besetzung offener Stellen in den kommenden zwei Jahren	47
Abbildung 26: Produkt- und Prozessinnovationen der Unternehmen in diesem Geschäftsjahr bis zum 30.06.2009.....	51
Abbildung 27: Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen	55
Abbildung 28: Entwicklung der Selbstständigkeit insgesamt und von Frauen 2003 bis 2008 im Land Bremen und in Deutschland – Index 2003 = 100.....	57
Abbildung 29: Selbstständigenquote 2003 bis 2008 im Land Bremen und in Deutschland nach Geschlecht	57
Abbildung 30: Gründungsintensität von Einzelunternehmen 2003 bis 2008 im Land Bremen und in Deutschland nach Geschlecht	58
Abbildung 31: Existenzgründungen von Einzelunternehmen 2008 im Land Bremen durch Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.....	60
Abbildung 32: Anteil der Existenzgründungen ¹ von Einzelunternehmen 2003 bis 2008 im Land Bremen und in Deutschland durch Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in %	60
Abbildung 33: Vergleich der Förderung im Bereich Forschung und Entwicklung – Der Senator für Wirtschaft und Häfen und Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa.....	71

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Unternehmen und Umsätze 2007 im Land Bremen nach Wirtschaftszweigen - insgesamt und KMU	11
Tabelle 2: Handwerksbetriebe, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz 2008 im Land Bremen und in Deutschland	12
Tabelle 3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt und in Betrieben mit bis 499 Beschäftigten 2008 im Land Bremen und in Deutschland nach Wirtschaftszweigen - Anzahl und Vertikalstruktur in %, Stand: 31.12.	15
Tabelle 4: Betriebsbestand, Beschäftigte und Umsatz im Handwerk 2003 bis 2008 im Land Bremen	22
Tabelle 5: Entwicklung der Auftragslage bis zum 30.06.2008	35
Tabelle 6: Veränderung der Auftragslage bis zum 30.06.2009 gegenüber der Auftragslage bis zum 30.06.2008	35
Tabelle 7: Entwicklung der Auftragslage bis zum 30.06.2009 gegenüber dem 30.06.2008	36
Tabelle 8: Jährlicher Umsatz der Unternehmen bis zum 30.06.2008	36
Tabelle 9: Trend der Umsatzentwicklung bis zum 30.06.2009 gegenüber dem 30.06.2008	37
Tabelle 10: Neuanstellungen von Beschäftigten bis zum 30.06.2009 in Abhängigkeit von der Anzahl der Beschäftigten im Unternehmen	38
Tabelle 11: Erwartete Entwicklung der Beschäftigten bis zum 30.06.2010 gegenüber der Beschäftigtenentwicklung bis zum 30.06.2009	39
Tabelle 12: Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Inlandsnachfrage in Abhängigkeit vom jährlichen Umsatz der Unternehmen	41
Tabelle 13: Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Auslandsnachfrage in Abhängigkeit vom jährlichen Umsatz der Unternehmen	41
Tabelle 14: Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Finanzierungsmöglichkeiten in Abhängigkeit vom jährlichen Umsatz der Unternehmen	42
Tabelle 15: Anzahl der Beschäftigten mit Weiterbildungen bis zum 30.06.2009 in Abhängigkeit von der Beschäftigtengrößenklasse	49
Tabelle 16: Künftige Durchführung von Produkt- und Prozessinnovationen	53